
28/KOMM XXIII. GP

Am 06.07.2015 erfolgte eine vertraulichkeits-/datenschutzkonforme Adaptierung

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses betreffend "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" (3/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (3/GO) 26. Sitzung, 07.05.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister hat am 2. April 2007 auf Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Martin **Graf**, Kai Jan **Krainer**, Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Mag. Werner **Kogler** und Josef **Bucher** einstimmig beschlossen, alle Protokolle der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

PROTOKOLL

Untersuchungsausschuss

betreffend

Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister

26. Sitzung / öffentlicher Teil

Montag, 7. Mai 2007

Gesamtdauer der 26. Sitzung:

08:09 Uhr – 20:24 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 05 07

Mag. Melitta Trunk

Schriftführerin

Dr. Martin Graf

Vorsitzender



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

**Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria
und weitere Finanzdienstleister**



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

26. Sitzung/ öffentlich

Montag, 7. Mai 2007

Gesamtdauer der 26. Sitzung:
8.08 Uhr – 12.01 Uhr

Lokal VI

Beginn der Sitzung: 8.08 Uhr

8.08

Obmann Mag. Dr. Martin Graf *eröffnet* die Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister und ersucht darum, als **erste Auskunftsperson Herr N. N.** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson N. N.** wird – begleitet von ihrer **Vertrauensperson Dr. Wolfram Themmer** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Der Obmann begrüßt Herr **N. N.** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht sowie an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson N. N. (Finanzmarktaufsicht): Mein Name: **N. N.**, wohnhaft in **XX.**, geboren am TT.MM.JJJJ, Beruf: Bankenanalyst.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf weist die Auskunftsperson auf Folgendes hin:

Als öffentlich Bediensteter dürfen Sie sich gemäß § 6 Verfahrensordnung bei der Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Ihre Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussagen für erforderlich hält.

Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gilt auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß § 38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Der Obmann ersucht nun auch die Vertrauensperson um Bekanntgabe der Personaldaten.

Vertrauensperson Dr. Wolfram Themmer: Mein Name: Wolfram Themmer; geboren am 29. August 1956; wohnhaft in 1010 Wien; Beruf: Rechtsanwalt in Wien.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf fragt die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass Herr Dr. Wolfram Themmer als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Der Obmann erinnert auch die Vertrauensperson an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligte und verweist bezüglich des Inhalts auf die Belehrung der Auskunftsperson. Strafrechtliche Folgen könne zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Die Aufgabe der Vertrauensperson sei die Beratung der Auskunftsperson. Sie habe aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten, widrigenfalls sie ausgeschlossen werden könne. Hingegen könne sie auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Bei vermeintlichen Verletzungen der Verfahrensordnung oder Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson habe sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser werde erforderlichenfalls den Obmann informieren.

Der Obmann wendet sich wieder Herrn **N.** zu und fragt ihn, ob einer der Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung, worauf bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen wurde, vorliege, was dieser verneint.

Von der Möglichkeit, vor Eingang in die Befragung eine zusammenhängende Darstellung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen zu bringen, möchte die Auskunftsperson nicht Gebrauch machen.

Der Obmann erteilt sodann Abg. Krainer als erstem Fragesteller das Wort.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr **N.**, seit wann sind Sie bei der FMA?

N. N.: Ich bin seit 3.01.2005 in der FMA beschäftigt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Welche Aufgabe hatten Sie dort, als Sie eingetreten sind?

N. N.: Ich bin seit 3.1.2005 in der Abteilung Off-Site Analyse – damals noch Abteilung Off-Site Analyse – für Kreditinstitute, Abteilung 1/4. Dadurch, dass die Abteilung geteilt wurde, bin ich jetzt in der Abteilung 1/5, Off-Site Analyse für dezentral organisierte Kreditinstitute und Aktienbanken tätig. Meine Aufgabe ist die wirtschaftliche Analyse von Aktienbanken, insbesondere von Privatbanken.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind Sie seit dem 3.1.2005 auch für die MeInl Bank zuständig?

N. N.: Nein, seit dem 3.1.2005 bin ich nicht für die MeInl Bank zuständig. Für die MeInl Bank bin ich seit Februar 2006 auf Grund des Wechsels eines Mitarbeiters zuständig.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie sind bis heute unter anderem auch für die MeInl Bank zuständig?

N. N.: Ich bin bis heute zuständig, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die FMA – an Sie persönlich adressiert – hat am 19. Mai 2006 ein Schreiben der MeInl Bank erhalten (**N.:** Ja!), in dem die MeInl Bank AG die Geschäftsbeziehungen der MeInl-Bank-Gruppe mit Dr. Wolfgang Flöttl beziehungsweise ihm nahestehenden Gesellschaften beschreibt?

N. N.: Ja, das ist richtig.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Laut diesem Brief haben Sie am 4. April 2006 dieses Schreiben angefordert?

N. N.: Das ist korrekt. Ich habe dieses Schreiben angefordert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und wieso haben Sie es angefordert?

N. N.: Es gab damals einen Artikel in der Presse, ich glaube vom 18.3.2006, wo über Beziehungen der MeInl Bank zu Dr. Flöttl Aufschluss gegeben wurde. Das habe ich mir etwas näher angesehen und dann zum Anlass genommen, eine Anfrage an die MeInl Bank zu stellen, ob es hier Geschäftsbeziehungen gab und in welcher Form es diese Geschäftsbeziehungen gab.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie diese Anfrage aus Eigenem gestellt oder haben Sie sich mit Vorgesetzten abgesprochen?

N. N.: Die Initiative zu dieser Anfrage ist von mir gekommen, aber ich habe mich natürlich mit meinem Vorgesetzten abgesprochen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Vorgesetzter ist?

N. N.: Vorgesetzter war damals Herr Mag. Palkovitsch, jetzt auf Grund der Teilung der Abteilung natürlich Herr Mag. Bauer.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Können Sie uns in einigen Sätzen den Inhalt dieses Papiers schildern?

N. N.: Ich möchte dazu sagen, ich möchte nicht gegen § 38 BWG verstoßen. Ich denke, der Inhalt des Papiers ist hinlänglich bekannt, und möchte dazu eigentlich nicht wirklich etwas sagen; nur so viel: dass ich die Meinung von „profil“ nicht teile.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Welche Meinung vertritt „profil“?

N. N.: Es wird – wie soll ich sagen? Aus Analysesicht kann ich das Wiedergegebene nicht teilen, die Bewertungen, die dort getroffen wurden, kann ich nicht teilen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Welche Bewertungen trifft das „profil“?

N. N.: Das ist in den Zeitungen hinlänglich berichtet worden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Mir ist das jetzt nicht bekannt – Ihnen offensichtlich schon. Können Sie uns das sagen?

N. N.: Ich tue mich ein bisschen schwer damit, denn ich möchte nicht gegen das Bankgeheimnis verstoßen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wenn Sie aus einem „profil“-Artikel zitieren, dann ist das wohl schwerlich ein Verstoß gegen das Bankgeheimnis; oder auch nur aus der Erinnerung ausführen, was im Profil für Schlussfolgerungen gezogen werden.

N. N.: Für mich ist eine Finanzierung, wenn ich einen Kredit aufnehme, und ein Kredit ist für mich kein Vermögen, sagen wir es einmal so. Es wird hier die Aussage getroffen, dass Vermögenswerte vorgelegen sind – und das war aus meiner Analysesicht eigentlich nicht so; ich habe das nicht so bewertet.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie meinen, weil auf die Frage, ob Herr Flöttl überhaupt noch über ein Vermögen verfügt hat, das „profil“ gemeint hat: Wenn der Kredite in dieser Höhe bekommt, dann muss er ja über ein Vermögen verfügen!? (**N.:** Ja!) – Und Sie sagen, das mag schon sein, aber das hebt sich ja durch die Kreditverbindlichkeit wieder auf, das heißt, das ist keine Beweis dafür, dass er vermögend wäre?

N. N.: Richtig, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es wäre aber auch etwas eigenartig, wenn jemand jemandem einen Kredit gibt, der nicht besichert ist, oder? Er muss ja mit irgendeinem Vermögen dahinter besichert sein? – Das war jetzt eine allgemeine Frage.

N. N.: Auf eine allgemeine Frage würde ich sagen: Man kauft sich ein Einfamilienhaus und man bekommt dafür einen Kredit, dann ist das Einfamilienhaus eine Sicherheit. Das heißt aber nicht, dass man dann vermögend ist – würde ich jetzt einmal so interpretieren.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist eine spannende Sicht der Dinge. – Was haben Sie mit diesem Schreiben gemacht?

N. N.: Ich habe dieses Schreiben bearbeitet. Ich habe es durchgesehen und an alle internen Stellen, die es angeht, weitergeleitet, Ich habe dann ein zweites Schreiben

angefordert, um dieses erste Schreiben zu präzisieren, da ich noch gewisse Fragen gehabt habe, um den Sachverhalt vollständig aufzuklären.

Es wurde dann ein zweites Schreiben an die Bank gerichtet, was dann in einer quasi Videokonferenz mit der Meinel Bank geendet hat. Es wurde auf jeden Fall intern an alle Stellen in der FMA kommuniziert, die damit im Bereich I zu tun haben sollten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Meinel Bank hat dieses zweite Schreiben nicht schriftlich beantwortet, sondern in Form einer Videokonferenz? Habe ich das richtig verstanden?

N. N.: Die Meinel Bank hat das zweite Schreiben zuerst schriftlich beantwortet und am nächsten Tag – das ist sich Gott sei Dank ausgegangen – ist dann eine Videokonferenz anberaumt worden. Wie gesagt, die war schon vorher. Ich habe das Schreiben einen Tag vor der Videokonferenz bekommen, also die Antwort zum Schreiben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie waren selbst bei dieser Videokonferenz anwesend?

N. N.: Ich war selbst bei dieser Videokonferenz anwesend.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wer war noch anwesend?

N. N.: Anwesende Personen waren: Dr. Traumüller, Dr. Pribil, Mag. Klinger, Mag. Palkovitsch – Abteilungsleiter –, meine Person, Dr. Träxler, und ich bin mir nicht sicher, ob der Abteilungsleiter 1/2, also von der behördlichen Abteilung, auch dabei war. Ich glaube schon, aber da möchte ich mich jetzt nicht festlegen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und der oder die hat auch einen Namen?

N. N.: Dr. Schütz.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Bevor dieses Schreiben von der Meinel Bank vorlag, ist der FMA der BAWAG-Zwischenbericht von der OeNB übermittelt worden. Kennen Sie diesen Zwischenbericht?

N. N.: Ich muss dazu sagen, ich habe mich dadurch, dass ich Sachbearbeiter bei der Meinel Bank bin und mit der BAWAG eigentlich gar nichts zu tun habe, auch nie über irgendwelche BAWAG-Akten kundig gemacht. Für mich war nur wichtig, dass mein Teil – und zwar der Teil, der die Meinel Bank betrifft – angesehen wird. Über den Rest kann ich Ihnen keine Auskunft geben, weil ich es nicht weiß.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dieses Schreiben haben Sie auf jeden Fall unter anderem auch an Dr. Träxler weitergeleitet. Habe ich das jetzt richtig verstanden? – Sie haben vorhin gesagt: an alle internen Stellen.

N. N.: Ja, auch an Dr. Träxler.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut, der muss ja den BAWAG-Zwischenbericht gekannt haben und dann zumindest das Schreiben. Das ist jetzt keine Frage, sondern nur eine Feststellung für mich. Sie haben ja auch dieses Schreiben an externe Stellen weitergeleitet, wenn ich richtig informiert bin. – Stimmt das?

N. N.: Ich habe dieses Schreiben an keine externen Stellen weitergeleitet. Was nicht auszuschließen ist, ist, dass ich vielleicht dem Staatskommissär das Schreiben gegeben habe. Das glaube ich aber nicht. Aber das ist auch irrelevant, denn das fällt unter § 76 Abs. 1, Staatskommissär, Organ der Finanzmarktaufsicht, für ihn gilt das Amtsgeheimnis. Es ist eher auszuschließen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben mit Dr. Quantschnigg auf jeden Fall über dieses Schreiben gesprochen?

N. N.: Ich habe mit Dr. Quantschnigg über das Schreiben gesprochen, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Persönlich, im Ministerium?

N. N.: Persönlich, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Was hat er gesagt? Wie war seine Reaktion?

N. N.: Wir haben darüber gesprochen, und er hat versichert, dass er genau nachfragen und sich das genau anschauen wird.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Geht das auch aus den Protokollen des Aufsichtsrates hervor, dass das passiert wäre? (***N.: Ja!***) – Das heißt, Sie haben sich davon überzeugt, dass er wirklich genau nachgefragt hat, und das geht aus den Protokollen hervor?

N. N.: Er hat mir erstens bei der Besprechung E-Mails übergeben, in denen er im Vorfeld mit der Bank Korrespondenz geführt hat, und dann gehen natürlich aus den Aufsichtsratsprotokollen schon Fragen von ihm hervor. Also er hat sich schon genauestens damit befasst.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie sprechen hier von E-Mails, die er Ihnen übergeben hat. In diesem Schreiben der Meinel Bank an Sie wird auf ein E-Mail des Herrn Dr. Quantschnigg vom 31. März 2006 Bezug genommen. – Das hat er Ihnen auch übergeben? (***N.: Würden Sie das bitte präzisieren? 31. März 2006 ist mir ein Begriff, aber von welchem E-Mail sprechen Sie da?***)

Es wird in dem Schreiben, das die Meinel Bank an Sie gerichtet hat und das am 19. Mai bei Ihnen eingegangen ist, auf ein E-Mail Bezug genommen, das die Meinel Bank Dr. Quantschnigg am 31. März 2006 übersandt hat.

N. N.: Ja, das hat er mir auch übergeben. Das war ein E-Mail, in dem es quasi um ein Obligo geht, das damals noch offen war. Das hat er mir gegeben. Das war uns aber schon bekannt, wir haben ja Großkreditevidenz.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dr. Quantschnigg hat gesagt, Sie haben eine super Arbeit gemacht, und es war ganz gut, dass Sie diese Anfrage an die Meinel Bank gestellt haben. Er hat Ihnen für diese weise, vorausschauende Arbeitsweise gedankt. Oder bin ich da falsch informiert worden?

N. N.: Schauen Sie, für uns ist wichtig, dass wir genau sind. Für mich ist es wichtig, dass ich genau bin, dass ich meinen Beitrag zu Dingen leisten kann und dass wir alles von jeder Seite beleuchten. Da gehört das auch dazu.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich stelle das überhaupt nicht in Zweifel von Ihrer Seite her. Aber meine Frage war eine ganz andere.

N. N.: Ob er mich wirklich gelobt hat, weiß ich nicht. Wenn er mich gelobt hat, dann freue ich mich darüber vor Ihnen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Vielleicht hat er auch das Gegenteil getan?

N. N.: Kann auch sein; ich weiß es nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie können sich nicht mehr an dieses Gespräch, das Sie mit ihm persönlich geführt haben, erinnern?

N. N.: Ich kann mich sehr wohl an das Gespräch erinnern, das ich mit ihm persönlich geführt habe, natürlich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann können Sie uns ja sagen, wie seine Reaktion darauf war.

N. N.: Die Frage ist, auf welches Gespräch nehmen Sie Bezug? Es gab zwei. Also auf welches Gespräch?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Erzählen Sie uns über beide Gespräche.

N. N.: Also er hat mich weder gelobt noch getadelt – es ist in Ordnung gewesen. Ich weiß nicht, worauf Sie hinaus wollen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Krainer, vielleicht können Sie einen Vorhalt machen, zu dem er dann Stellung bezieht, sonst kommen wir da nicht weiter. Sie haben offensichtlich andere Informationen, vielleicht können Sie diese konkret ansprechen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich darf meine Fragen so formulieren, wie ich will – wenn es Recht ist! Ich werde dieses „Privileg“, das, glaube ich, alle Mitglieder dieses Ausschusses genießen, auch weiterhin für mich in Anspruch nehmen. Ich hoffe, das stört niemanden hier.

Eine Frage: Dieses Schreiben, das Sie bekommen haben – haben Sie gesagt –, haben Sie FMA-intern und an den Staatskommissär weitergeleitet?

N. N.: Ich habe es FMA-intern weitergeleitet. Dass ich es an den Staatskommissär weitergegeben habe, glaube ich eigentlich nicht. Ich habe natürlich darüber nachgedacht, ob ich es getan habe, aber ich weiß es nicht hundertprozentig.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben ihn zumindest inhaltlich darüber in Kenntnis gesetzt. – Haben Sie das noch irgendwo anders hin weitergeleitet?

N. N.: Nein. Ich habe es nur FMA-intern weitergeleitet.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, Sie haben das nicht an die OeNB, wo gerade eine laufende Prüfung war ...

N. N.: Nein, überhaupt nicht. Ich habe mit der OeNB nichts zu tun.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben das auch nicht an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet?

N. N.: Nein, auch nicht. Ich als Wirtschaftskundiger habe gar nicht die Kompetenz, das an die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten. Das müssen die Juristen machen, die das noch einmal beurteilen; also die Leute, die mit diesem Fall zu tun haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war nur eine **Frage**. – Fragen sind oft nicht immer persönliche Vorhaltungen oder Vorwürfe, sondern einfach nur Fragen.

Meines Wissens haben weder die OeNB noch die Staatsanwaltschaft jemals von diesem Papier Kenntnis erlangt. Deswegen bin ich auch nicht davon ausgegangen, dass Sie es dorthin weitergeleitet haben. Es verwundert mich nur, dass es nicht an diese zwei Stellen weitergeleitet wurde. Ich stelle einfach nur die Frage, weil ich sie stellen muss. Ich sage auch nicht, dass Sie verantwortlich dafür sind, dass es nicht weitergeleitet wurde, und dass es in Ihrem Aufgabenbereich gelegen wäre. Das meine ich auch nicht. Ich muss es einfach nur abfragen.

N. N.: Ich verstehe. – Ich glaube, dass es jetzt weitergeleitet ist. Es ist der Staatsanwaltschaft jetzt bekannt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Weil die Staatsanwaltschaft „profil“ lesen kann, oder?

N. N.: Nein. Laut meinen Informationen ist es jetzt weitergeleitet an die Staatsanwaltschaft.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie, wann?

N. N.: Ich glaube, kurz nachdem die Vorwürfe gekommen sind.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also kurz nach Erscheinen des „profil“-Artikels?

N. N.: Ja. Aber aus meiner Sicht – aber ich bin jetzt nicht involviert in Staatsanwaltschaft und Sonstiges – hat es nicht wirklich neue Erkenntnisse daraus gegeben. Das wäre sicherlich weitergeleitet worden, wenn neue Erkenntnisse daraus gewonnen worden wären. Aber ich meine, dafür müssen Sie schon die Person fragen, die halt da zuständig ist. Ich möchte jetzt keine Mutmaßungen treffen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dr. Bauer hat hier von einer Liste von Banken gesprochen, die vorstandsrelevant wären. – Kennen Sie eine derartige Liste?

N. N.: Kenne ich eine derartige Liste? – Ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Er hat gemeint, da würden die systemrelevanten Banken oben stehen.

N. N.: Entschuldigung, ich habe nicht verstanden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Er hat gemeint, auf dieser Liste würden die systemrelevanten Banken oben stehen, und die werden aufgeteilt zwischen den beiden Vorständen. (**N.:** Ja!) Und wenn systemrelevante Bankenvorgänge sind, ist immer der Vorstand zu informieren über Vorgänge, die diese Banken betreffen. (**N.:** Ja!) Ist die Meinel Bank eine systemrelevante Bank?

N. N.: Schauen Sie, im Rahmen der Privatbanken nimmt die Meinel Bank sicher eine große Stellung ein. Wir haben ja eine Gruppeneinteilung: Wir haben die Gruppe Aktienbanken und Bankiers, die große Gruppe Kreditinstitute und die Kreditinstitutsgruppen, und im Rahmen der Privatbanken nimmt die Meinel Bank sicher eine große Stellung ein, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich darf meine Frage noch einmal wiederholen: Würden Sie die Meinel Bank als systemrelevante Bank für den österreichischen Finanzmarkt bezeichnen?

N. N.: Ich glaube, man muss die Frage ein bisschen abstrahieren und ein bisschen auf die untere Ebene gehen: Sie ist für den österreichischen Finanzplatz an sich vielleicht nicht systemrelevant, aber für die Gruppe Banken und Bankiers nimmt sie sicher eine große Stellung ein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also unter den Zwergen ist sie quasi ein Riese? Okay. – Ist die Meinel Bank auch auf dieser Liste oben?

N. N.: Wie bitte?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist die Meinel Bank auch auf dieser vorstandsrelevanten Liste oben?

N. N.: Die ist auf dieser Liste, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zu welchem Vorstand ressortiert sie?

N. N.: Das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten. Ich habe bis jetzt immer mit beiden Kontakt gehabt, wenn irgendetwas war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, wenn Sie hier relevante Vorgänge machen, informieren Sie immer beide Vorstände? Oder?

N. N.: Nein, ich informiere das Vorstandssekretariat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und die leiten das dann weiter?

N. N.: Die leiten das dann weiter, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Okay. – Vorstandssekretariat bedeutet Mag. Klinger?

N. N.: Jetzt nicht mehr.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Seit 1. April Dr. Träxler?

N. N.: Richtig. Oder Mag. Christiani.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Aber bis 31. März, also den Zeitraum, über den wir jetzt sprechen, hieß das Dr. Klinger?

N. N.: Absolut richtig.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut. – Sind da noch andere Riesen unter den Zwergen auf dieser Liste?

N. N.: Es geht da nicht um Riesen, es geht vielmehr darum, hier auch Banken ... – Ich meine, Sie können mich jetzt nicht genau festnageln, welche Gründe alles hatte, aber es gibt genauso Banken, die Verluste machen, oder Banken, die auffällig sind, die als vorstandsrelevant tituliert werden. Ich sage Ihnen ehrlich: Es ist mir als Sachbearbeiter nur recht, wenn ich auch an den Vorstand berichten kann, dass die Befehlskette eingehalten ist. Also es gibt sicherlich viele Gründe, warum eine Bank vorstandsrelevant ist.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also die „Fahrzeugbank“ – um hier das Bankgeheimnis nur am Rande zu berühren – war zumindest zeitweise eine vorstandsrelevante Bank zum Beispiel.

N. N.: Wie bitte?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die „Fahrzeugbank“; Fahrzeug jetzt als Bild gesehen.

N. N.: Ich weiß schon, was Sie meinen, ich weiß nur nicht, ob ich darauf antworten darf.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wir verstehen uns schon, ist schon klar.

Kennen Sie den Fragebogen, der im April erschienen ist, dieser so genannte Fragebogen, wo politische Aufträge an die FMA und an die OeNB gegeben worden sind?

N. N.: Kenne ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nur aus der Zeitung?

N. N.: Nur aus der Zeitung. Damit habe ich überhaupt nichts zu tun.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie, ob die FMA BAWAG-Vorstandsprotokolle hat?

N. N.: Nein. Ich habe mit solchen Dingen nichts zu tun – und ich bin froh darüber.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Okay. Das kann ich gut verstehen. Das heißt, das haben Sie alles nur immer aus der Zeitung gehört?

N. N.: Das habe ich alles aus der Zeitung, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und auch diese Großkreditevidenzabfragen und die Sachen?

N. N.: Na ja, die Großkreditevidenzabfragen passieren in meiner Abteilung. Ich meine, das hört man natürlich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, da haben Sie gehört, dass die SPÖ abgefragt wurde?

N. N.: Ja. Dass es damals passiert ist, habe ich nicht gehört, denn da war ich auf Urlaub. Aber ich meine, dass es jetzt natürlich ein Thema ist, ist mir bewusst.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist schon klar. Das ist, glaube ich, jedem in der FMA bewusst.

N. N.: Das kann keinem entgehen in der Abteilung. Unmöglich.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich glaube, das alles ist jedem in der FMA bewusst.

N. N.: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wäre komisch, wenn es nicht so wäre.

N. N.: Weiß ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, es hat zwei persönliche Treffen mit Dr. Quantschnigg gegeben? (**N.:** *Jawohl!*) – Können Sie die zeitlich eingrenzen?

N. N.: Warten Sie. Wenn ich meine Akten befragen darf? (**Abg. Krainer:** *Gerne!*)

(Die Auskunftsperson blättert in ihren Unterlagen.)

Einmal am 5.4.2006 und einmal am 13.7.2006.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigung, das erste Datum habe ich nicht gehört.

N. N.: 5.4.2006 und einmal 13.7.2006.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Von wem ist die Initiative für das Treffen am 5. April ausgegangen?

N. N.: Ich habe mich bei ihm gemeldet. Erstens, weil ich das schon so pflege, dass ich mich, wenn ich Banken übernehme, bei den Staatskommissären bekanntmache und Guten Tag sage. Ich habe ein Telefonat geführt und gesagt, ob es ihm bekannt ist, dass dieser Zeitungsartikel erschienen ist. Er hat gesagt: Ja, er hat das ohnehin schon gesehen und wird nachfragen. Und dann habe ich mit dem Kollegen, dem damaligen Gruppenleiter, bei ihm einen Antrittsbesuch gemacht, um uns vorzustellen und darüber zu sprechen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Für wie viele Banken sind Sie zuständig? (**N.:** *22!!*) – Und Ihr Gruppenleiter ist?

N. N.: Derzeit ist es Herr Mag. Mitterbuchner, damals war es jemand anderer, der aber gewechselt hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Okay. Und bei dem Gespräch am 13. Juli: Von wem ist da die Initiative ausgegangen?

N. N.: Am 13. Juli ist die Initiative von Dr. Quantschnigg ausgegangen, aber da war jetzt dieses Schreiben nur ein Randthema. Da wollte er generell über den Eindruck bei der Bank sprechen. Also ich denke einmal, es ist im Sinne einer gut funktionierenden Aufsicht schon enger Kontakt mit den Staatskommissären zu halten, denn sonst ist das Instrument ... (Abg. **Krainer:** *Wirkungslos!*) Vielleicht nicht wirkungslos, aber es ist besser, wenn man engen Kontakt hält.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, das haben wir hier im Ausschuss – zu Ihrer Information – auch schon kritisiert, dass es zumindest bei der BAWAG nicht so war, dass die Staatskommissäre regelmäßig von der Finanzmarktaufsicht aktiv informiert wurden, sondern dass es eher so war, dass die nur eine passive Tätigkeit insofern hatten, als die Informationen von den Staatskommissären zur Aufsicht geflossen sind, aber nie in die andere Richtung. Insofern ist das ohnehin positiv zu hören, dass es auch Mitarbeiter in der FMA gibt, die das umgekehrt auch sehen, denn sonst ist die Funktion des Staatskommissärs ja die eines „Blinden“, wenn er die Informationen nicht hat von der FMA oder von der Aufsicht in diesem Fall, für die er ja dorthin entsandt ist. Und insofern ist das schon äußerst vernünftig.

Das heißt, am 5. April hat Ihnen Peter Quantschnigg dann diesen E-Mail-Verkehr überreicht, der da auch angesprochen ist?

N. N.: Soweit ich mich erinnern kann, war das ein E-Mail, und vom Inhalt her haben wir das in der Großkreditevidenz schon gewusst.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Hoher Ausschuss! Zunächst halte ich einmal fest, dass wir nach unserer internen Zeitplanung eine halbe Stunde für Herrn **N.** eingeplant haben. Ich muss ehrlich sagen, wenn wir in Zukunft Vereinbarungen in der Fraktionsführersitzung so einhalten, dass eine Fraktion schon die gesamte vorgeschriebene Zeit konsumiert, werden wir natürlich nie fertig werden Ende Mai, wie das die ÖVP-Fraktion immer verlangt hat.

Ich stelle nur eine Frage. Mich interessiert eine Geschäftsverbindung zwischen der Meinel Bank und Flöttl überhaupt nicht – es sei denn, sie berührt den Finanzskandal BAWAG.

Meine einzige Frage ist: Ist Ihnen in diesem Zusammenhang – Sie sind ja für die Meinel Bank zuständig – irgendwann ein Geldfluss bekannt geworden zwischen BAWAG und Meinel Bank oder BAWAG und Flöttl Wolfgang?

Das ist die einzige Frage, denn ehrlich gestanden, wenn wir da alle Geschäftsverbindungen anschauen, die Banken mit Kunden haben, werden wir nie fertig. Das Einzige ist, wir sind über den BAWAG-Skandal zu diesem Thema gekommen. Da ist die einzige Frage: Ist Ihnen irgendein Zusammenhang mit BAWAG-Zahlungen aufgefallen?

N. N.: Die Frage ist ein bisschen Bankgeheimnis.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn Sie nichts wissen, ist es ja kein Geheimnis.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich habe nicht gewusst, dass so eine einfache Frage solche Irritationen erzeugt. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*)

N. N.: Schauen Sie, ich möchte nur meine eigene Person schützen und **nicht** gegen § 38 Bankwesengesetz verstoßen. Das ist das Einzige. – Da gibt es grundsätzlich keine Geheimnisse (Abg. Mag. **Stadler:** *Das mit dem Bankgeheimnis haben wir da schon geklärt! Der Verfahrensanwalt hat das schon geklärt! Da gibt es Zahlungsflüsse in Millionenhöhe zwischen der Meinel Bank und der BAWAG! Das ist alles nach draußen gelangt, und wir dürfen das nicht erfahren! Das darf doch nicht wahr sein!*) Ja. Es gibt

ja grundsätzlich, ich meine, grundsätzlich nur diese ... (*Abg. Mag. Stadler: Wenn Sie so weiter tun, dann sind wir in einer halben Stunde nicht fertig!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es ist immer noch die Frage des Kollegen Stummvoll offen, der jetzt offensichtlich in ein Wespennest gestochen hat. – Da sieht man wieder, wie wichtig die Fragen des Kollegen Stummvoll sind.

N. N.: Ich meine, was ich sagen kann, ist, dass es in der Öffentlichkeit schon bekannt ist, dass das quasi ... – Es gibt ja nur quasi diese Akte. (*Abg. Mag. Stadler: Das brauchen Sie uns nicht zu erklären, was in der Öffentlichkeit bekannt ist! Es gibt eine klare Frage des Kollegen Stummvoll, und darauf wollen wir eine Antwort!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich schlage vor, dass sich die Auskunftsperson mit Ihrer Vertrauensperson berät, so wie es in der Geschäftsordnung vorgesehen ist. Schalten Sie dazu das Mikrophon aus, beraten Sie sich jetzt ein paar Minuten – und dann werden wir die Antworten bekommen. (*Abg. Mag. Stadler: Ich kündige an, dass ich jede einzelne Zahlung, die im „profil“ steht, jetzt abfragen werde!*) Das ist ja durchaus möglich, aber sie sollen sich einmal beraten, das ist das gute Recht.

N. N.: Okay, also es gab eben eine Abdeckung einer Finanzierung von der BAWAG an die Meinel Bank, aber das ist in der ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Damit wir uns richtig verstehen: Sie haben früher gesagt, dass die Meinel Bank einen Kredit gewährt hat, obwohl offensichtlich keine Vermögenswerte da waren. Heißt das jetzt, dass dieser Kredit, der von der Meinel Bank Flöttl gewährt wurde, von der BAWAG mehr oder weniger zumindest teilweise zurückgezahlt wurde?

N. N.: Ich weiß nicht, ob das ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Das ist das Einzige, was uns interessiert, alles andere interessiert mich nicht, bitte! Also wer wen gelobt hat, wer wann mit wem telefoniert hat, ist uninteressant für mich. – Aber das ist die einzige interessante Frage des ganzen Themas, bitte!

N. N.: Ich tu mir ein bisschen schwer wegen dem Bankgeheimnis. Sonst würde ich es Ihnen schon sagen. Es ist auf jeden Fall so gewesen, dass wir einen Abgleich gemacht haben zwischen Informationen. Also ich habe von meiner Seite her geschaut, dass die Kollegen dann geschaut haben, ob das, was bei der Meinel Bank vorliegt, bei der BAWAG auch vorliegt. Also es wurde ein Abgleich gemacht, und es hat hier keine Hinweise auf irgendwelche Gesetzesverletzungen gegeben. Soweit kann ich das schon sagen.

Ich meine, es hat jetzt nichts Besonderes anderes gegeben, und mehr als in den Vor-Ort-Prüfberichten gestanden ist, die leider veröffentlicht wurden, hat es nicht gegeben.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Noch einmal – ich will Sie nicht in Schwierigkeiten bringen, gar nicht, aber das ist eine ganz simple, einfache Frage und nur die interessiert mich, alles andere interessiert mich in dieser Causa nicht –: Ist irgendwo für Sie ersichtlich gewesen, dass der Kredit der Meinel Bank an den Wolfgang Flöttl ganz oder teilweise durch die BAWAG über die BAWAG, über BAWAG-Konten zurückgezahlt wurde? Das ist das Einzige, was mich interessiert!

N. N.: Ja, lassen Sie mich überlegen. Es war ... – Es schaut schon so aus, dass der Kredit zurückbezahlt worden ist über die BAWAG, ja, aber es ist ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Okay. Also halten wir fest: Es schaut so aus. Ich will Sie in keine Schwierigkeit bringen, aber noch einmal: Im ganzen

Zusammenhang zwischen Meinel Bank, Flöttl und BAWAG ist das die einzig wirklich interessante Frage. Alles andere ist irrelevant. Okay. – Also es schaut so aus.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Keine weiteren Fragen mehr? – Dann Grüne, bitte.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Erste Bemerkung zu den Zeitplänen und was diese Befragung mit Ende Mai zu tun hat: Das erschließt sich den Mitgliedern des Ausschusses nicht, insbesondere jenen, die verfolgt haben, dass rund ums Wochenende 92 Ordner eingetroffen sind mit zur Hälfte ungefähr völlig neuen Informationen. Das aber nur am Rande. Die hätten aber schon von Anfang weg geliefert werden sollen, damit dieser Vorhalt nicht wieder kommt.

Zweiter Punkt: Es interessiert hier, was der Prüfauftrag des Nationalrates ist, und da mag man dann auch persönliche Färbungen vornehmen. Aber, Herr Kollege Stummvoll, es ist nicht nur die BAWAG Untersuchungsgegenstand, es geht auch um die Netzwerke drum herum. Soviel zur Einleitung.

Und genau zu denen frage ich jetzt: Haben Sie Reaktionen vom Herrn Quantschnigg erhalten nach diesen beiden Gesprächen, nachdem ja in den Medien über Flöttl, Meinel, Grasser das eine oder andere publik geworden ist? Haben Sie nach diesen beiden Gesprächen irgendeine Reaktion von ihm vernommen: mündlich, schriftlich?

N. N.: Vielleicht hat es einmal ein Telefonat gegeben, aber nicht zu diesem Thema.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): War Ihnen bekannt, als Sie mit Quantschnigg gesprochen haben, dass der Finanzminister ein Freund von Meinel V war? **N.:** Nein!) – War Ihnen bekannt, dass Flöttl und Meinel viele Jahre beste Kontakte hatten?

N. N.: Das war mir aus diesem Zeitungsartikel vom 18.3. in „Die Presse“ bekannt, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber während Ihrer Tätigkeit rund um die Recherchen, ist Ihnen da nichts aufgefallen, was zusätzlich von Interesse wäre, um diese Verbindungen zu beschreiben, als es über die Medien hinaus bekannt ist?

N. N.: Ich habe dann recherchiert, und dann ist es eben zu diesen Anfragen gekommen, eben auf Grund meiner Recherchen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es ist hier in dem „profil“ Artikel von einer seltsamen Doppeltransaktion – wenn ich das abkürzen darf – die Rede, datiert mit 12. August 1998. Hier ging es um ein Flugzeug, ich nehme an, Typ Gulfstream. Ich glaube, ich darf annehmen, Sie wissen, wovon ich rede. – Können Sie uns zu diesem Vorgang etwas Näheres sagen?

N. N.: Ich würde Ihnen gerne etwas sagen, aber ich weiß nicht, ob das nicht gegen das Bankgeheimnis verstößt; das ist das Problem.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ) (Zur Geschäftsbehandlung): Es ist nicht die entscheidende Frage, ob es die Auskunftsperson weiß oder nicht, sondern wenn er glaubt, er verstößt gegen das Bankgeheimnis, dann kann er sich ja an den Verfahrensanwalt wenden – und wenn das geklärt ist, hat er das zu beantworten. Also stelle ich jetzt einmal den Antrag, dann sozusagen die Gründe offenlegen zu müssen und den Antrag an das Bezirksgericht Wien Innere Stadt zu stellen.

Das klärt ja der Ausschuss, ob da ein Bankgeheimnis verletzt wird oder nicht, wenn es bereits im „profil“ steht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es ist auch nützlich, glaube ich, darauf zu verweisen, dass nicht bei allem und jeden sofort die Vertrauensperson intervenieren kann. Unserer Interpretation der Geschäftsordnung nach ist vor allem auch der

Verfahrensanwalt zuständig für die Einhaltung dieser Rechte, und es soll möglichst um unbeeinflusste Zeugenaussagen gehen. Dies scheint nicht nur nach der Intention der Geschäftsordnung gewiss, fast nach den Buchstaben. Ich bitte also, so vorzugehen.

Ich meine, wir können das verlängern und ich lese das absatzweise vor. Dann ist es ein konkreter Vorhalt. Aber das könnten wir uns sparen, weil Sie ja die Umstände kennen.

Also frage ich Sie noch einmal: Was ist Ihnen über diese mögliche Doppeltransaktion, wie ich das jetzt bezeichne, bekannt.

N. N.: Es betrifft Kundenbeziehungen, und dazu möchte ich nichts sagen – oder darf ich nichts sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ob irgendetwas ein Bankgeheimnis ist oder nicht, ist extra zu bewerten, sagen wir hier noch einmal.

Ich frage Sie: Hat die BAWAG der **Flöttl Capper Ltd.** noch einmal 18 Millionen Dollar überwiesen in dieser Angelegenheit? „Im Karibik-Prüfbericht“, heißt es weiter, „der Oesterreichischen Nationalbank vom Frühjahr 2006 heißt es“ – Anführungszeichen, also völlig veröffentlicht –:

„Mit diesem Kredit wurde offenbar eine Leasingfinanzierung, die Flöttl in Zusammenhang mit seinem Privatjet aufgenommen hatte, durch die BAWAG abgelöst.“

Ist das richtig?

N. N.: Schauen Sie, ich kann Ihnen nur sagen, dass der Abgleich zwischen den Unterlagen, die ich von der Meindl Bank bekommen habe, und der Abgleich, der dann von den Kollegen gemacht wurde im Rahmen der BAWAG-Prüfung, gepasst hat, dass das in sich stimmig war, ja. Das kann ich Ihnen sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut, ich glaube, wir werden dann das extra beraten, wie wir hier weiter vorgehen, denn sonst drehen wir uns, was das betrifft, im Kreis.

Ich frage Sie etwas anderes in diesem Zusammenhang: Ist es richtig, dass der Justiz dieses Dossier nicht übermittelt wurde zum Zeitpunkt des Erscheinens des „profil“-Artikels, also zirka im März 2007?

N. N.: Ich bin ja persönlich nicht für die Übermittlung zuständig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber ob Sie es wissen?

N. N.: Laut meinen Informationen, war es bis dahin noch nicht übermittelt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jedenfalls deckt sich das mit der Aussage der Staatsanwaltschaft, die dieses Dokument nicht in den Akten registriert hat. Die kennen das nicht, wird die Staatsanwaltschaft dort noch einmal wortwörtlich zitiert. Ich behalte mir vor, noch einmal nachzufragen, und bin gespannt, wie wir hier geschäftsmäßig vorgehen werden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Fragerecht geht an Kollegen Stadler über.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben gesagt, Sie haben keine Hinweise auf Gesetzesverletzungen gehabt. – Kennen Sie den Straftakt gegen Flöttl junior? (**N.:** Nein!) – Den kennen Sie nicht? (**N.:** Nein!) – Woran haben Sie dann gemessen, ob eine Gesetzesverletzung vorliegt oder nicht?

N. N.: Schauen Sie, für mich war es wichtig, ich bin Analyst der Meindl Bank und ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben gesagt, Sie haben gesehen, dass keine Gesetzesverletzung vorliegt – und das nicht als Analyst der Meinl Bank. Gesetzesverletzung ist eine *juristische Wertung*, keine bankanalytische Wertung.

N. N.: Gemäß dem BWG lag in dem Fall für mich keine Gesetzesverletzung vor.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können Sie sich vorstellen, dass der Staatsanwalt andere Maßstäbe hat, eine Gesetzesverletzung zu überprüfen?

N. N.: Das kann möglich sein, aber ich habe ich mit dem ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sehen Sie! Sie kannten also den **Strafakt** gegen Flöttl junior *nicht*. – Kennen Sie ihn heute? (**N.:** *Nein!*) – Sie kennen ihn bis zur Stunde nicht?

N. N.: Nein, aber ich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es richtig, dass Sie daher nicht wirklich abschließend beurteilen können, ob eine Gesetzesverletzung vorliegt oder nicht?

Vertrauensperson Dr. Wolfgang Themmer: Herr Verfahrensanwalt, ich ersuche Sie, hier einzuschreiten!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Vertrauensperson hat hier überhaupt nichts zu sagen im Ausschuss! Lesen Sie vorher das Gesetz, Herr Rechtsanwalt! Sie haben weder Antworten vorzuformulieren, noch hier herinnen ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Vertrauensperson hat keine Möglichkeit, Erklärungen gegenüber dem Ausschuss abzugeben, und daher darf er ...

Vertrauensperson Dr. Wolfgang Themmer: Ich richte mich an den Verfahrensanwalt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie können sich *jederzeit* an den Verfahrensanwalt wenden. Lesen Sie die Verfahrensordnung!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie können sich an den Verfahrensanwalt wenden, so lautet die Belehrung.

Vertrauensperson Dr. Wolfgang Themmer: Das habe ich auch vorhin getan. (*Obmann Dr. Graf: Aber nicht über das Mikrophon!*)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie können das jederzeit tun, *ohne* dass Sie die Tätigkeit des Ausschusses stören und meine Ausführungen unterbrechen! – Das steht Ihnen nicht zu! (*Zwischenrufe.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich bitte um etwas Ruhe bitten! Man kommt ja gar nicht zum Reden! Das Mikrophon dient nicht dazu, Kontakt aufzunehmen mit dem Verfahrensanwalt. Das bitte ich zu beachten, denn sonst ist es eine Erklärung gegenüber dem **Ausschuss** – und das geht nicht. Daher: Wenn Sie sich an den Verfahrensanwalt wenden wollen, dann machen wir das auch in einer kurzen Unterbrechung, und der Verfahrensanwalt wird dann, wenn es für notwendig erachtet ist, mich informieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich in meiner Befragung fortsetzen: Ich halte fest, dass die Auskunftsperson gar nicht klären konnte, ob eine Gesetzesverletzung vorliegt oder nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Entschuldigung, Kollege Stadler, wir können nicht drei Sachen gleichzeitig machen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die Vertrauensperson wird sich an die Verfahrensordnung halten müssen. Ich werde mich bei meiner Fragestellung nicht nach der Vertrauensperson richten!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ja schon, aber es kann ja der Verfahrensanwalt dann nicht folgen. (*Abg. Kopf: Sie haben das nicht im Griff!*) Ich versuche, es in den Griff zu bekommen, aber es ist unmöglich für mich und für den Verfahrensanwalt, gleichzeitig drei Sachen von verschiedenen Leuten zuzuhören. Bitte um Verständnis, dass das für alle so gilt.

Jetzt nimmt einmal die Vertrauensperson Kontakt zum Verfahrensanwalt auf, und dann werden wir weitersehen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann rege ich an, in der Zwischenzeit die Tätigkeit des Ausschusses zu unterbrechen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe auch gebeten darum, dass wir jetzt ein paar Minuten unterbrechen, damit diese Fragen abgeklärt werden.

Die Sitzung ist für drei Minuten **unterbrochen**.

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 8.57 Uhr **unterbrochen** und um 9.03 Uhr als solche wieder **aufgenommen**.)

Obmann Mag Dr. Martin Graf nimmt – um 9.03 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt dem Verfahrensanwalt das Wort.

Verfahrensanwalt Dr. Konrad Brustbauer: Ich habe die Auskunftsperson darauf hingewiesen, dass – so wie bei jeder Befragung – sie auch heute das Bankgeheimnis zu wahren hat. Persönlich war ja die Auskunftsperson nicht bei der Bank beschäftigt.

Ferner habe ich **N.** darauf hingewiesen, dass er trotz der Tatsache, dass unter Verletzung des Bankgeheimnisses vielleicht Verschiedenes schon bekannt ist, er dennoch das Bankgeheimnis wahren muss – es sei denn, die Geschäftspartner entbinden ihn davon. Es können ihn aber **nur** die **Geschäftspartner** davon entbinden.

Bei allem Respekt vor dem Parlament: Sie als Abgeordnete können die Auskunftsperson **nicht** davon entbinden. Es fällt ja ihm auf den Kopf. Es genügt natürlich nicht, dass er immer nur sagt, das fällt unter das Bankgeheimnis, sondern er wird das zu begründen haben. Zum Beispiel so – alle, die informiert sind, werden es vielleicht wissen –: weil eine Geschäftsbeziehung, weil ein Kredit zwischen einer Bank und einem anderen besteht. Die Auskunftsperson wird jeweils mit einem Satz begründen müssen, **warum** das Bankgeheimnis zu wahren ist. Der bloße **Hinweis** auf das Bankgeheimnis genügt **nicht**, sondern es muss auch der Grund – ich verstehe schon, dass das aufwühlt –, warum das so ist, dazu gesagt werden, eben dieses „weil“. Aber das ist ja an sich ohnehin klar.

Die Frage, wie weit das Bankgeheimnis geht, ist hinlänglich klar. Und: Das „weil“ steht ja auch in der Verfahrensordnung: Die Auskunftsperson hat den Grund zu nennen. Und sie wird in Hinkunft mit einem entsprechenden Satz jeweils begründen, **warum** das Bankgeheimnis betroffen ist.

Nochmals: Auch wenn anderswo vielleicht – ich weiß es ja nicht, vielleicht hatten die betreffenden Leute die Zustimmung dazu, oder es kam von den Leuten selbst, unter Verletzung des Bankgeheimnisses – Dinge in der Öffentlichkeit bekannt wurden, ist **N.** dennoch **nicht** vom Bankgeheimnis entbunden. Das muss gesagt werden. Das befreit

ihn nicht! Er käme dadurch in die Zwickmühle, wenn er sich darauf berufen würde, dass er dass irgendwo gelesen hat, denn er selbst ist dadurch **nicht** vom Bankgeheimnis entbunden. **Darauf** muss ich schon hinweisen!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe bis jetzt noch gar keine Frage, die mit dem Bankgeheimnis etwas zu tun hat, gestellt. Ich habe nur gefragt, ob er den Straftakt kennt – und das hat mit dem Bankgeheimnis nichts zu tun. Und er hat festgestellt, dass er ihn bis zur Stunde nicht kennt.

Er hat allerdings eine Wertung vorgenommen, die juristischer Natur ist: dass es keine Hinweise auf Gesetzesverletzungen gab. Das kann er gar nicht beurteilen, weil er den Straftakt nicht kennt.

Wann wurde – das hat Sie Kollege Krainer zwar schon gefragt, und Sie haben sehr ausweichend geantwortet; und das hat wiederum mit dem Bankgeheimnis nichts zu tun – Ihrer Kenntnis nach die Staatsanwaltschaft von diesem Sachverhalt durch die Finanzmarktaufsicht informiert?

N. N.: Das genaue Datum kann ich Ihnen jetzt nicht nennen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie können es auch eingrenzen.

N. N.: Ich glaube, nach dem Erscheinen des „profil“.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wann war das? (*Abg. Krainer: Am 12. März!*)

Es geht nicht darum, ob es am 12. März dieses Jahres war, sondern es geht um die Frage: Wann war das nach dem Erscheinen des „profil“-Artikels: War das fünf Tage später, sofort danach, also: Wann war das?

N. N.: Das weiß ich nicht. Ich bin nicht für die Übermittlung zuständig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie keine Wahrnehmung darüber gehabt?

N. N.: Ich habe keine genaue Wahrnehmung darüber gehabt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine ungefähre Wahrnehmung darüber gehabt, wenn Sie keine „genaue“ hatten? Was ist Ihre ungefähre Wahrnehmung gewesen?

N. N.: Schauen Sie, ich weiß nicht, wann es übermittelt wurde, weil ich mit der Übermittlung nichts zu tun habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben gesagt, Sie hätten keine „genaue Wahrnehmung“ darüber gehabt, daher: Wie ist Ihre **ungefähre Wahrnehmung?**

N. N.: Ich glaube, nach Erscheinen des „profil“-Artikels. Aber das weiß ich nicht. Da müssen Sie die zuständigen Personen fragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es richtig, dass somit die gesamten Informationen in Ihrer Behörde ein Jahr lang nicht an die Staatsanwaltschaft respektive an den Untersuchungsrichter weitergeleitet wurden?

N. N.: Schauen Sie, es wurde von mir an alle Stellen weitergeleitet, die es betrifft, auch an die Stellen, die mit der Staatsanwaltschaft zu tun haben. Und diese Personen werden eine Wertung vorgenommen haben, ob eine Gesetzesverletzung vorliegt oder nicht – strafrechtlicher Natur. **Ich** habe eine Wertung vorgenommen, ob eine **BWG-mäßige** Sache vorliegt, und das dann an die Behörde ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie eine Wahrnehmung darüber gehabt, warum von der Finanzmarktaufsicht auf einmal die Einschätzung, ob eine Gesetzesverletzung vorliegen könnte oder nicht, nach Erscheinen des „profil“-Artikels eine andere war als davor?

N. N.: Da müssen Sie die Personen befragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie heute eine andere Einschätzung, ob eine Gesetzesverletzung vorliegen könnte oder nicht?

N. N.: Ich habe zu dem keine Einschätzung, da ich **nicht juristisch** gebildet bin.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So ist es! Sie haben aber hier in Beantwortung der Fragen des Kollegen Krainer und in Beantwortung der Fragen des Kollegen Stummvoll gesagt, es lag **keine Gesetzesverletzung** vor.

N. N.: Darf ich das richtigstellen? (*Abg. Mag. Stadler: Bitte!*) – Aus Analysesicht: Für mich ist es wichtig, ob es einen **Gefährdungstatbestand** für eine Bank gibt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist etwas erheblich anderes als eine **Gesetzesverletzung**.

N. N.: Das steht im BWG. Für mich ist wichtig, dass **keine BWG-mäßige Gesetzesverletzung** vorliegt. – Strafrechtlich kann ich überhaupt nichts beurteilen – und beurteile ich auch nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist jetzt etwas erheblich anderes als das, was Sie zuvor gesagt haben.

N. N.: Das will ich zurückweisen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist ja wichtig. Daher klären wir das ja mit Fragen. Zuvor hat das nämlich nach einer Exkulpierung des Herrn Flöttl angeschaut. Wir halten fest, dass das von Ihnen nicht gedacht und nicht gemeint war.

Nun halte ich Ihnen einen Sachverhalt aus dem „profil“ vom 12. März 2007 vor. Da heißt es wörtlich:

„Am 12. August 1998 tilgte die auf den Bermudas registrierte Capper Ltd., eines von Wolfgang Flöttls zahlreichen Investmentvehikeln, einen Kredit (Kontonummer 100484823), den sie dreieinhalb Jahre zuvor bei der Meisl Bank aufgenommen hatte. Summe: 17,25 Millionen Dollar. Zweck: der Ankauf eines Businessjets vom Typ Gulfstream IV-SP, zugelassen unter der Kennung VR-BOT. Bis zu diesem Zeitpunkt gehörte der Flieger formell der auf den Bermudas eingetragenen Meisl-Tochter Geojet Ltd., Flöttls Gesellschaft trat als Mieterin auf. In dem FMA-Dossier ist dazu vermerkt: „Zur Sicherstellung der Mietforderung der Geojet Ltd. an die Capper Ltd. diente die persönliche Haftung von Herrn Dr. Wolfgang Flöttl ... Diese Finanzierung wurde am 12.08.1998 zurückgeführt. Ein Wertberichtigungsbedarf war nicht gegeben.“ Ich zitiere weiter:

„Warum und vor allem wie der Kredit so plötzlich getilgt wurde, geht aus dem Dokument nicht hervor. Mehr noch: Anfang des Jahres 2000 wurde der Flieger gleichsam ein zweites Mal bezahlt.“

Ich betone: **ein zweites Mal bezahlt!**

Ich zitiere weiter:

„Die Bawag überwies Flöttls Capper Ltd. dafür annähernd exakt 18 Millionen Dollar. Im Karibik-Prüfbericht der Oesterreichischen Nationalbank vom Frühjahr 2006 hieß es: „Mit diesem Kredit wurde offenbar eine Leasingfinanzierung, die Flöttl im

Zusammenhang mit seinem Privatjet aufgenommen hatte, durch die Bawag abgelöst.“
– Ende des Zitats.

Nun frage ich Sie: Können Sie sich an diese Ausführung der Nationalbank erinnern? – Das hat mit dem Bankgeheimnis nichts zu tun!

N. N.: Ausführung der Nationalbank zu was?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was ich jetzt zitiert habe: dass dieser Kredit ein zweites Mal bezahlt wurde, nämlich von der BAWAG. *(Die Auskunftsperson schüttelt verneinend den Kopf.)*

Erinnern Sie sich an die Ausführungen der Nationalbank im Prüfbericht, dass dieser Kredit ein zweites Mal von der BAWAG bezahlt wurde?

N. N.: Schauen Sie: Ich habe meinen Teil zu den Untersuchungen beigetragen und habe das dann an die Stellen weitergeleitet. Den Abgleich zwischen Nationalbank und Informationen BAWAG und Meisl habe ich nicht gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie können Ihr Erinnerungsvermögen befragen und einfach nur mit einem Ja oder mit einem Nein antworten – unter Wahrheitspflicht!

Erinnern Sie sich an diese Formulierung im Nationalbank-Prüfbericht, dass dieser Kredit ein **zweites Mal** bezahlt wurde, und zwar von der BAWAG?

N. N.: Ich habe den Bericht nicht gelesen. Nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben den Bericht nicht gelesen? *(N.: Nein!)* – Das heißt, Sie haben zum Zeitpunkt, als Sie die Prüfung vorgenommen haben, Ihre Einschätzung vorgenommen haben, es liege keine Gesetzesverletzung vor, den Prüfbericht der Nationalbank nicht gekannt. – Ist das richtig?

N. N.: Ich habe nur die Auszüge gekannt, die quasi den Konnex zur Meisl Bank betreffen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): **Genau** um diesen Auszug handelt es sich! Es ist die Konnexität zwischen Meisl Bank und BAWAG hier gegeben, und zwar im Prüfbericht der Nationalbank. Und in dieser Passage heißt es, dass dieser Kredit ein zweites Mal getilgt wurde – das habe ich Ihnen vorgehalten; ich kann es Ihnen gerne noch einmal vortragen –, nämlich von der BAWAG. Erinnern Sie sich jetzt an diese Passage?

N. N.: Mir ist es fremd, dass das ein zweites Mal getilgt wurde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es stand genauso in diesem für Sie prüfrelevanten Teil des OeNB-Prüfberichtes zur Frage dieses Engagements.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Auskunftsperson hat schon gesagt, dass sie sich daran nicht erinnert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das hat er nicht gesagt. Er hat nur gesagt, er hat den Prüfbericht nur in den Passagen gelesen, die mit der Meisl Bank zu tun hatte. Und **das** ist **eindeutig** hier der Fall!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Er hat gesagt, die Aussage, dass es ein zweites Mal getilgt wurde, ist ihm fremd. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich würde es gerne von ihm selber hören, ob ihm das wirklich fremd ist. Es wird sich dann noch herausstellen, ob das wirklich so ist.

N. N.: Wenn Sie sagen, dass es ein zweites Mal getilgt worden ist ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich sage das gar nicht! Ich zitiere „profil“. Ich sage gar nichts. Ich zitiere „profil“ und frage Sie, ob Ihnen diese Passage bekannt war. (**N.:** *Nein!*) – Sie war Ihnen nicht bekannt? (**N.:** *Nein!*) – Sie ist Ihnen jetzt bekannt, spätestens seit Erscheinen des „profil“.

N. N.: Ja, nur schauen Sie, die Interpretation dieses Schreibens ist **nicht** von einem Bankanalysten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das nicht, aber hier geht es nicht um irgendein Schreiben, sondern hier geht es um den Prüfbericht der Nationalbank zu diesem Kredit-Engagement. Jetzt kennen Sie es. Zumindest seit Erscheinen des „profil“ kennen Sie es. – Ist das richtig?

N. N.: Ich habe den „profil“-Artikel gelesen und habe mich über verschiedene Schlüsse gewundert. Ja.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist es üblich, dass Kredit-Engagements von der BAWAG ein zweites Mal abgedeckt werden und dass Sie darin keine Gesetzesverletzung erkennen?

N. N.: Schauen Sie, ich prüfe nicht die BAWAG, und ich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, hier geht es um ein Kredit-Engagement, das von dritter Seite, in diesem Fall von der BAWAG, ein zweites Mal bei der Meisl Bank abgedeckt wurde. Und die Meisl Bank haben Sie geprüft.

N. N.: Ja, aber ...

(Die Auskunftsperson spricht sich mit ihrer Vertrauensperson.)

Schauen Sie, wir haben das geprüft, und das zweite Mal ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es war Ihnen spätestens seit Erscheinen des „profil“ bekannt. *(Die Auskunftsperson schüttelt verneinend den Kopf. – Zwischenruf des Abg. Dr. Stummvoll.)*

Ich will damit nur sagen, welche neue Form der Bankenaufsicht das ist. Wir haben uns schon über die „alte Qualität“ der Bankenaufsicht aufgeregt, aber ich rege mich schön langsam über die „neue Qualität“ auf. Das heißt – ich halte es nur für den Ausschuss fest –: Im „profil“ erscheint ein Artikel, in welchem beschrieben wird, dass die Kleinigkeit von 18 Millionen Dollar zwei Mal für Herrn Flöttl junior bei der Meisl Bank getilgt wird – und die Finanzmarktaufsicht sagt: Das ist uns nicht aufgefallen! Das interessiert uns nicht!

Die Nationalbank stellt es in ihrem Prüfbericht fest – und die Finanzmarktaufsicht sagt: Das ist uns nicht aufgefallen! Wir erkennen keine Gesetzesverletzung! *(Zwischenruf des Abg. Dr. Stummvoll.)* Nein, nein, er ist der, der für die Finanzmarktaufsicht geprüft hat. Und ihm ist das **nicht aufgefallen**. Das ist der zentrale Punkt! Das heißt, das Prüfreime funktioniert immer noch nicht. **Das** ist der Punkt!

Jetzt frage ich Sie noch einmal: Nachdem Sie also das gekannt haben: Würden Sie jetzt Ihre Einschätzung, dass hier keine Gesetzesverletzung vorliegt, immer noch aufrechterhalten?

N. N.: Schauen Sie ...

(Die Vertrauensperson spricht mit dem Verfahrensanwalt. – Abg. Dr. Stummvoll: Zur Geschäftsordnung!)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Kollege Stummvoll will etwas zur Geschäftsordnung sagen. – Bitte.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Wir haben heute noch einen Vorstand der Finanzmarktaufsicht hier. Ich würde bitten, diese Frage dann zu stellen, denn ich halte es für unzulässig, wenn bei einem Mitarbeiter von 200, auch wenn er die Bank geprüft hat, der Schluss gezogen wird, die Finanzmarktaufsicht wisse das nicht. Er hat halt diesen „profil“-Artikel nicht gelesen. Vielleicht kann der Vorstand sagen, die Finanzmarktaufsicht hat es ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er war der Prüfer. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Stummvoll.*) Ja, ja, schon. Der Vorstand sagt: Ich war nicht der Prüfer! Der Prüfer ... (*Abg. Dr. Stummvoll: Ewald, es gibt ein „trend“, es gibt ein „profil“, es gibt ein „FORMAT“! – Abg. Krainer: Er hat ihn gelesen, und ich habe über die Schlüsse ...!*)

Ich weiß schon. Ja. Er hat sogar zugegeben, dass er den Bericht gelesen hat. Die Aussagen sind schwer widersprüchlich.

Ich halte Ihnen diesen Widerspruch jetzt vor: Sie haben in Beantwortung der Fragen des Kollegen Krainer gesagt, dass Sie diesen Bericht der Nationalbank gelesen haben. (*N.: Mhm!*) Sie haben mir daraufhin präzisiert, dass Sie ihn in jenen **Teilen** gelesen haben, die mit der **Meinl Bank** zu tun hatten.

Ich halte Ihnen vor, dass diese Passage, die ich Ihnen hier vorgelesen habe, exakt aus dem Teil stammt, der mit der **Meinl Bank** zu tun hat. – Daraufhin haben Sie gesagt, und zwar unter Wahrheitspflicht, das Sie erst im „profil“ diesen Umstand kennengelernt haben, dass dieser Kredit in der „Kleinigkeit“ von 18 Millionen Dollar für Herrn Flöttl junior zwei Mal getilgt wurde, nämlich das zweite Mal von der BAWAG. – Halten Sie diese Aussage aufrecht?

N. N.: Schauen Sie, ich habe mir das angeschaut, und ich kann das mit dem „zwei Mal getilgt“ im „profil“-Artikel nicht bestätigen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist nicht „profil“, das ist die Nationalbank.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das „profil“ berichtet über einen Bericht der Nationalbank.

N. N.: Von einer zweimaligen Abdeckung ist mir nichts bekannt – und ich habe das angeschaut.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir halten fest, dass die Prüfung bei der Finanzmarktaufsicht immer noch nicht funktioniert. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Stummvoll.*)

Ich will nur sagen: Die Nationalbank hat diesmal ordentlich geprüft, aber die Finanzmarktaufsicht erkennt eine „Kleinigkeit“ von 18 Millionen Dollar, die doppelt abgedeckt wird, nicht – und das beim Herrn Flöttl, wo jeder sofort in Wirklichkeit ... (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Stummvoll.*) Bei der SPÖ hat man derartige Engagements wie eine Stecknadel im Heuhaufen gesucht, aber beim Herrn Flöttl fällt das nicht auf!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich kann das aufklären. – Ich verstehe nicht, warum die Auskunftsperson das nicht aufklärt. Es ist ganz einfach: Es steht im OeNB-Bericht drinnen, dass das für das Flugzeug war. Es war aber nicht für das Flugzeug, sondern für eine Liegenschaft in London.

N. N.: Das ist etwas anderes.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Natürlich ist es das. Aber das können Sie ganz einfach aufklären!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Kollege Krainer, das ist nicht wahr! Das ist der nächste Sachverhalt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das steht im OeNB-Bericht drin. Das weiß ich aus dem OeNB-Bericht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir halten fest, dass sich der zweite Sachverhalt – das, was jetzt Kollege Krainer releviert hat – auf einen Vorgang aus dem Jahre 1997 bezieht, also ein **anderer** Sachverhalt. Den halte ich Ihnen jetzt vor – ich zitiere wiederum aus „profil“; Nummer 19 aus 2007 –:

„Bereits am 14. April 1997 hatte das Institut Flöttl über das Kreditkonto mit der Nummer 486191 eine auf sieben Jahre angelegte ‚Immobilienfinanzierung‘ über 8,5 Millionen britische Pfund (heute umgerechnet 12,5 Millionen Euro) gewährt und im Gegenzug ein Pfandrecht im ersten Rang erhalten.

Auch in diesem Fall brauchte Meinl nicht lange auf sein Geld zu warten: Der Kredit wurde bereits am 30. Oktober 1998 vorzeitig zurückgeführt. ‚Ein Wertberichtigungsbedarf war nicht gegeben‘, hält die Bank gegenüber der FMA ausdrücklich fest. Kein Wunder: Das Geld zur Kredittilgung kam damals direkt von der BAWAG. Sprecher Thomas Heimhofer: ‚Ich kann bestätigen, dass die BAWAG damals in eine offene Finanzierung gegenüber der Meinl Bank eingetreten ist.‘ Dies sei erforderlich gewesen, um sich den Zugriff auf Flöttls Londoner Refugium – Marktwert damals 14 Millionen Pfund ohne Einrichtungsgegenstände – zu sichern.

Bleibt aber auch hier die Frage: Wo sind jene 8,5 Millionen Pfund abhanden gekommen, welche die Meinl Bank Wolfgang Flöttl eineinhalb Jahre zuvor geborgt hatte?“

Nun frage ich Sie: Können Sie diesen Sachverhalt bestätigen?

N. N.: Schauen Sie, ich kann zu Kreditverhältnissen nichts aussagen, da es das Bankgeheimnis betrifft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich frage Sie anders: Ist der Sachverhalt, den „profil“ hier schildert, richtig oder falsch dargestellt? (*Heiterkeit.*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist das Gleiche, da wird er sich auch auf das Bankwesengesetz berufen, Kundenbeziehungen nicht preiszugeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann frage ich andersherum, denn den Sachverhalt einer Zeitung zu bestätigen, ob er richtig oder falsch ist, das hat mit dem Bankwesengesetz überhaupt **nichts** zu tun, und zwar überhaupt nichts! (*Abg. Dr. Stummvoll: Selbstverständlich!*) Wenn er sagt, er ist falsch, und ich frage danach, in welchen Punkten falsch, dann kommen wir in den Bereich des Bankwesengesetzes. Aber ob eine Zeitung richtig oder falsch berichtet hat, ist **kein** Fall des Bankwesengesetzes.

Wir bleiben dabei, die entscheidende Frage, die hier „profil“ stellt und die meiner Ansicht nach auch der Ausschuss zu stellen hat, ist: Wo sind jene 8,5 Millionen Pfund, die abhanden gekommen sind? Haben Sie hinsichtlich dieses Sachverhaltes Recherchen angestellt bei Ihrer Prüfung? Oder wurde der von Ihnen gar nicht geprüft?

N. N.: Ich habe alles Nötige geprüft und an die Stellen weitergeleitet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Daher frage ich Sie: Wurde dieser Sachverhalt von Ihnen auch geprüft?

N. N.: Es wurde das gesamte Schreiben von mir analysiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe Sie das jetzt nicht gefragt, sondern ich frage Sie, ob dieser Sachverhalt ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich bitte die Auskunftsperson, die konkrete Frage zu beantworten!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ist dieser Sachverhalt von Ihnen geprüft worden: ja oder nein?

N. N.: Können Sie mir die Frage bitte noch einmal stellen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich werde Ihnen den gesamten Artikel, diese Passage jetzt noch einmal vorlesen. (**N.:** *Nein, bitte nicht!*) Es geht um das, was ich Ihnen vorhin vorgetragen habe im Zusammenhang mit der Finanzierung dieser Immobilie in London. – Haben Sie diesen Sachverhalt geprüft?

N. N.: Ja, habe ich geprüft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie Erkenntnisse gewonnen darüber – ich möchte noch gar nicht wissen, welche –, ob da ein Fehlbetrag vorhanden war oder nicht?

N. N.: Lassen Sie mich überlegen! – Aus meiner Sicht gab es hier keinen Fehlbetrag.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es gab keinen Fehlbetrag.

Dritter Sachverhalt – ich zitiere wiederum aus „profil“ 19/07 –:

„Am 12. April 2001 etwa gewährte die MeInl Bank dem Investmentbanker erneut eine Finanzierung – über gleich 7 Millionen Dollar. Als Kreditnehmer trat diesmal die von Flöttl kontrollierte Technical Arbitrage Investments Ltd. mit Sitz auf den Cayman Islands in Erscheinung. Die Finanzierung sollte ursprünglich bis 10. April 2003 laufen, wurde später aber bis März 2006 verlängert. Als Besicherung erhielt die MeInl Bank Aktien der ebenfalls von Flöttl kontrollierten Technical Arbitrage Ltd.

„Als weitere Sicherstellung wurde von Herrn Dr. Flöttl eine ‚Continuing Guaranty‘ abgegeben, heißt es in der Mitteilung an die Finanzmarktaufsicht wörtlich. Das ist bemerkenswert: Zum Jahresende 2000, nur wenige Wochen vor diesem MeInl-Kredit, hatte der vorgeblich bereits mittellose Wolfgang Flöttl die dritte und letzte Tranche der BAWAG-Gelder in der Karibik versenkt. Und verfügte dennoch über ausreichend Vermögen und Bonität für einen Millionen-Dollar-Kredit bei der Bank seines Freundes Julius MeInl V.

Der Kredit wurde schließlich am 20. März 2006 mit Ausnahme der aufgelaufenen Zinsen in der Höhe von 339 952 € getilgt. Zitat aus dem MeInl-Dossier: „Für den Fall, dass von der Gesellschaft (Technical Arbitrage Investments Ltd., Anm.) die Zinsen nicht bezahlt werden und auch Herr Dr. Wolfgang Flöttl seiner Zahlungsverpflichtung aus der ‚Continuing Guaranty‘ nicht nachkommt, wurde für diesen Betrag eine allfällige Wertberichtigung reserviert.“ – Zitatende.

Habe Sie diesen Sachverhalt überprüft? (**N.:** *Natürlich!*) – Ist dieser Sachverhalt, wie er hier vom „profil“ dargestellt wird, richtig oder falsch dargestellt?

N. N.: Ich weiß nicht, wenn ich das kommentiere, ob ich gegen § 38 verstoße. Grundsätzlich ist das ... – Also ich habe das überprüft, und sinngemäß dürfte es richtig sein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Wir halten also fest, dass Flöttl, der mittellos war zu dem Zeitpunkt, bei der MeInl Bank eine Garantie legen kann über

einen Kredit in Millionenhöhe und diese Bank daher, ohne dass sie überprüft hat, ob diese Garantie werthaltig ist, diesen Kredit gewährt hat. – Ist das richtig? Das ist meine Interpretation jetzt – und: Ist sie grundsätzlich richtig?

N. N.: Ich möchte Ihre Interpretation nicht kommentieren.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich glaube nicht, dass die Auskunftsperson dazu etwas sagen kann, ob Flöttl zu dem Zeitpunkt mittellos war oder nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Offiziell war er es! Er hat das ja vor Gericht erklärt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Aber nicht zu dem Zeitpunkt (*Abg. Mag. Stadler: O ja!*), ob er das war oder nicht, das hat er sicher nicht überprüft.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Magister, wo würden Sie sich selbst in der Unternehmenspyramide der FMA einordnen?

N. N.: Das ganz letzte Glied sozusagen, als Sachbearbeiter.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Jetzt nehme ich an, dass Sie auch zu dem Sachverhalt einen *Prüfbericht* verfasst und das *nicht mündlich* weitergeleitet haben an Ihren Abteilungsleiter.

N. N.: Wir haben einen Sachbearbeiter, wir haben einen Gruppenleiter, wir haben einen Abteilungsleiter. Ich habe alles recherchiert und weitergeleitet.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Gibt es das in schriftlicher Form, was Sie weitergeleitet haben? (*N.: Natürlich!*) – Und wer hat das bekommen? Hat das der Vorstand auch gesehen?

N. N.: Der Vorstand hat es auch bekommen. Es hat ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Von wem hat es der Vorstand bekommen, also in dem Fall Traumüller oder Pribil?

N. N.: Im Prozess ist es so, dass man den Abteilungsleiter in den Prozess nimmt, dass man Abteilungsleiter anderer Abteilungen in den Prozess nimmt, dass man den Bereichsleiter in den Prozess nimmt, dass man den Vorstand in den Prozess nimmt bei einer vorstandsrelevanten ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das heißt, es sind drei Ebenen mit diesem Bericht befasst gewesen?

N. N.: Und natürlich noch andere Abteilungen, die halt mit diesem Strafverfahren zu tun haben. – Ich habe mit dem Strafverfahren nichts zu tun.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Sie haben nur einen Teilaspekt des gesamten Sachverhalts geprüft?

N. N.: Natürlich, ich habe einen Teilaspekt geprüft, ob hier eine Gefährdung für die Bank, ob es hier eine mögliche ... – Ich weiß nicht, ob es hier etwas gäbe, was wir noch nicht wissen, was eine Gefährdung für die Bank darstellt. Das war meine Aufgabe. – Irgendwelche Strafverfahren zu beurteilen, das ist *nicht* meine Aufgabe.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Nicht Ihre im Speziellen, aber in der FMA gibt es Stellen, die damit ...

N. N.: Natürlich. Und das wurde alles an diese Stellen weitergeleitet.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Wo sind die Informationen gebündelt zusammengekommen, um sich ein Gesamtbild dieser Zahlungsströme, dieser

Transaktionen machen zu können, um den Vorständen eine möglichst klare Sicht der Dinge zu verschaffen? Wer macht das im Unternehmen der FMA?

N. N.: In dem Fall war es die Person, die quasi auch mit dem Staatsanwalt direkt zu tun gehabt hat, in dem Fall Dr. Träxler.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Dr. Träxler ist also jene Person, die eine Art Endbericht der gesamten Recherche zusammengestellt und dem Vorstand bekannt gemacht hat. – Ist das so? Kann man das so sagen? Das ist ja kein Amtsgeheimnis.

N. N.: Das weiß ich nicht, ob er einen Endbericht ... – Wird er wahrscheinlich gemacht haben. Ich habe den Endbericht jetzt nicht gesehen, aber ...**Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ):** Wesentlich ist aber, dass Herr Dr. Traumüller Bescheid wissen muss über alle diese Vorgänge, die geprüft worden sind. – Ist das so richtig?

N. N.: Grundsätzlich schon, ja.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht da anschließend, sonst geht das ewig im Kreis: Ein Vorstand wird nicht alles wissen können, sondern es gibt irgendwo jemanden, bei dem alle Informationen zusammenlaufen, der den **Gesamtüberblick** hat. Und ich glaube, darauf hat auch diese Frage gezielt. Ist es Ihrer Meinung nach Dr. Träxler gewesen, oder wer ist das, der letztlich die Zusammenfassung gemacht hat? (*Zwischenruf des Abg. Bucher.*) – Ja, aber das ist noch nicht ganz klar herausgekommen. Der ist verantwortlich dafür, aber ich glaube nicht, dass der das aufbereitet. – Ist das also Herr Dr. Träxler?

N. N.: Es ist so: Wir beurteilen das wirtschaftlich, und dann schicken wir es weiter an die Juristen, an die behördliche Abteilung, und Dr. Träxler war damals ein Teil der behördlichen Abteilung. Es wurde an den Abteilungsleiter der behördlichen Abteilung weitergeleitet sowie auch an ihn. Das sind Juristen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ich hätte nur eine Frage, um das Ganze vielleicht einigermaßen zu verstehen. Es ist ja etwas unverständlich, wenn ein BAWAG-Zwischenbericht vom 25.5.2006 doch erhebliche Zweifel anmeldet, dass so ein erfolgreicher Portfoliomanager angeblich das gesamte anvertraute Vermögen sozusagen verspekuliert. Die zweite Tatsache ist, dass selbst bei dieser Frage der Verluste eine Differenz von 613 Millionen € ungeklärt ist, nämlich von 1 100 auf 1 800. Welche Schlussfolgerungen wurden daraus gezogen? 613 Millionen € sind ja ein Betrag, der beachtlich ist und der letztlich überhaupt nie diskutiert wird. Das ist das eine.

Und zum Zweiten, auch zum allgemeinen Verständnis: Wie wird da überhaupt geprüft? Da gibt es einen, wo alle Kredite oder Obligos rechtzeitig zurückgeführt werden. Das ist die MeInl Bank. Dann gibt es immer jemanden, der auftaucht und irgendetwas überweist oder abdeckt. Das ist die BAWAG in dieser Beziehung.

Sie sagen, Sie prüfen die MeInl Bank, und die andere prüft die BAWAG, und da gibt es sozusagen keine Koordination, dass man einmal sagt, wieso immer die eine Bank von 1998 bis 2006 rechtzeitig abgedeckt wird und die andere Bank immer rechtzeitig einspringt. Aber da gibt es einen Prüfer für die BAWAG und einen Prüfer für die MeInl Bank, und daher ist die Welt in Ordnung. – Ist das das Verständnis von Prüfung? (*Abg. Mag. Stadler: Noch dazu wird die Staatsanwaltschaft darüber so lange nicht informiert, bis es „profil“ ...!*) – Das kommt dazu!

Sie haben das brisante Schreiben in der Hand. Da wird hingewiesen, da wird nachgewiesen, dann gibt es ein paar Gespräche, aber es wird nicht der Schluss daraus gezogen, auch wenn Sie sagen, es ist der Zeitraum entscheidend, wo man die Dinge weiterleitet.

Was für mich ganz unverständlich ist, ist die **Prüfungsart**. Denn wenn sich das über Jahre zieht, die Taktik des Abdeckens und des Aufnehmens und der rechtzeitigen Rückführung, dann muss ich mich fragen: Kann man das nicht einmal koordinieren und vielleicht sich als Prüfer einmal ein **Gesamtbild** verschaffen? Das ist für mich völlig unverständlich, und da fragt man sich schon, wozu man eigentlich solche Art von Prüfungen hat. Noch dazu werden diese Prüfer nicht so schlecht bezahlt, Prüfer, die im eigenen Unternehmen FMA nicht einmal eine Brücke von einer Bank zur anderen schlagen können!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gut, wenn ich jetzt die Fragen so zusammenfassen darf: Der eine Komplex ist: Welche Schlussfolgerungen wurden Ihrer Wahrnehmung nach hinsichtlich der 613 Millionen €, die gefehlt haben, getroffen? Und das Zweite ist: Wie funktioniert die Koordination in der FMA zwischen Prüfern der BAWAG und Prüfern der Meinel Bank?

N. N.: Die Koordination hat so funktioniert, dass ich den Sachverhalt erhoben, eine wirtschaftliche Analyse durchgeführt und an alle Stellen weitergeleitet habe, die dann mit der BAWAG auch zu tun haben, an die behördliche Abteilung, die eben das Verfahren geführt hat. Und dort ist es zusammengeführt worden.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Aber welcher Schluss wurde daraus gezogen? Das ist ja offensichtlich! (*Abg. Bucher: Die Auskunftsperson ist ja nicht der Vorstand! – Abg. Dr. Stummvoll: Wieso soll er das wissen?*)

Ich möchte dazu sagen, das ist **unmöglich** als Referent. Als **Referent** muss man sehr wohl die Zusammenhänge so darstellen, dass der **Vorstand** in der Lage ist, richtige Schlüsse zu ziehen! (*Abg. Mag. Stadler: Das sehe ich auch so!*) Ist doch alles ein Unsinn hier, was da behauptet wird!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte setzen Sie mit Ihrer Beantwortung fort!

N. N.: Wie war die zweite Frage?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Was mit den 613 Millionen, die gefehlt haben, Ihrer Meinung nach passiert ist.

N. N.: Ich kenne diese 613 Millionen nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Oder einen ähnlichen Betrag, einen Fehlbetrag. Nennen wir es Fehlbetrag – oder gab es keinen?

N. N.: Ich habe mir als Sachbearbeiter der Meinel Bank die Bank angeschaut und etwaige Gefährdungstatbestände für die Bank. Mit einem Strafverfahren und mit Fehlbeständen bei der BAWAG habe ich nichts zu tun. Ich bin nicht Sachbearbeiter der BAWAG.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Ich rede nicht vom Strafverfahren, es stellt sich lediglich die Frage: Wie können Sie zum Beispiel sagen, es ist keine Gefährdung der Bank, wenn immer jemand einspringen muss? Wieso kann jemand so einen Schluss ziehen? Ich frage mich: Wie kann jemand so einen Schluss ziehen, wo doch offensichtlich das nur deshalb in Ordnung ist, weil jedes Mal jemand anderer einspringt? Das ist ja die Frage!

N. N.: Es geht darum, ob es für die Bank eine Gefährdung darstellt, und für die Bank stellt es keine Gefährdung dar. Für die Meinel Bank stellt es keine Gefährdung dar! Mit der **BAWAG** an sich habe ich nichts zu tun. Da gibt es Leute, die das zusammenführen, an die das auch weitergeleitet wurde, die dann den Komplex zusammenführen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen bekannt, dass die Oesterreichische Nationalbank im Zwischenbericht zur BAWAG vom Mai 2006 nach aktiven Flöttl-Firmen gesucht hat?

N. N.: Nein. Ich kenne den Zwischenbericht auch nicht, weil er hat mich an sich für meine Recherchen jetzt nicht ... – Bis auf die Passagen, die vielleicht auf die MeInl Bank zutreffen, kenne ich den Bericht nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass die OeNB ausdrücklich nicht nur darauf hingewiesen hat, dass es hier noch immer ungeklärte Verluste in Millionenhöhe gegeben hat, sondern sie haben auch in Frage gestellt, ob Flöttl wirklich mittellos ist, und ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es Gerüchte zumindest gäbe, dass Flöttl nach wie vor Geschäfte mit eigenen Firmen macht, und dass sie diese suchen. Das wussten Sie zu diesem Zeitpunkt nicht, dass sie nach aktiven Flöttl-Firmen suchen? Sie hatten sie nämlich. Sie hatten eine Reihe von Flöttl-Firmen mit aktiven Geschäften, auch Karibik-Geschäften mit der MeInl Bank, und zwar nicht eine oder zwei oder drei, sondern mehr, die gesamte Zeit. Und das, was einfach auffällig ist, ist, dass immer zu den Zeitpunkten, wo es große Verluste gab, Totalverluste im Bereich der BAWAG, fast zum selben Zeitpunkt **Kredite** zurückgeführt wurden gegenüber der **MeInl Bank** – ohne Verluste. Das ist auffällig, sage ich einmal.

Die zweite Geschichte, die mir auffällt, ist, dass eine Reihe von Geschäften, die noch 2006 offen waren, am 20. März 2006 zurückgeführt wurden, ohne Verluste.

Ist Ihnen das nicht komisch vorgekommen, dass das genau drei Tage waren, nachdem die BAWAG-Verluste öffentlich geworden sind? Die sind **vorzeitig** zurückgeführt worden, zwei Geschäfte, drei Tage nachdem das andere öffentlich bekannt wurde. – Ist Ihnen das nicht komisch vorgekommen?

N. N.: Ich kann Ihnen nur sagen, dass meine Aufgabe die **wirtschaftliche Analyse** einer Bank ist und ob für eine Bank irgendwelche Gefährdungstatbestände bestehen. Aber in diesem Verfahren an sich bin ich ja nicht involviert.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich die Auskunftsperson an Folgendes erinnern: Wir haben bei den Mitarbeitern der Finanzmarktaufsicht immer das Problem, dass die Fragen oft nur sehr schwer aus einem Fragenkomplex herauszufiltern sind, aber die Frage war: Ist Ihnen das aufgefallen? – Da können Sie jetzt darauf sagen, ja, nein oder was auch immer – aber nicht etwas anderes!

Ist Ihnen das aufgefallen, dass vorzeitig zurückgezahlt wurde? – Das war die Frage. Und bitte, das zu beantworten!

N. N.: Ich habe ein Schreiben von der Bank angefordert und da ist das drinnen gestanden. (*Abg. Mag. Stadler: Es ist niemandem aufgefallen!*)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich wollte noch einmal auf den 4. April zurückkommen. Sie haben uns gesagt, Sie wurden im Februar 2006 für die MeInl Bank zuständig. Stimmt das?

N. N.: Februar 2006. Ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben am 18. März in der „Presse“ einen Artikel gelesen, dass es Verbindungen gäbe zwischen MeInl Bank und Flöttl, haben auf Grund dessen zu recherchieren begonnen (**N.:** *Ja!*), haben am 4. April eine Anfrage gestellt, ohne vorher mit dem Staatskommissär zu sprechen. (**N.:** *Warten Sie!*) Und am 5. April, am Tag, nachdem Sie diese Anfrage stellen, fällt Ihnen wie aus heiterem Himmel ein: Jetzt könnte ich mich einmal mit dem Staatskommissär besprechen.

N. N.: Nein, es hat ein Telefonat gegeben; ich habe ihn ja telefonisch kontaktiert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, am 5. April haben Sie gesagt.

N. N.: Nein, das ist unrichtig.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Weil das wäre nämlich etwas unglaubwürdig.

N. N.: Ich habe ihn am 31. 3. 2006 telefonisch kontaktiert und hatte dann einen Termin bei ihm am 5. 4. 2006.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und was haben Sie am 31. März mit ihm telefoniert?

N. N.: Ich habe ihn am 31. März – lassen Sie mich überlegen; genau – gefragt, ob ihm dieser „Presse“-Artikel bekannt ist. Er hat gesagt: Ja. Ich habe ihn darauf hingewiesen, dass man hier vielleicht genauer schauen muss. Dann war ein Termin zum Kennenlernen, wo ich auch das E-Mail bekommen habe, was es jetzt hier gibt aktuell. – Das habe ich Ihnen aber vorher schon gesagt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wieso haben Sie dieses Gespräch mit ihm nicht abgewartet und haben erst am 6. April die Anfrage an die Meinl Bank gestellt?

N. N.: Weil wir am Telefon darüber gesprochen haben und er gesagt hat, er wird sich darüber erkundigen. Ich muss aber meine Recherchen selbst führen als Analyst. Er hat mir jetzt keine besonderen Informationen geben können, somit muss ich aktiv werden. Was wir machen, hat ja mit dem Staatskommissär nichts zu tun.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Er hat am 31. März ein E-Mail bekommen, auf das verwiesen worden ist.

N. N.: Ja, aber in dieser E-Mail war ja nur das drinnen, was wir aus der Großkreditevidenz schon gesehen haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das wussten Sie am 4. April noch nicht, weil Ihnen erst am 5. April das E-Mail vorgelegen ist!

N. N.: Er hat mir das ja telefonisch bestätigt. Ich weiß nicht, worauf Sie hinauswollen. Es ist auf jeden Fall ordnungsgemäß abgelaufen, das kann ich Ihnen versprechen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es ist zumindest widersprüchlich.

N. N.: Nein, das glaube ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich kann Ihnen die Widersprüche aufzeigen, ich kann sie darlegen. Sie sagen immer: Es hat sich ohnehin herausgestellt, dass er nicht mehr gewusst hat. Aber das, was er gewusst hat, hat er Ihnen erst am 5. April gesagt – haben Sie uns selbst hier gesagt. Jetzt sagen Sie: Er hat mir telefonisch schon das bestätigt, was ich ohnehin schon wusste. Sie verändern ein bisschen die Geschichte.

N. N.: Nein! Ich kann mich nicht mehr genau an das Telefonat erinnern, aber ich ... – So oder so hätte ich eine Anfrage gestellt. Ich habe ihn nur gefragt, ob er diesen Artikel gelesen und ob er irgendwelche Wahrnehmungen hat. Er hat zu mir gesagt, er wird nachfragen – ganz einfach. Und dann hat er mir bei dem Termin ein E-Mail übergeben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und hat Ihnen aber schon vor dem 4. April telefonisch bestätigt, was Sie ohnehin wussten, nämlich den Inhalt des E-Mails vom 31. März. Oder kannten Sie das wirklich erst am 5. April?

N. N.: Ich kannte das E-Mail erst am – was haben Sie gesagt? – 4. April.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Am 5. – Haben Sie gesagt, nicht ich!

N. N.: 5. April. – Außerdem haben wir ja sogar eine zweite Anfrage an die Bank gestellt. Wir wären ja sowieso ... Es ist irrelevant, ob das E-Mail jetzt vor der Anfrage ist oder nach der Anfrage. Wir fragen ja ohnehin. Wenn wir wollen, fragen wir nach.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Es geht ja auch um Informationen, die ich im Vorfeld dieses Ausschusses erhalten habe, die sich einfach widersprechen mit dem, was Sie hier sagen, und diese Information geben **Sie** als Quelle an.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Krainer, dann mache ich den Vorschlag, dass wir den Informanten auch in den Ausschuss laden. Wenn es Widersprüche gibt, ergreifen wir dann die Möglichkeiten, die die Verfahrensordnung vorsieht: entweder Gegenüberstellung oder es klärt sich auf, oder was auch immer. Das wird man dann sehen, wenn ein Widerspruch im Ausschuss auftaucht. Wir haben als Ausschuss relativ wenig davon, wenn Sie sagen, es gibt einen Widerspruch zu Informationen eines Informanten von Ihnen. Das kann niemand beurteilen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich will ja nur Herrn **N.** ersparen, dass er noch einmal kommt und es eine Gegenüberstellungen gibt. Deswegen wollte ich ihm noch die Möglichkeit einräumen, diese Widersprüche aufzuklären.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich gehe davon aus, dass jede Auskunftsperson nach bestem Wissen und Gewissen und natürlich auch wahrheitsgetreu antwortet. So ist es nun einmal, wir können nichts anderes unterstellen. Wir leben in einem Staat, der den Vertrauensgrundsatz normiert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Deswegen habe ich ja gesagt: die Möglichkeit geben, hier Widersprüche aus dem Weg zu räumen. Wenn das die Auskunftsperson nicht tut ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Derzeit gibt es noch keinen Widerspruch, denn wir kennen nichts Widersprüchliches – das wollte ich damit sagen. Daher kann die Auskunftsperson derzeit keinen Widerspruch ausräumen. Den kann sie erst dann ausräumen, wenn es einen Widerspruch vor dem Ausschuss gibt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gut. Er konnte das ja zum Teil bereits tun. Ich habe auf Widersprüchlichkeiten aufmerksam gemacht und auf Unglaubwürdigkeiten, die er zum Teil auch ausräumen konnte – aber eben nur zum Teil.

Dr. Träxler hat gemeint, Sie hätten dieses Papier auch einer Prüferin des OeNB-Prüfteams bei der BAWAG übermittelt, und zwar einer FMA-Mitarbeiterin. – Stimmt das?

N. N.: Ich habe das Schreiben im ELAK-Prozess auch der Vor-Ort-Prüfung übermittelt, also der Vor-Ort-Prüfabteilung, Abteilung I/6. Was dort dann passiert ist, das kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hat es irgendwelche Hinweise gegeben, dass dieses Papier nicht der OeNB zu übergeben ist, nicht dem Prüfungsleiter zur Kenntnis zu bringen ist?

N. N.: Was die Vor-Ort-Prüfabteilung ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, von Ihrer Seite.

N. N.: Wie bitte?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Von Ihrer Seite!

N. N.: Noch einmal die Frage, bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ob es von Ihrer Seite irgendeinen Hinweis gab, dass dieses Papier nicht an Staatsanwaltschaft, OeNB oder dergleichen zu übermitteln ist, zum Beispiel an den Prüfungsleiter der BAWAG?

N. N.: Ich habe keinen Hinweis gehabt, dass es nicht zu übermitteln ist. Aber ich habe auch nicht ... – Ich habe es an alle Stellen, die mit Staatsanwaltschaft, die mit Prüfungsleiter zu tun haben, übermittelt. Was die dann damit machen ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihnen bekannt, dass es einen Hinweis gab, dass dieses Papier *nicht* offensiv Richtung Staatsanwaltschaft oder OeNB zu verbreiten ist?

N. N.: Nein, überhaupt nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sind Sie davon ausgegangen, dass es diesen beiden Stellen übermittelt wird?

N. N.: Ich bin davon ausgegangen, dass alles Weitere quasi – ich habe meinen Beitrag geleistet zu der Untersuchung – getan wird von den Stellen, die damit befasst sind und die auch die Aufgabe haben, das zu machen. Davon bin ich ausgegangen – und gehe ich immer noch aus.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Fand bei der Meindl Bank eine Vor-Ort-Prüfung statt?

N. N.: Im Jahr 2005?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Seit 2006 nicht? Seit dem Vorliegen dieses Papiers mit Ausnahme einer weiteren Anforderung und einer Videokonferenz gab es keine Maßnahmen seitens der Aufsicht in diesem Zusammenhang?

N. N.: Vor-Ort-Prüfung gab es keine, nein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das war nicht meine Frage. Meine Frage war: Gab es außer einer weiteren Anforderung und einer Videokonferenz in dieser Sache irgendeine weitere Aktivität seitens der Aufsicht, die Ihnen bekannt ist? (**N.:** Nein!)

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Magister, ich gebe zu, dass es mich innerlich ein bisschen ärgert, dass ich die Frage, die ich jetzt stelle, nicht zu Beginn gestellt habe. Ich habe den Eindruck, dass von manchen Fragestellern hier im Ausschuss Ihre Funktion ja maßlos überschätzt wird. Sagen Sie uns einmal, was wirklich Ihre Aufgabe ist! Sie haben zu Beginn gesagt, Sie sind für 22 Banken zuständig. Ist das richtig?

N. N.: Das ist richtig, ja.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Das heißt, Sie haben offensichtlich nicht jenen Einblick in die Meindl Bank wie der Leiter einer Prüfgruppe der Notenbank, die wochenlang die Meindl Bank „zerlegen“ kann. – Ist das richtig?

N. N.: Richtig, ja.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Welche Informationen bekommen Sie überhaupt über die Meindl Bank als eine von 22 Banken, die Sie prüfen können?

N. N.: Gemäß, ich glaube, Paragraph ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Sie sind ja kein externer Prüfer, Sie sitzen in der FMA und bekommen gewisse Daten.

N. N.: Genau, ich kann natürlich Sachverhalte anfordern, Briefe anfordern, anfordern, dass mir Unterlagen geschickt werden, nur man muss das alles unter dem Aspekt sehen, dass ich seit Februar 2006 für die Bank zuständig bin, und man muss sich einmal den Überblick machen über diese Bank. Für mich persönlich, aus meiner Sicht habe ich dieses Verfahren gut geführt und das auch weitergeleitet an alle, die damit zu tun haben sollen: an die behördliche Abteilung, an die an die Vor-Ort-Prüfungsabteilung, an den Bereichsleiter, an den Vorstand, an meinen Abteilungsleiter, an alle Leute, die damit zu tun haben sollen. Ich kann nur meinen Beitrag zu den Untersuchungen leisten, indem ich mir anschau, wie schaut es wirtschaftlich aus – und dann beurteile, ob ein Gefährdungstatbestand für die Bank besteht, nicht für Strafverfahren oder sonstiges; das machen andere.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Würden Sie sich als Referatsleiter in der Lage sehen, der da ja offensichtlich in der Hierarchie die vierte oder fünfte Ebene ist (*Abg. Krainer: Sachbearbeiter ist er!*) – da hier der Vorwurf mitklang, wieso wissen Sie nicht, was im BAWAG-Notenbankbericht drinnen steht?! –, sich alle Notenbankberichte von geprüften Banken – jede Bank kann ja in Geschäftsbeziehungen zur Meinel Bank stehen – durchzuschauen? Das ist der Punkt. (*Abg. Dr. Bauer: Das ist aber eine eigenartige Frage!*)

N. N.: Als Referatsleiter oder als Sachbearbeiter?

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Bei Hannes Bauer klang ein bisschen der Vorwurf mit, wieso niemand die Beziehungen der Meinel Bank zur BAWAG prüft. Genauso gut könnte es eine Beziehung geben von der Meinel Bank zur Bank Austria oder zur Ersten.

Daher meine Frage: Wären Sie auch in der Lage, als Referent der vierten oder fünften Ebene zu prüfen, was Notenbankberichte über andere Banken sagen?

N. N.: Was jetzt konkret in der BAWAG, oder ...?

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Das war nur ein Beispiel, weil ich den Eindruck habe, Sie sitzen in der FMA, haben 22 Banken zu prüfen, die Meinel Bank ist eine davon, Sie sind nicht Leiter eines Prüfdienstes der Notenbank, die tagelang und wochenlang die Meinel Bank untersucht, daher können Sie nicht alles wissen. Genauso wie – das wäre jetzt auch eine Frage –: Können Sie täglich die wichtigsten Tageszeitungen lesen, können Sie wöchentlich die wichtigsten Wirtschaftsmagazine lesen, können Sie alle Notenbankberichte lesen? – Darauf werden Sie wahrscheinlich sagen: nein! – Oder?

N. N.: Ja, ja.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Okay, das war meine Frage. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist kein Vorhalt!*) – Was ich damit für die Ausschussmitglieder ableite: Ich glaube, wenn man anspricht – hat die FMA versagt: ja oder nein –, dann bringt es sehr wenig, wenn man die vierte und fünfte Ebene hier vorlädt. Meiner Überzeugung nach ist der Vorstand verantwortlich! Und es kommt heute noch – wenn wir so weiter tun allerdings nicht mehr heute – Herr Traumüller als Auskunftsperson, und ihm kann man Fragen stellen, die die oberste Ebene betreffen. – Ich möchte Sie nicht beleidigen, aber Sie sind ja nicht dieser allmächtige Bankenprüfer der FMA.

N. N.: Nein, bin ich nicht ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Bauer.*)

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr **N.** ist seit zwei Jahren in der FMA.

N. N.: Da gibt es einen Gruppenleiter, da gibt es einen Abteilungsleiter ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich ganz kurz um Aufmerksamkeit bitten? Herr Dr. Traumüller ist heute zu einem ganz klein eingeschränkten Beweisthema eingeladen – und nicht zu diesem. Darüber hinaus: Wir werden heute auf jeden Fall die Sitzung um 12 Uhr unterbrechen müssen.

Ich rufe in Erinnerung: Wir untersuchen hier im Ausschuss, ob die Arbeitsweise letztlich auch in der Finanzmarktaufsicht funktioniert hat – und wenn wir hier immer nur die Vorstände befragen, werden wir nie wissen, wie in der Finanzmarktaufsicht tatsächlich gearbeitet wurde. Das werden Sie mir auch bestätigen können. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Stummvoll. – Abg. Mag. Stadler: Der Prüfer hat keine Wahrnehmung, daher muss man den Vorstand fragen!)*

Wir leben zwar in einer arbeitsteiligen Welt, aber eine Erkenntnis gewinnen wir, wie ich glaube, alle: dass immer dann, wenn es um Fragen geht, die Zusammenhänge betreffen, jeder immer nur einen Teilaspekt weiß und offensichtlich nirgends die Koordination funktioniert. Das ist daher ein Thema, mit dem wir uns schon beschäftigen müssen, Herr Kollege Stummvoll. Es wird immer sehr leicht gesagt: Da bin ich nicht zuständig, dafür ist jemand anderer zuständig – und fragt man dann den anderen, sagt der wiederum: Dafür bin ich nicht zuständig, das war der andere! – und wir bewegen uns hier im Kreis. Und genau das ist ein Fehler!

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Vorsitzender, ich bin Ihrer Meinung – und bin auch der Meinung des Hannes Bauer, dass die FMA solche Zusammenhänge wissen muss. Ich bin nur andererseits der Meinung, dass das nicht jeder Referent wissen muss. Der hat seine Bank, eine von 22 zu prüfen, eben auf Grund der Daten, die er bekommt. – Er macht ja keine Vor-Ort-Prüfung!

N. N.: Darf ich dazu etwas sagen? Ich möchte etwas klarstellen ... *(Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.)*

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr **N.** will die Frage beantworten. *(Abg. Krainer: War das eine Frage oder eine Feststellung?)*

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Stummvoll, bitte präzise Ihre Frage an die Auskunftsperson zu formulieren!

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Das, was ich bisher befragt habe, wollte die Auskunftsperson ohnehin schon beantworten.

N. N.: Ich will nur sagen: Die BAWAG war ein Verschlussakt, und ich habe nicht einmal das Recht, darauf zuzugreifen. *(Abg. Dr. Stummvoll: Na bitte!)* Nur die im Prozess involvierten Personen haben dieses Recht – aber dazu gehöre ich nicht.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Klare Antwort. Danke.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Unabhängig von den Verantwortlichen und Zuständigkeiten in einer Organisation geht es hier bei der Zeugenbefragung mehr noch in Wahrheit um Wahrnehmungen; damit das einmal klargestellt ist. Im Übrigen sind wir bei **Zeugenbefragungen** – und nicht bei Wertungen! Diese machen wir am Schluss des Ausschusses.

Jetzt zu den Fragen. Der Vorgänger von Quantschnigg als Staatskommissär in der MeInl Bank war Herr Dr. Traumüller. Es ist auffällig, dass in der MeInl Bank – das hat uns ja hier schon einmal beschäftigt – immer ganz herausragende Persönlichkeiten in der Umgebung des Finanzministers als Staatskommissäre entsandt wurden. Traumüller ist nachher auch Ihr Chef in der FMA geworden.

Meine Frage: Haben Sie mit Dr. Traumüller über die Meind Bank gesprochen, wo es um die Wahrnehmungen des Herrn Traumüller in seiner Funktion als Staatskommissär in der Meind Bank gegangen ist?

N. N.: Ich habe mit ihm gesprochen, aber es ... – Also es war jetzt nichts Besonderes zu erkennen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber es war Ihnen bekannt, dass Traumüller der Vorgänger von Quantschnigg ist?

N. N.: Natürlich, natürlich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben aber Ihrerseits keine Wahrnehmungen, dass Traumüller in den Gesprächen mit Ihnen Informationen einfließen hat lassen, die er im Wesentlichen aus seiner Kenntnis als Staatskommissär haben musste?

N. N.: Also besondere Informationen oder generelle Informationen ... – Auf jeden Fall für mich sehr kompetent. (*Abg. Mag. Kogler: Sehr kompetent?*) – Ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie den Eindruck gewonnen, dass Traumüller oder Quantschnigg mit dem Finanzminister über ihre jeweiligen kompetenten Wissensstände aus der Meind Bank heraus gesprochen haben?

N. N.: Das kann ich nicht bestätigen, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Na, es hätte ja sein können, dass es Gesprächsthema war. Dazu haben Sie keine Wahrnehmung? – Danke.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Magister, wenn Sie Auffälligkeiten bei einem Prüfungsvorgang feststellen, ist es dann üblich, dass Sie Ihre Vorgesetzten auf diese Auffälligkeiten aufmerksam machen? (**N.:** *Natürlich!*) – Haben Sie im konkreten Prüfungsvorgang im Zusammenhang mit der Meind Bank und dem, was dann auch medial seinen Niederschlag gefunden hat, Auffälligkeiten festgestellt?

N. N.: Jetzt aus den Medienberichten, oder?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, nein. Bei Ihrer Prüfung. Haben Sie, nachdem Sie das Schreiben der Meind Bank hatten, dann, bevor Sie das alles an Ihre verschiedenen Stellen weiterverteilt haben, dabei Auffälligkeiten festgestellt?

N. N.: Also, ich habe eben zusammengefasst, welches Ergebnis dieses Schreiben hat, und ob hier ein Gefährdungstatbestand bestand.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich darf die Frage wiederholen und darf in Erinnerung rufen, dass Sie der Herr Vorsitzende schon ermahnt hat, einfach nur die Fragen zu beantworten.

Haben Sie Auffälligkeiten festgestellt? – Das kann mit einem einfachen Ja oder Nein beantwortet werden. – Haben Sie Auffälligkeiten festgestellt? (**N.:** *Nein!*) – Nein, Sie haben keine Auffälligkeiten festgestellt. Ich halte es nur fest. Daher haben Sie auch diesbezüglich keinerlei Mitteilungen an Ihre Vorgesetzten gemacht?

N. N.: Ich habe Mitteilung an meine Vorgesetzten gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, über Auffälligkeiten haben Sie keinerlei Mitteilungen an Ihre Vorgesetzten gemacht, weil Sie ja keine festgestellt haben. – Ist das richtig?

N. N.: Schauen Sie, ich habe ein Votum verfasst und diesen Akt weitergeleitet mit meinem Ergebnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Schon klar, das haben wir schon begriffen. Wir sind nicht so begriffsstutzig, wie wir ausschauen. – Sie haben gesagt, Sie haben keine Auffälligkeiten festgestellt. Ist es richtig, dass Sie daher auch nichts an Ihre Vorgesetzten weitergemeldet haben?

N. N.: Das ist falsch.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hinsichtlich Auffälligkeiten.

N. N.: Das ist falsch, denn ich habe herausgearbeitet, ob es Gefährdungstatbestände für die Bank gibt, dann habe ich das alles angeschaut und das weitergeleitet, an alle meine Vorgesetzten, bis zu ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben gesagt, das ist falsch. – Was ist jetzt falsch: Ist es falsch, dass Sie keine Auffälligkeiten weitergemeldet haben, oder ist es falsch, dass Sie keine Auffälligkeiten festgestellt haben? Was ist jetzt falsch? –

Anders herum gefragt: Haben Sie Auffälligkeiten an Ihre Vorgesetzten weitergemeldet, die daraus hätten irgendwelche Schlüsse ziehen müssen?

N. N.: Ich habe natürlich das gesamte Rechercheprogramm, die gesamte Recherche an meine Vorgesetzten weitergeleitet. Das habe ich gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und ist ihnen jetzt dort etwas Besonderes im Zusammenhang mit Flöttl als Auffälligkeit von Ihnen weiter berichtet worden?

N. N.: Von mir ist alles weiter berichtet worden, aber natürlich unter der Prämisse, ob hier ein Gefährdungstatbestand für die Bank ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das habe ich Sie nicht gefragt. Ich habe Sie im Zusammenhang mit dem, was Kollege Krainer schon gefragt hat, Kollege Bauer gefragt hat, was sogar Stummvoll gefragt hat, auch gefragt, ob es da Auffälligkeiten im Zusammenhang mit Wolfgang Flöttl gab, die Sie weitergemeldet haben? Wir haben jetzt dann Ihre Vorgesetzten hier, die dann alle sagen werden: Herr **N.** hat uns nichts gemeldet!

N. N.: Das stimmt nicht! Ich habe gemeldet. Ich habe alles aufgearbeitet, aber das Wort „Auffälligkeiten“ an sich habe ich nicht gebraucht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben also keine besonderen Hinweise gesagt, also: Hier ist mir etwas Besonderes aufgefallen!, in Ihrem Bericht an Ihre Vorgesetzten?

N. N.: Mir ist das aufgefallen, was in dem Schreiben steht, und das habe ich auch behandelt. Das Wort „Auffälligkeiten“ habe ich nicht verwendet, und für die Bank an sich war es nie eine Gefährdung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das haben wir schon x-mal gehört, das brauchen Sie gar nicht mehr zu wiederholen. (**N.:** *Ja aber das ist meine Aufgabe als Sachbearbeiter! Mehr habe ich nicht zu tun!*) Niemand hier herinnen hat behauptet, dass die Meinel Bank jemals gefährdet war wegen Flöttl jun. Es ist der genau umgekehrte Fall: Eine Bank ist gefährdet worden, und eine Bank ist bewusst aus der Gefährdung herausgezogen worden. Das ist ja der Grund, warum wir danach fragen. Das dürfte mittlerweile bei Ihnen jetzt auch schon als Botschaft angekommen sein.

Daher frage ich Sie jetzt noch einmal, ob Sie diesbezüglich besondere Wahrnehmungen an Ihre Vorgesetzten weitergemeldet haben.

N. N.: Ich habe alles weitergemeldet, was ich wahrgenommen habe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und da ist Ihnen auch aufgefallen, dass es zum Beispiel doppelte Abdeckungen von Krediten gegeben hätte? (*N.: Nein!*) – Ist Ihnen dabei aufgefallen, dass zu dem Zeitpunkt, zu dem die BAWAG bereits größte Probleme mit den Karibik-Geschäften hatte, noch ständig die Obligos des Herrn Flöttl bei der Meinel Bank bedient wurden von der BAWAG? Ist Ihnen das aufgefallen?

N. N.: Ich wusste nichts von der BAWAG. Ich habe mit der BAWAG nichts zu tun. Ich habe auch mit dem Verfahren nichts zu tun.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie hatten einen Prüfbericht der Nationalbank auf dem Tisch liegen, wo genau all diese Themen releviert waren.

N. N.: Das ist ein Verschlussakt, mit dem habe ich nichts zu tun! Da kann ich nicht einmal zugreifen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Moment, Sie haben gesagt, Sie haben die Teile, die die Meinel Bank betroffen hat, gekannt.

N. N.: Ja, aber nur diese Seiten habe ich bekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut, und daraus geht hervor, dass es hier Bedienungen durch die BAWAG gegeben hat (*Abg. Dr. Bauer: Aber eindeutig!*), und zwar sehr eindeutig, ja.

N. N.: Ich habe das aufbereitet, habe das verglichen und habe das dann weitergeleitet. Ich habe das nur verglichen und habe geschaut ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, Herr Magister, keine Antwort ist auch eine Antwort. Wir werden Ihre Vorgesetzten damit konfrontieren.

Ich will damit nur für den Ausschuss festhalten, insbesondere für den Kollegen Stummvoll, dass sich die Qualität gegenüber der früheren Form der Bankenaufsicht nicht so entscheidend gebessert hat. Das ist jetzt schon für jedermann erkennbar.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Nur eine Frage: Herr **N.**, Sie sind also Prüfer der Meinel Bank (*N.: Off-Site Analyse!*) – Off-Site Analyse –, wer ist noch befasst mit der Meinel Bank in der FMA?

N. N.: Da gibt es noch eine Sachbearbeiterin in der behördlichen Abteilung, die auch mit der Meinel Bank befasst ist, und halt die Abteilungsleiter und die Gruppenleiter. Der Gruppenleiter ist für alle Banken zuständig.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Aber der Gruppenleiter stützt sich ja auf Ihre Prüfberichte und Prüfergebnisse; er prüft ja nicht selbst. Sie sind ja für ihn die Auskunftsperson, was die Interna der Bank betrifft, oder?

N. N.: Ich meine, es gibt einen Gruppenleiter und einen Abteilungsleiter, also mit dem Gruppenleiter ist der Kontakt auch sehr eng.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Ja, Kontakt schon, nur, der geht nicht in die Bank, der prüft nicht, macht nichts selbständig, ohne dass er Sie vorher kontaktiert.

Ich will ja nur wissen, wer in der FMA über die Interna der Meinel Bank Bescheid weiß. Wie viele Personen sind das – kann man das eingrenzen –, die direkt befasst sind?

N. N.: Genau, ich bin direkt befasst, dann ist noch eine zweite Kollegin in der behördlichen Abteilung direkt befasst. Aber natürlich ist es meine Pflicht, alles, was ich tue (*Abg. Bucher: Das ist eh klar!*), unterschreiben zu lassen von einem Gruppenleiter oder einem Abteilungsleiter.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Das ist mir schon klar. Ich möchte nur eines nicht haben, dass die Vorstände dann hergehen und sagen: Wenn man mir das gesagt

hätte, wäre ich sofort eingeschritten und hätte diesen oder jenen Mechanismus losgetreten in meiner Funktion und Eigenschaft als Verantwortlicher der FMA. Weil er indirekt ja Ihnen die Schuld gibt und sagt: Wenn mir der Herr Magister das gesagt hätte, dann wäre das überhaupt kein Thema gewesen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir wissen noch nicht, was gesagt wird von der Vorgesetzenseite.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Deswegen möchte ich in Erfahrung bringen, wer aller in der FMA befasst ist, was die MeInl Bank ...

N. N.: In diesem Prozess zum Beispiel waren befasst: ich, mein Abteilungsleiter, die behördliche Abteilung, der Abteilungsleiter der behördlichen Abteilung, Herr Dr. Träxler zusätzlich, dann der Bereichsleiter, der Vorstand. (*Abg. Mag. Stadler: Der Minister! Haben Sie vergessen! – Der Bundespräsident!*)

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Vorstand? (*N.: Ja!*) – Beide?

N. N.: Beide Vorstände waren bei der Videokonferenz anwesend, wo das erörtert wurde.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann hat diese Videokonferenz stattgefunden? An welchem Tag?

N. N.: Am 26.7.2006.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): An wie vielen Videokonferenzen außer dieser haben Sie noch teilgenommen?

N. N.: Das war die Erste in der gesamten FMA.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Hat es seitdem wieder welche gegeben?

N. N.: Für mich keine, nein. Das war zum ersten Mal, dass wir dieses System gehabt haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gibt es seither laufend welche, oder ist das noch immer etwas Außergewöhnliches?

N. N.: Das war deshalb, weil die Vorstände der MeInl Bank in New York waren, und wir wollten es relativ zeitnah gestalten.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zeitnah zwischen Mai und Juli?

N. N.: Dazwischen gab es ja noch ein zweites Schreiben, das an die Bank gerichtet wurde, das dann schriftlich beantwortet wurde, und noch einmal in der Videokonferenz. – Ich habe auch andere Dinge zu tun.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wissen Sie noch von einer weiteren Videokonferenz, die jemals stattgefunden hätte? (*N.: Nein!*) – Seit wann wissen Sie, dass es zwischen Flöttl, MeInl und Grasser eine private Beziehung gibt mit Yachteinladungen und dergleichen?

N. N.: Nur aus der Zeitung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und seit wann?

N. N.: Seit der Zeitungsartikel erschienen ist. Ich weiß nicht mehr genau, wann das war.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist Ihr PC, Ihr Laptop beschlagnahmt worden? (*N.: Ja!*) – Es hat da so Schreiben gegeben, haben wir gehört. – Haben Sie auch ein derartiges Schreiben an den Vorstand unterzeichnet? (*N.: Ja!*) – Haben Sie dieses

Schreiben bei sich? (**N.:** *Nein!*) – Wissen Sie, wie oft das Wort „Meinl Bank“ im Zwischenbericht vorkommt?

N. N.: In welchem Zwischenbericht, bitte?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Im BAWAG-Zwischenbericht der OeNB vom Mai 2006. Da kommt das Wort „Meinl Bank“ ja öfters vor.

N. N.: Ich glaube, drei Mal.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, ja, so was. – Wissen Sie, wie oft das Wort „Meinl Bank“ im Endbericht vorkommt? (**N.:** *Nein!*) – Haben Sie den Endbericht bekommen? (**N.:** *Nein!*) – Auszugsweise, seitenweise? (**N.:** *Nein!*)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es gibt offensichtlich keine Fragen mehr, dann ist die Befragung beendet. Danke für Ihr Erscheinen.

(Die Auskunftsperson N. N. verlässt den Sitzungssaal.)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich unterbreche die Sitzung für 5 Minuten. Wir setzen dann mit der Befragung von Herrn Kramer fort.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 10.10 Uhr **unterbrochen** und um 10.18 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

10.18

Obmann Mag. Dr. Martin Graf nimmt – um 10.18 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und ersucht darum, als **nächste Auskunftsperson Herrn Hans Georg Kramer** in den Saal zu bitten.

*(Die **Auskunftsperson Hans Georg Kramer** wird von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)*

Der Obmann begrüßt Herrn **Hans Georg Kramer** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht sowie an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine allenfalls vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Auskunftsperson Hans-Georg Kramer (Bundesministerium für Finanzen; Kabinett des Bundesministers): Mein Name: Hans-Georg Kramer; geboren am 5.10.1973; wohnhaft in 9400 Wolfsberg; von Beruf Angestellter, derzeit im Kabinett des Herrn Vizekanzlers Molterer tätig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kramer, Sie sind öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei der Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen.

Ihre vorgesetzte Dienstbehörde wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt. Ihre Dienstbehörde hat keine Mitteilung gemacht, dass Sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussage für erforderlich hält. Das durch Verfassungsmehrheit geschützte Bankgeheimnis und die Rechte Dritter haben gewahrt zu bleiben. Dies gilt auch für solche Informationen, die dem Amtsgeheimnis gemäß §

38 Abs. 1 Bankwesengesetz unterliegen, soweit diese Informationen inhaltlich dem Bankgeheimnis zuzuordnen sind.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Landung hingewiesen. Liegt einer dieser Gründe bei Ihnen vor? (Die Auskunftsperson **verneint** dies.)

Herr Kramer, vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen. Wollen Sie davon Gebrauch machen?

Hans-Georg Kramer: Ich möchte davon nicht Gebrauch machen und möchte vorschlagen, dass Sie gleich mit der Befragung beginnen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das tun wir dann auch so. Da wir etwas in Verzug sind, bitte ich, dass die Fraktionen jeweils nur mehr Befragungen von 3 Minuten Dauer vornehmen. Die SPÖ startet mit der Befragung. – Herr Kollege Bauer, bitte.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Sie waren im früheren Kabinett des Finanzministers tätig. Wie waren da die Kontakte zur FMA?

Hans-Georg Kramer: Die Kontakte: Als Mitarbeiter des Kabinetts möchte ich vorausschicken, dass ich im Kabinett für Finanz- und Kapitalmarktfragen nebenbei zuständig war und mit der Finanzmarktaufsicht und mit der Oesterreichischen Nationalbank regelmäßig, zum Teil unregelmäßigen Kontakt hatte, vor allem wenn es darum gegangen ist, dass akute Probleme oder Themen aufgetaucht sind, die massiv auch das BMF tangiert haben. Dann wurde dieser Kontakt intensiviert, vor allem wenn es um die Frage von legislativen Handlungen gegangen ist. Ich erinnere mich: Wir haben, glaube ich, vor zwei oder drei Jahren hier im Parlament die Frage der Amtshaftung der Finanzmarktaufsicht besprochen. In diesem Zuge hat es natürlich einen intensiveren Kontakt gegeben. Wenn Sie den Themenkomplex BAWAG, Hypo Alpe-Adria ansprechen, dann kann ich Ihnen sagen, dass es hier einen äußerst sehr intensiven Kontakt gegeben hat. Zum Teil passierte dieser Kontakt täglich mehrmals.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Also ad hoc und regelmäßig.

Hans-Georg Kramer: Ad hoc und regelmäßig. Jawohl. Regelmäßig in dem Sinn, dass es Jour-fixe-Termine zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden Mag. Alfred Lejsek und der Finanzmarktaufsicht gegeben hat, die im BMF stattgefunden haben und noch stattfinden. Und an denen habe ich unregelmäßig teilgenommen.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Wie oft waren die Kontakte mit Dr. Traxler? Wie oft haben Sie da von der FMA ...

Hans-Georg Kramer: Ich habe mich einmal mit Herrn Dr. Traxler bei mir im Büro getroffen. Das war, glaube ich, im August/September 2006. Und der Grund für das Treffen mit Herrn Dr. Traxler, wenn ich das auch ausführen darf, war: Und zwar hat es damals einen Bericht der Wirtschaftsprüfungskanzlei Ernst & Young gegeben. Wie Sie wahrscheinlich wissen, war die Wirtschaftsprüfungskanzlei Ernst & Young damit beauftragt worden, die so genannten Offshore- beziehungsweise Karibik-Geschäfte, wie sie den Österreichern bekannt sind, zu untersuchen. Diesbezüglich hat es einen Zwischenbericht gegeben. Dieser Zwischenbericht wurde mir übermittelt.

Und da für mich die in diesem Bericht aufgelisteten sehr komplexen Zahlungsflüsse zum Teil nicht nachvollziehbar waren, habe ich Herrn Dr. Traxler ersucht, mich mit mir zusammzusetzen und das Ganze zu erklären. Und das war der Sinn und Zweck dieser Besprechung.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, er hat Ihnen den Bericht schon anders vermittelt – vor dem Treffen am 9. August?

Hans-Georg Kramer: Na ja, selbstverständlich. Es hat auch einen schriftlichen Prüfauftrag des Bundesministers für Finanzen gegeben. Und in diesem Prüfauftrag des Bundesministers für Finanzen an die Finanzmarktaufsicht wurde schriftlich klar festgelegt – der liegt Ihnen ja auch vor! –, dass über diese Prüfungshandlungen regelmäßig dem Bundesminister für Finanzen Bericht zu erstatten ist.

Dieser Aufforderung ist die Oesterreichische Nationalbank nachgekommen, und dieser Aufforderung ist selbstverständlich auch die Wirtschaftsprüfungskanzlei Ernst & Young nachgekommen. Und wenn Sie sich diesen Zwischenbericht ansehen – der hat, glaube ich, 250 Seiten –, dann werden Sie feststellen, dass er hoch komplex, äußerst wissenschaftlich und zum Teil mit Originalauszügen aus englischsprachigen Dokumenten ausgestattet ist. Ich habe diesen Bericht von Anfang an nicht verstanden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Herr Träxler hat hier etwas anderes gesagt. Er hat gesagt, dass er Ihnen den Bericht dort erst überreicht hätte. Das wäre ja gar nicht notwendig gewesen, wenn Sie ihn ohnehin gehabt haben.

Hans-Georg Kramer: Ich kann mich jetzt nicht daran erinnern, ob Herr Träxler mir diesen Bericht dort überreicht hat oder ob ich ihn vorher bekommen habe. Ich glaube, mich daran erinnern zu können, dass ich diesen Bericht vorher übermittelt bekommen habe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Er hat sogar im Tagebuch vermerkt, dass er Ihnen die Kurz- und die Langversion des Zwischenberichts überreicht hat. Er hat es im Tagebuch vermerkt, sage ich Ihnen.

Hans-Georg Kramer: Ich nehme an, dass er, wenn er zu mir kommt und mit mir diesen Bericht bespricht, wahrscheinlich auch selbst diesen Bericht mitgenommen hat. Aber wenn Sie sich den Prüfauftrag des Herrn Bundesministers für Finanzen ansehen ... (Abg. **Krainer:** Das war nicht die Frage!) Die Frage, die Sie mir ... (Abg. **Krainer:** Machen wir es kurz! Nicht wiederholen!)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Bauer setzt fort. – Bitte.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Sie haben am 31.5.2006 im Namen des Finanzministers einen Fragenkatalog entwickelt und an die FMA gesandt. Die Frage ist: Wie ist dieses Papier entstanden? Wie waren die Abläufe? Und wer hat daran gearbeitet?

Hans-Georg Kramer: Dieser Fragenkatalog, den Sie ansprechen – Sie nehmen an, das ist das Mail, das ich am 30. Mai (Abg. Dr. **Bauer:** Ja, 31. oder 30. Mai!) übermittelt habe –: Diese Unterlage diente dazu, eine Informationsvorbereitung für den Bundesminister für Finanzen zu erstellen.

Ich darf vorausschicken: Es hat die Einsetzung eines Rechnungshof-Unterausschusses gegeben. Im Zuge dieses Ausschusses wurde ja ein Erhebungsbericht an das Parlament übermittelt – ich glaube, am 24. Mai. Und in weiterer Folge haben wir uns überlegt: Wie können wir denn – so, wie es üblich ist und wie das in jedem Ressort auch vonstatten geht – den Minister auf diesen Rechnungshof-Unterausschuss vorbereiten? Und das Besondere im Gegensatz zu anderen parlamentarischen Einrichtungen, wo der jeweilige Ressortminister ja anwesend sein muss, war es so gekennzeichnet, dass in diesem Rechnungshof-Unterausschuss Fragen gestellt werden. Und wir haben uns überlegt: Welche möglichen potentiellen Fragen könnten gestellt werden?

Es wurde bereits am 12. Mai von Beamten des BMF damit begonnen, eine Fragensammlung zu erstellen. Und diese Fragensammlung ist im Wesentlichen darauf entstanden, dass im Zuge des parlamentarischen Prozesses dem Bundesminister für Finanzen eine Fülle von Fragen gestellt worden sind. Und Sie finden diese Fragen wieder zum Teil in schriftlichen Anfragen, in Dringlichen parlamentarischen Anfragen, sie finden diese Fragen wieder in Presseaussendungen und in zahlreichen Interviews, die damals gegeben worden sind.

Wir sind, wie gesagt, zusammengesessen und haben diese Fragen in einer Art Brainstorming gesammelt. Und irgendwann haben wir dann einmal 90 Fragen beisammen gehabt. Und dann war die Frage: Wie können wir jetzt diese Fragen, die als Information für den Minister gelten, so rasch wie möglich beantworten?

Wir haben dann die FMA und die Oesterreichische Nationalbank ersucht, ob sie uns bei dieser Informationsbeantwortung, bei dieser Zusammenstellung dieser Unterlage behilflich sein können. Und die FMA und die OeNB haben sich dazu bereit erklärt. In weiterer Folge hat es dann von mir dieses E-Mail am 30. Mai gegeben ... (Zwischenruf des Abg. Dr. **Bauer**.) – Rede ich zu viel?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wenn Sie uns nur bitte sagen, wer „wir“ ist.

Hans-Georg Kramer: „Wir“ waren die Mitarbeiter des BMF. Im Konkreten waren es Herr Mag. Wallner – Herr Mag. Wallner ist Abteilungsleiter im BMF, zuständig für die Korrespondenz mit dem Parlament und für die Vorbereitung der Unterlagen für den Minister in diversen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, Dringliche Anfragen et cetera, et cetera – und Gruppenleiter Mag. Lejsek – Mag. Lejsek ist in der Sektion III stellvertretender Sektionschef und ist für die inhaltliche Aufbereitung der Unterlagen verantwortlich gewesen. Und wir drei – Kramer, Lejsek, Wallner – haben entschieden, dass wir die FMA und die OeNB ersuchen und fragen, ob sie uns bei der Beantwortung dieser Fragen behilflich sein können. Beide haben zugestimmt.

Am 30. hat es dann – ich glaube, um 17 Uhr oder um 17.30 Uhr – eine Besprechung im BMF gegeben, wo die Vertreter dieser drei Institutionen gekommen sind. Im Zuge dessen wurden dann vereinbart, wer welche Fragen beantwortet. Und es wurde im Zuge dieser Sitzung auch klar zum Ausdruck gebracht, **wie** diese Fragen beantwortet werden: nämlich sachlich und kurz im Sinne des Erhebungsberichtes, der an das Parlament übermittelt worden ist.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Wer hat da nachgefragt?

Hans-Georg Kramer: Wie „nachgefragt“?

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Über den Stand und über die Frage dieser Fragestellungen.

Hans-Georg Kramer: Ich verstehe Sie jetzt nicht.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Sie haben einen Fragekatalog zusammengestellt. (Hans-Georg Kramer: Ja!) – Und der wurde so erarbeitet, wie Sie das angeführt haben. Und dann gab es ja offensichtlich ein großes Interesse an diesen Fragen. – Hat da jemand nachgefragt?

Hans-Georg Kramer: Wie meinen Sie: „ein großes Interesse“?

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Über den Kreis hinaus.

Hans-Georg Kramer: Ich verstehe Ihre Frage nicht, Herr Abgeordneter. Entschuldigung.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Die Frage war, ob jemand anderer auch Interesse signalisiert hat, indem er über Ihre Vorbereitung, vorbereiteten Fragen nachgefragt hat: Personen, die nicht so unmittelbar einbezogen sind, aber Interesse hatten oder keines hatten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Haben Sie eine Vermutung, die wir vorhalten können, Kollege Bauer?

Hans-Georg Kramer: Also, ich kann Ihnen sagen, dass bis auf jene Personen, die direkt an der Erstellung dieser Fragen und an der Beantwortung dieser Fragen beteiligt waren, meiner Wahrnehmung nach niemand Interesse hatte, weil es schlichtweg ja auch nicht bekannt war, dass wir diese Fragen erstellen. Es hat eine interne Abstimmung bei uns im BMF mit der Beamtenschaft gegeben, wo auch – also ich sage einmal – jeder daran mitgearbeitet hat, und jeder hat das ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Hannes Bauer (SPÖ): Also keine. Ihrer Auffassung nach keine zusätzlichen Interessenten sozusagen. (Hans-Georg Kramer: Nein!) – Und die Antworten selbst haben Sie wann bekommen, und wie waren die strukturiert?

Hans-Georg Kramer: Es hat am 30. am Abend diese Sitzung gegeben, da wurde das Procedere ... – Das habe ich Ihnen bereits erklärt, was damals besprochen wurde. Wir haben dann die Institutionen ersucht, uns möglichst rasch die Antworten zukommen zu lassen. Das ist am 1. Juni, also bereits am nächsten Tag geschehen. Wir alle sind damals unter enormem Zeitdruck gestanden.

Ich darf nur daran erinnern, dass parallel zur Vorbereitung dieser Unterlage natürlich auch der parlamentarische Prozess weitergegangen ist. Es hat damals schriftliche Anfragen gegeben, es hat eine Dringliche Anfrage gegeben und natürlich hat es auch inhaltlich ... – Und das war ja das Wesentliche an der ganzen Thematik – ... – Wir haben uns ja auch mit der BAWAG inhaltlich beschäftigen müssen, also nicht nur den parlamentarischen Prozess bedienen, sondern uns auch inhaltlich mit der BAWAG beschäftigen.

Am 1. Juni sind also die Antworten dieser Institutionen zu uns gekommen. Wenn ich mich richtig erinnere, hat die OeNB direkt an den Mag. Wallner geliefert, glaube ich. Und Kollege Klinger – das war damals der Assistent des Vorstandes in der Finanzmarktaufsicht – hat die Beantwortung der Fragen direkt an mich gemailt. Diese Antworten habe ich dann weitergemailt an Mag. Wallner, weil Mag. Wallner dafür verantwortlich war, dass das Ganze redaktionell zusammengeführt wird und dass daraus – so wie in jedem Ressort üblich – die dementsprechende Informationsunterlage für den Minister erstellt wird.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, am 30. Mai hat eine Sitzung stattgefunden. – Wer hat daran teilgenommen?

Hans-Georg Kramer: Also, wenn ich mich jetzt richtig erinnere, dann hat vom BMF einmal mindestens teilgenommen: Lejsek, Wallner, Kramer und/oder Mag. Maerschalk – da bin ich mir jetzt nicht so sicher, das ist ein Mitarbeiter von Herrn Mag. Lejsek. Von der FMA: Klinger sicher, Hysek – da bin ich mir nicht so sicher, das ist ein Bereichsleiter in der FMA –, und ich weiß nicht, ob noch ein dritter Mitarbeiter teilgenommen hat. Und von der OeNB – bild ich mir ein, dass dabei waren –: Christl und Ittner.

Es tut mir sehr leid, dass ich Ihnen nicht genau sagen kann, aber ich bilde mir ein, dass diese Personen bei dieser Besprechung dabei waren.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, am nächsten Tag gab es schon die Antworten.

Hans-Georg Kramer: Ja, das ist korrekt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann war die Sitzung vielleicht am 31. Mai, wenn Sie am 1. Juni die Antworten bekommen. Der Mai hat 31 Tage.

Hans-Georg Kramer: Entschuldigung, dann haben wir zwei Tage später die Antworten bekommen, aber die Sitzung war definitiv am 30. Mai um 17 Uhr oder um 17.30 Uhr.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wer hat die **Ziele** und **Maßnahmen** vor den Fragen eingefügt?

Hans-Georg Kramer: Den Begriff „Ziele“ und die darunter drei stehenden Sätze habe ich in das Dokument eingefügt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Zweiter Teil meiner Frage: über **Maßnahmen**. Dieses Papier werden Sie erkennen, ist ja dreigliedrig: Zuerst kommen Ziele, dann kommen zu jedem Ziel die Maßnahmen und dann kommen die Fragen. (Hans-Georg Kramer: Ja!) – Wer hat die **Maßnahmen** eingefügt?

Hans-Georg Kramer: Also das Dokument habe ich geschrieben so, wie es dasteht. Also werde auch ich die Maßnahmen eingefügt haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie diesen Fragekatalog inklusive der Ziele und der Maßnahmen an OeNB und FMA verschickt?

Hans-Georg Kramer: Ich glaube, ich habe dieses Dokument inklusive Ziele und Maßnahmen verschickt, wobei ich natürlich hier noch einmal ausdrücklich und unmissverständlich klarlegen möchte, dass die vorhin genannten Maßnahmen und Ziele keinen Einfluss auf die Beantwortung der Fragen genommen haben, denn ich habe bereits ausgeführt, dass die Beantwortung der Fragen sachlich und kurz zu erfolgen hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wieso schicken Sie diesen Institutionen Maßnahmen? Wer hat diese Maßnahmen zu treffen?

Hans-Georg Kramer: Die Maßnahmen und die Ziele hatten für die Behörden FMA und OeNB keine Relevanz.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Für wen haben diese Maßnahmen eine Relevanz?

Hans-Georg Kramer: Das war die politische, strategische Kommunikation des Bundesministers für Finanzen, wie er sie im Übrigen bereits in einer Pressekonferenz am 30./29. März 2006 verwendet hat.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da hat er diese Maßnahmen verwendet?

Hans-Georg Kramer: Der Herr Bundesminister für Finanzen hat eine Pressekonferenz gehalten – ich weiß es jetzt nicht mehr ganz genau, ich glaube, es muss der 29. März gewesen sein. Der Grund für diese Pressekonferenz waren die massiven Vorwürfe gegen ihn und gegen des Bundesministerium für Finanzen. Und in dieser Pressekonferenz hat der Bundesminister für Finanzen erstmals diese strategische, politische Kommunikation verwendet. (Abg. **Krainer:** Das hatte nichts mit meiner Frage zu tun, aber meine Fragezeit ist schon vorbei!)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Fragerecht geht über an die ÖVP. – Herr Kollege Stummvoll, bitte.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Herr Kramer, Sie sind ja schon einige Zeit im Kabinett – beim früheren Minister, beim jetzigen Minister –, sind für Kapitalmarktfragen zuständig. Wir kennen uns jetzt auch schon einige Jahre. Wir

haben hier den Zeitraum von 1994 bis dato zu untersuchen. Ein Zeitraum, wo über sieben Jahre lang die Bankenaufsicht im Ministerium war und wir jetzt seit 1. April 2002 die FMA haben.

Was ist Ihre Wahrnehmung? Was, würden Sie sagen, ist der wesentliche Unterschied zwischen diesen beiden Organisationsformen sozusagen der Bankenaufsicht? Wir müssen ja letztlich irgendwann Schlüsse ziehen: Arbeitet die FMA effizient genug und, und, und. Wir werden genau das tun, was ohnehin schon unabhängig von Untersuchungsausschuss im Regierungspakt drinnen steht, nämlich uns zusammensetzen und über gewisse Maßnahmen einer Reform der FMA reden.

Was sind Ihre wesentlichen Erkenntnisse zwischen diesen beiden Formen?

Hans-Georg Kramer: Ich hab die Banken- und Finanzmarktaufsicht vor der Schaffung der Finanzmarktaufsicht nicht kennengelernt, also nicht in dieser Rolle jetzt kennengelernt, sondern als jemand kennengelernt, der aus der Bankenbranche kommt.

Meiner Wahrnehmung nach glaube ich, dass der wesentlich Unterschied darin liegt, dass es eine klare Trennung gegeben und dass man eine weisungsfreie, unabhängige Behörde installiert hat. Wiewohl man natürlich sagen muss, dass die Entwicklung des Finanzmarktes im Gleichklang mit der Entwicklung der Finanzmarktaufsicht geht. Beides ist ein stetiges Gebilde, das sich permanent weiterentwickelt und wächst – genauso wie der Kapitalmarkt sich weiterentwickelt, muss sich auch die Aufsicht weiterentwickeln.

Ich glaube, dass die größte Schwierigkeit für die Aufsicht darin besteht, mit der Entwicklung des Kapitalmarktes Schritt zu halten. Aber ich gehe davon aus und glaube, dass die Finanzmarktaufsicht, so wie sie jetzt in Österreich installiert ist, eine Erfolgsgeschichte darstellt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Waren Sie bei dem Gespräch dabei, dass Finanzminister Molterer mit dem Währungsfonds über die Finanzmarktaufsicht geführt hat?

Hans-Georg Kramer: Im heurigen Jahr? Nein, war ich nicht dabei.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Sie wissen auch nicht, was da herausgekommen ist?

Hans-Georg Kramer: Nein. Ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich möchte auf den so genannten Fragebogen zurückkommen, der anlässlich des Rechnungshof-Unterausschusses erstellt wurde.

Da sind drei Ziele vorher genannt. Zur Erinnerung, erstens: Keine Verfehlungen der Behörden. Zweitens: Netzwerk der SPÖ verantwortlich für den Schaden, keine Wirtschaftskompetenz. Und drittens: ÖVP/BZÖ-Regierung rettet BAWAG.

Herr Magister, wer hat Ihnen aufgetragen – nämlich zur Vorbereitung des Unterausschusses, der aber **mit Sicherheit** einen abweichenden Prüferauftrag gehabt hat, als hier die Ziele vorgegeben wurden –, dass Sie **diese Ziele** bei der Einholung der Informationen zu allererst voranstellen?

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter, diese Ziele stehen mit der Einholung dieser Informationen in keinem Zusammenhang. Diese Ziele wurden vom ehemaligen Bundesminister für Finanzen bereits im März in einer Pressekonferenz verwendet – und das war seine politische, strategische Kommunikation in der Causa BAWAG.

Das, was ich gemacht habe als Vorbereitung dieser Unterlage, war, diese strategische, politische Kommunikation, die der Bundesminister für Finanzen verwendet hat, noch einmal oben anzustellen. Das war für **seine** Verwendung.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kramer, wenn Sie sagen: „steht in keinem Zusammenhang“, dann müssen Sie uns bitte auch erklären: Warum wurde das – gemeinsam – an diese Behörden übermittelt? – Da gab es ja dann nicht eine Erklärung oder ein Begleitbrieferl, wo drinnen stand: Bitte beachten Sie die Ziele und Maßnahmen nicht, konzentrieren Sie sich nur auf die Fragen! – Das steht ja alles nicht dabei! (Hans Georg **Kramer:** Oh ja, das steht schon dabei!)

Das heißt, wenn man etwas verschickt, bewirkt man ja etwas damit. Daher: So zusammenhanglos, wie Sie es darstellen, ist das **nicht!** – Es sei denn, Sie gehen jetzt her und sagen: Ich habe keine Zeit gehabt, dass ich das rauskopiere, und habe es einfach verschickt. Erklären Sie das bitte!

Hans Georg Kramer: Ich war damals bei dieser Besprechung dabei, Herr Vorsitzender und Herr Abgeordneter Kogler, und ich habe auch dieses E-Mail verschickt. Das heißt, ich weiß sehr genau, was damit gemeint war und was damit nicht bezweckt war. Was auf alle Fälle nicht bezweckt war, war, dass die Beantwortung dieser Fragen in irgendeinem Zusammenhang mit dieser politischen Kommunikation des Ministers steht. Wenn Sie wollen, dann kann man sagen: Gut, man hätte wahrscheinlich diese drei Ziele aus diesem Dokument herauslöschen müssen!, wie Sie es formuliert haben, Herr Vorsitzender. – Fakt ist: Das ist nicht geschehen. (Abg. Mag. **Stadler:** Eben! – Abg. **Krainer:** Das ist ja vollkommen unglaublich, was Sie da sagen! – Abg. Mag. **Stadler:** Weil es eben nicht geschehen ist, ist es ja sehr bedeutend! – Abg. **Krainer:** Das Papier ist doch nicht für den Grasser geschrieben worden, das ist doch für die **Behörden** geschrieben worden! – Abg. Mag. **Kogler:** Ja, richtig! – Abg. **Krainer:** Da haben die Ziele überhaupt nichts verloren! Das stimmt doch überhaupt nicht, was da die Auskunftsperson für einen Schmä erzählt!)

Hans Georg Kramer: Also, Herr Vorsitzender, ... (Abg. Dr. **Stummvoll:** Das ist ja unerhört! Was heißt „Schmä“? – Abg. Mag. **Stadler:** Nein, nein, nein, das ist schon wahr! – Abg. Dr. **Stummvoll:** Das ist kein Angeklagter, das ist eine **Auskunftsperson!**)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Vielleicht kann man weiterfragen!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte diese Zwischenrufe zu unterlassen! Wir gehen in der Befragung weiter. – Kollege Kogler, bitte.

Hans Georg Kramer: Nein, Herr Vorsitzender – Entschuldigung! –, ich möchte nur noch eines sagen:

Herr Abgeordneter Kainer, ich lasse mir von Ihnen hier nicht unterstellen, ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich heiße **Krainer** – nicht „Kainer“.

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter Krainer! Genauso wie Sie darauf Wert legen, dass ich Ihren Namen richtig ausspreche, sage ich Ihnen jetzt eines: Nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich hier der Wahrheit verpflichtet bin – und ich sage hier die Wahrheit aus! Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis und unterstellen Sie mir nicht, dass ich hier einen Schmä erzähle! Ich erzähle hier die Wahrheit, so wie es war – nicht mehr und nicht weniger. (Abg. Mag. **Stadler:** Das ist eine Wertung!) Und das habe ich mit einem Punkt versehen! (Abg. Dr. **Stummvoll:** Er ist kein Angeklagter, er ist eine Auskunftsperson! – Abg. **Krainer:** Es kann jeder Zeuge einen Schmä erzählen! – Abg. Mag. **Stadler:** Ein Abgeordneter kann werten, wie er will! – Ich teile übrigens seine Einschätzung!)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich lege Wert auf die Feststellung, dass ich bis jetzt erst **eine** Frage gestellt habe – vor dem Hintergrund, dass das nur mehr 3 Minuten dauern darf. – Erstens.

Zweitens: Herr Kramer ist eine Auskunftsperson – völlig richtig.

Drittens hat er als solche die Fragen zu beantworten und sich möglichst nicht zu wundern, wenn sie unplausibel ausfallen – nämlich die Antworten.

Also noch einmal: Dass der Bundesminister eine Strategie, und zwar eine ausschließlich parteipolitische, gefahren hat, das war ja erkennbar. Aber warum, Herr Kramer, bei einem Prüfauftrag des Rechnungshof-Unterausschusses ... – Mir ist dieser in leidvoller Erinnerung! Es hat sich nämlich dann durchgehend genau so abgespielt, wie schon erahnbar war: Ein reines parteipolitisches Prozedural unter Vergewaltigung parlamentarischer Usancen! Worüber man sich jetzt im U-Ausschuss, hier nämlich, aufregt, das hat damals stattgefunden! – Und da ist das Präludium schon klar erkennbar.

Ist Ihnen der Prüfauftrag des Rechnungshof-Unterausschusses überhaupt noch bekannt?

Hans Georg Kramer: Selbstverständlich ist mir der bekannt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Würden Sie uns den zur Kenntnis bringen?

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter! Ich nehme an, dass Sie ihn in Ihren Unterlagen, die Sie übermittelt bekommen haben, vorfinden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt interessiert mich aber, ob **Sie** den kennen – weil das mit diesen Zielen völlig unvereinbar ist. Um das geht es nämlich!

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter! Sie müssen den Prüfauftrag für den Rechnungshof-Unterausschuss von einer Information für den Herrn Bundesminister für Finanzen klar trennen. Und Sie kennen das Verlangen des Parlaments auf Einsetzung eines Rechnungshof-Unterausschusses genauso gut wie ich. Ich habe ihn leider in meiner Tasche nicht eingesteckt. Ich nehme an, dass er Ihnen vorliegt. Und Sie werden auch feststellen, dass diese Unterlage von einer Informationsvorbereitung für den Bundesminister für Finanzen klar zu trennen ist. Außerdem ist der Erhebungsbericht für den Rechnungshof-Unterausschuss am 24. Mai übermittelt worden, und erst im Anschluss daran wurde die Vorbereitung für die Informationsunterlage für den Bundesminister für Finanzen begonnen. (Abg. **Kraimer:** Das stimmt ja nicht! Sie haben gesagt, am 12. Mai haben Sie ...!)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Reihe nach: Der Rechnungshof-Unterausschuss hat einen Erhebungsbericht verlangt. Den hat er bekommen, und zwar vorher – da haben Sie völlig recht. Das hat aber mit dieser Sache hier nichts zu tun. (Hans Georg **Kramer:** Ja!) Das war die Vorbereitung des Ministers auf seine Aussage hier, und zwar **auch** in einer Funktion als Auskunftsperson, wo er zu dem Prüfverlangen und den Themen dort Auskunft geben sollte. – Wo in diesem Prüfverlangen steht, dass keine Verfehlungen der Behörden als a priori vorzugeben sind?

War nicht vielmehr das Prüfverlangen – und ein anderes wäre nach der Geschäftsordnung dieses Hauses überhaupt nicht möglich gewesen! –, eine allfällige Involvierung der Exekutive, und das war die FMA, hier zu überprüfen – und nicht, ein A-priori-Nichtversagen festzustellen? Haben Sie das dort entdeckt in diesem Prüfverlangen?

Hans Georg Kramer: Herr Vorsitzender, noch einmal: Die Vorbereitung für den Minister steht erstens in keinem Zusammenhang mit dem Erhebungsbericht des Parlaments – Punkt eins –, weil es nämlich zeitlich getrennt ist.

Und Punkt zwei: Selbstverständlich haben wir auf die Prüfung der Finanzmarktaufsicht und der Oesterreichischen Nationalbank **keinen** Einfluss genommen, nicht einmal in irgendeiner Art und Weise, dass ein Prüfergebnis in irgendeine Richtung beeinflusst wird. Das weise ich hier aber wirklich auf das Schärfste zurück.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sind diese Ziele und Fragen, die hier genannt wurden, aus Ihrem Kabinett, als es dann zur Befragung des Ministers – im Übrigen hier in diesem Raum – gekommen ist, auch an die ÖVP-Fraktion weiterübermittelt worden?

Hans Georg Kramer: Nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist Ihnen da etwas bekannt?

Hans Georg Kramer: Nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ist Ihnen nichts bekannt?

Hans Georg Kramer: Meiner Wahrnehmung nach: Nein.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Diese Vorgänge haben wir nämlich **auch** öfter beobachtet. – Das war es für mich in der ersten Runde.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich habe ein paar Fragen für die freiheitliche Fraktion: Erklären Sie mir, bitte, noch einmal den Zusammenhang: Die Ziele, die da vorgegeben wurden und von Ihnen offensichtlich formuliert wurden ... – Oder ich frage einmal: Sind die ausschließlich von Ihnen alleine formuliert worden?

Hans Georg Kramer: Nein! – Herr Vorsitzender, die Ziele sind nicht von mir formuliert worden, genauso wenig, wie der Großteil der Fragen von mir formuliert worden ist. Die drei Ziele sind nämlich die politische, strategische Kommunikation, die der Bundesminister für Finanzen bereits im Vorfeld in einer Pressekonferenz verwendet hat. Und die Fragen, die sich in diesem Fragenkatalog wiederfinden, sind zum Teil Fragen, die in der parlamentarischen Diskussion bereits verwendet worden sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist mir schon klar. Aber wer ist der Adressat dieser Ziele? Der Herr Bundesminister?

Hans Georg Kramer: Der Adressat dieser Ziele war der Herr Bundesminister für Finanzen, denn er hat ja auch diese strategische, politische Kommunikation verwendet. Weder ich habe sie verwendet, noch die OeNB, noch die FMA.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt, es war notwendig, dass diese Ziele von diesem Aufbereitungsgremium, dem Sie angehört haben, niedergeschrieben werden, damit der Herr Bundesminister weiß, welche Ziele er zu verfolgen hat? – Kann man das so sagen? (Ironische Heiterkeit des Abg. Dr. **Stummvoll**.)

Hans Georg Kramer: Nein, das kann man so nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Für wen waren dann diese Ziele aufbereitet?

Hans Georg Kramer: Ich habe Ihnen das vorhin schon mitgeteilt, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Als Gedächtniserinnerung für Sie, für den Herrn Bundesminister – oder für wen war es? Es muss ja einen Adressaten haben!

Hans Georg Kramer: Ich habe Ihnen vorhin schon gesagt: Es wurde eine Informationsunterlage für den Herrn Bundesminister für Finanzen erstellt. Und die

Fragen und die Antworten haben in diese Informationsunterlage Einfluss genommen. Und an oberster Stelle war für den Herrn Bundesminister für Finanzen diese politische, strategische Kommunikation. Und diese drei Ziele sind in diese Mappe eingeflossen und haben sich dort wiedergefunden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Glauben Sie, wenn Mitarbeiter einer Behörde wie der Finanzmarktaufsicht oder einer Nationalbank diesen Katalog bekommen, wo eine derartige Zielpräambel und Maßnahme drinnen steht, dass das grundsätzlich geeignet ist, die Mitarbeiter dieser Behörde in eine gewisse Zielrichtung zu beeinflussen?

Hans Georg Kramer: Nein, das glaube ich nicht, Herr Vorsitzender, und ich begründe das auch damit, dass es ja gerade deshalb eine mündliche Besprechung gegeben hat, wo darüber diskutiert worden ist: Wer beantwortet was, und in welcher Art und Weise? Und ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, weil es jedem von uns klar war, wie sensibel und unter welchem Fokus das Ganze von sich geht, und wir haben größtes Augenmerk und größten Wert darauf gelegt, dass die Beantwortung dieser Fragen sachlich und so kurz wie möglich im Sinne des Erhebungsberichtes zu erfolgen hat. – Das wird Ihnen Kollege Lejsek bestätigen, der bei dieser Sitzung dabei war, und das wird Ihnen Kollege Wallner bestätigen, der ebenfalls bei dieser Sitzung dabei war.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Hat es seitens der Finanzmarktaufsicht oder der Oesterreichischen Nationalbank zu den Zielen und Maßnahmen Verständnisfragen gegeben?

Hans Georg Kramer: Ja, hat es gegeben. (Obmann Dr. **Graf:** Welche?) – Insofern, als dass sie für die Behörde nicht zu gelten haben, was wir ihnen natürlich bestätigt haben.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Warum haben die diese Verständnisfragen gestellt, wenn das ohnedies klar war?

Hans Georg Kramer: Wahrscheinlich mit der gleichen Motivation, wie Sie mir diese Frage stellen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das heißt aber, der Adressat dieser Schreiben, der diese Ziele und die Maßnahmen bekommen hat, war grundsätzlich einmal – kann man das so sagen? – irritiert ob dieser Mitteilungen?

Hans Georg Kramer: Nein, er war nicht irritiert, sondern das war eine Klarstellung von uns im Vorfeld dieser Sitzung, wo wir gesagt haben: Hier ist es dieses Dokument, hier sind diese Fragen drauf; das, was da vorne drinnen steht ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Warum war so eine Klarstellung notwendig?

Hans Georg Kramer: Nun, wir wollten hier jeden Zweifel klären, damit eben genau **nicht** dieser Eindruck entsteht, den Sie jetzt hier ansprechen. (Abg. **Broukal:** Verteilen Sie an jeden das Dokument, damit Sie erklären können, ...?)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich bitten?! Ich bin noch immer am Fragen!

Von wem war diese Klarstellung gefordert? Haben Sie eine Sitzung gemacht, wo Sie das von sich aus klargestellt haben – oder hat es diesbezüglich Vorstöße gegeben, dass man gesagt hat: Was soll das? Was sollen wir mit dem anfangen? Klären Sie uns da bitte auf! – Wie hat sich das zugetragen?

Hans Georg Kramer: Wie bereits mehrfach ausgeführt, hat es am 30. eine Vorbereitungssitzung gegeben, und bei dieser Sitzung wurde nochmals klargelegt, wie die Beantwortung dieser Fragen zu erfolgen hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie meinen also, dieses Dokument, das Sie verschickt haben, war nicht selbstredend?

Hans Georg Kramer: Herr Vorsitzender, Entschuldigung, ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es bedurfte einer Klarstellung?

Hans Georg Kramer: Herr Vorsitzender! (Abg. Mag. **Stadler:** Man produziert vorher Ziele, damit man sie nachher ausräumen muss?!) – Herr Abgeordneter Stadler, darf ich die Frage des Herrn Vorsitzenden beantworten?!

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kramer, bitte: Für die Sitzungsordnung bin **ich** zuständig, nicht Sie. (Hans Georg **Kramer:** Danke!) Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! (Hans Georg **Kramer:** Selbstverständlich!) Der Parlamentarismus lebt darüber hinaus noch, und es ist in der Geschäftsordnung ausdrücklich vorgesehen, dass Zwischenrufe zulässig sind. Das wollen wir doch alle nicht missen, sonst ist es ja kein lebendiger Parlamentarismus mehr. (Abg. Mag. **Kogler:** Sonst hat ja die ÖVP in diesem Ausschuss überhaupt keinen Auftrag mehr! Außer seltsame Zwischenrufe ... – Abg. Mag. **Stadler:** Die Fekter müsste abgeschafft werden!)

Herr Kramer, Sie sind am Wort. Es geht immer noch darum: Hat es eine Forderung seitens der Vertreter der Nationalbank und seitens der Vertreter der Finanzmarktaufsicht gegeben, dieses Schreiben klarzustellen, was damit anzufangen sei – oder nicht?

Hans Georg Kramer: Noch einmal: Wir sind zusammengesessen, haben das besprochen. Und selbstverständlich haben wir dieses Dokument besprochen, denn es waren ja 90 Fragen. Und es wurde ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kramer, bitte die Frage zu beantworten! Es geht mir nicht um die Fragen, die dann zugeteilt werden, und Ähnliches mehr. Mir geht es um die Ziele und um die Maßnahmen. Hat es diesbezüglich einen Wunsch auf Klarstellung seitens der FMA oder der Nationalbank gegeben? – Wir werden die Vertreter dieser beiden Behörden auch fragen, ob sie begehrt haben, das klargestellt zu bekommen, oder nicht. – Jetzt fragen wir einmal Sie!

Hans Georg Kramer: Ich habe es auf alle Fälle klargestellt. Ob das jetzt von mir aktiv gemacht wurde oder auf Verlangen: Tut mir leid, daran kann ich mich wirklich nicht mehr erinnern. Worauf ich mich auf alle Fälle erinnern kann, ist, dass ich und auch die Mitarbeiter des BMF es klargestellt haben, dass das eine sachliche, kurze Beantwortung ist. – Mehr kann ich Ihnen dazu leider nicht sagen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Noch ein anderer Themenkomplex: Uns wurde mitgeteilt, dass es bei einem Ministerwechsel üblich ist, dass die Festplatten der EDV-Anlagen gelöscht werden.

Sie sind ja nach wie vor im Kabinett geblieben. (Hans Georg **Kramer:** Das ist richtig!) – Sind auch Ihre Festplatten gelöscht worden?

Hans Georg Kramer: Ja, das ist korrekt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Auf welche Veranlassung hin?

Hans Georg Kramer: Herr Vorsitzender, das kann ich Ihnen nicht genau beantworten, auf welche Veranlassung. Ich habe mich damals erkundigt, warum das so zu geschehen hat, und da wurde mir berichtet, es gäbe darüber – ich weiß es nicht – entweder eine Verordnung oder einen Erlass aus dem Bundeskanzleramt, wonach bei einem Ministerwechsel die Festplatten zu zerstören sind. Das war 1999/2000 im BMF der Fall, dass das geschehen ist, und das war auch jetzt im Jänner 2007 der Fall.

Das Ganze ist so vonstatten gegangen, dass ein Techniker unserer IT-Sektion ins Ministerbüro gekommen ist, und beim Ministerwechsel sind dann nicht nur die Festplatten zerstört worden, sondern es ist das komplette Gerät mitgenommen worden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wann genau ist das vorgenommen worden? (Abg. **Rädler:** ... den Stecker herausgerissen!) Bei einem Stecker ... (Abg. **Krainer:** Das stimmt ja gar nicht! Tut da keine G'schichterln ...!) – Keine Aufregung jetzt, bitte! Jetzt geht es mir um die Angelegenheit, die **wir** hier zu behandeln haben, und meine konkrete Frage ist: Wann im Jänner ist das vorgenommen worden? – Ich bitte alle, sich zurückzunehmen!

Herr Kramer, bitte.

Hans Georg Kramer: Ich kann Ihnen das genaue Datum und die genaue Uhrzeit nicht sagen, aber ich kann Ihnen mit nahezu an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sagen: Es muss einen Tag vor dem Regierungswechsel oder der Tag des Regierungswechsels gewesen sein. Ich kann mich an das genaue Datum nicht mehr erinnern, kann es Ihnen aber gerne nachliefern, wenn Sie möchten.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Beschlüsse dieses Ausschusses, dass sämtliche Unterlagen zu den Untersuchungsgegenständen herauszugeben sind: Haben Sie das aktiv mitverfolgt? Ist das über Ihren Schreibtisch gegangen?

Hans Georg Kramer: Also aktiv mitverfolgt habe ich das selbstverständlich, denn es wurde ja nicht nur der Banken-Untersuchungsausschuss eingesetzt, sondern auch der Eurofighter-Untersuchungsausschuss. Und der Bundesminister für Finanzen hat zu mir gesagt, ich bin im Kabinett, ich soll mich im Kabinett um den Banken-Untersuchungsausschuss kümmern. Ich habe das selbstverständlich mitverfolgt, und ich habe auch vom zuständigen Beamten bei uns im Haus die dementsprechenden Unterlagen übermittelt bekommen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dieser Ausschuss hat mit Beschluss im November – ich glaube, mich entsinnen zu können: am 14. November – beschlossen, dass sämtliche Unterlagen, die den Untersuchungsgegenstand betreffen, zu übermitteln sind – selbstverständlich unverzüglich. Dieser Beschluss ist Mitte November im Finanzministerium zugestellt worden.

Haben Sie auf Ihrer Festplatte irgendwelche Unterlagen abgespeichert gehabt, die Relevanz zu diesem Untersuchungsausschuss haben könnten?

Hans Georg Kramer: Nein, ich habe auf meiner Festplatte keine Originalunterlagen abgespeichert gehabt. Und ich habe mich auch noch vergewissert, ob ich in meinem ELAK – wie Sie wissen, haben ja die Ressorts mittlerweile den elektronischen Akt eingeführt –, ob in meinem Arbeitsvorrat ein solcher, der mit diesem Beweismittelantrag in Zusammenhang steht, vorhanden ist. Ich wurde diesbezüglich auch noch einmal vom Kollegen Wallner, der ja für die Übermittlung der Akten an das Parlament federführend verantwortlich war, gefragt, ob bei mir Originalakten vorhanden seien. Das habe ich ihm gegenüber damals verneint – und so war es.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Dieses Schreiben mit den politischen Zielen, war das auf Ihrem Gerät abgespeichert?

Hans Georg Kramer: Das war sicher auf meinem Gerät abgespeichert, jawohl.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Warum haben wir das dann nicht bekommen von Ihnen?

Hans Georg Kramer: Weil das nach unserer Ansicht nicht Gegenstand des Beweismittelantrages war. Und Sie haben ja vom Bundesministerium für Finanzen eine

Vollständigkeitserklärung bekommen, dass das Bundesministerium für Finanzen selbstverständlich alle Unterlagen im Sinne des Beweismittelantrages an das Parlament übermittelt hat.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Sie haben gesagt, Sie haben sich noch vergewissert, ob irgendetwas Relevantes für die Ausschüsse ... – und dann haben Sie zugestimmt, dass das gelöscht werden kann.

Dieses Schreiben, war das bei Ihnen abgespeichert?

Hans Georg Kramer: Welches Schreiben?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das mit den politischen Zielen, die keine Bewandnis hatten.

Hans Georg Kramer: Das habe ich Ihnen vorher schon beantwortet: Ja, das war auf meinem PC abgespeichert.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir haben es nicht aus dem Ministerbüro bekommen!

Wie definieren Sie „Unterlagen“ und „Relevanz“? Welche anderen Ihrer Meinung nach irrelevanten Unterlagen sind **noch** verlustig gegangen?

Hans Georg Kramer: Also, Herr Vorsitzender: Erstens sind vom Bundesministerium für Finanzen sämtliche Unterlagen übermittelt worden, und es sind **überhaupt** keine Unterlagen im Bundesministerium für Finanzen verschwunden. Und ich ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich Sie korrigieren: Dieses Schreiben ist uns nicht vom Bundesministerium für Finanzen übermittelt worden – und das Ministerbüro **ist** Teil des Bundesministeriums für Finanzen. Und das ist gelöscht worden! Daher kann Ihre Aussage, es gibt keine relevanten Unterlagen für diesen Ausschuss, so nicht stimmen – denn gerade diese Unterlage **ist** relevant für diesen Ausschuss! – Klären Sie das bitte auf!

Hans Georg Kramer: Herr Vorsitzender, noch einmal: Das Bundesministerium für Finanzen hat von diesem Untersuchungsausschuss einen Beweismittelantrag bekommen – ich habe mir diesen Beweismittelantrag heute extra mitgenommen –, und diesen Beweismittelantrag haben wir voll erfüllt, und das hat Ihnen das Bundesministerium für Finanzen auch schriftlich bestätigt! – Und jetzt frage ich Sie ganz ehrlich: Haben Sie diese Frage dem Gouverneur Liebscher gestellt?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wird vielleicht noch der Fall sein, aber Sie sind nicht an der Reihe, Fragen zu stellen, sondern wir. (Abg. Mag. **Stadler:** Das ist Grasser-Sprech! Anmaßend!) Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis! Genau das ist diese Methode, mit der man uns begegnet: Man vernichtet zuerst elektronisch gespeicherte Unterlagen – und nachher sagt man, es war nicht relevant, wir haben nur Irrelevantes vernichtet.

Ich gehe davon aus, dass am PC des Herrn Kramer auf der Festplatte ausschließlich relevante Unterlagen abgespeichert sind. (Abg. **Kraimer:** Wir haben von der OeNB den Fragebogen und die Antworten bekommen! Nur zur Information!) Oder gehen Sie nicht davon aus?

Hans Georg Kramer: Herr Vorsitzender, was für diesen Untersuchungsausschuss relevant und nicht relevant ist, da tue ich mir jetzt wirklich schwer, darüber eine Bewertung vorzunehmen. Aber ich sage Ihnen noch einmal ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Genau aus dem Grunde sind **alle Unterlagen**, die es gibt, zu übermitteln! Sie können diese Bewertung nicht vornehmen, das ist nicht Ihre

Aufgabe; auch nicht ein anderer Beamter. Das haben **wir** dann letztlich festzustellen, ob etwas Relevanz hat oder nicht.

Hans Georg Kramer: Herr Vorsitzender, bitte: Sie unterstellen mir, ich hätte Unterlagen dem Ausschuss vorenthalten. (Obmann Dr. **Graf:** Ja!) – Und ich sage Ihnen mit aller Klarheit: Das habe ich nicht getan! Das wäre eine strafbare Handlung, und so eine strafbare Handlung würde ich nie machen. Nehmen Sie das zur Kenntnis!

Ich sage Ihnen jetzt noch einmal in aller Klarheit, dass sich das Bundesministerium für Finanzen mit dem Beweismittelantrag auseinandergesetzt hat, und wir haben uns ... (Abg. Mag. **Stadler:** Das ist Grasser-Sprech, das kennen wir eh schon alles!) Wir haben sämtliche Unterlagen im Sinne des Beweismittelantrages übermittelt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich halte nur fest, das diese Unterlage, dieses besagte Schreiben, mit den Maßnahmen und den 90 Fragen von Ihnen erstellt wurde, von Ihrem PC weggeschickt wurde, dass es dazu auch eine Unterlage auf Ihrer Festplatte gegeben hat – und dass diese **nicht** aus dem Ministerbüro unserem Ausschuss übermittelt wurde.

Zweite Frage: Gab es darüber hinaus ähnlich gelagerte Unterlagen, die den Komplex BAWAG, Hypo Alpe-Adria, Geldwäsche und so weiter, die gesamte Palette des Untersuchungsausschusses betreffen, die in elektronischer Form auf Ihrem PC abgespeichert gewesen sind und die Sie uns nicht zur Verfügung gestellt haben?

Hans Georg Kramer: Eingangs möchte ich jetzt noch einmal klarstellen: Wir haben einen Beweismittelantrag bekommen. Soll ich Ihnen den vorlesen?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Darf ich bitten, dass Sie meine Frage beantworten!

Hans Georg Kramer: Ja selbstverständlich habe ich auf meinen PCs E-Mails zum Themenkomplex BAWAG! Ich habe zum Beispiel jeden Tag von der Finanzmarktaufsicht einen Bericht bekommen über den Liquiditätsstatus der BAWAG. Und selbstverständlich habe ich auch noch andere Unterlagen die BAWAG betreffend, die im Zusammenhang stehen mit der Rettung der BAWAG, nämlich mit der Vertragsunterfertigung der BAWAG, mit dem Komplex der Europäischen Kommission, et cetera, et cetera.

Aber ich stelle hier noch einmal klar fest: Es gibt einen Beweismittelantrag, und wir sind diesen Beweismittelantrag Punkt für Punkt durchgegangen, um uns wirklich nicht den Vorwurf gefallen lassen zu müssen, wir hätten jetzt die eine oder andere Unterlage nicht übermittelt. Herr Vorsitzender, ich kann nichts dafür, aber der Beweismittelantrag ist so formuliert, wie er eben formuliert ist.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und dort ist formuliert, dass **sämtliche** Unterlagen zu übermitteln sind.

Hans Georg Kramer: Nein, Herr Vorsitzender, so ist das nicht. Ich darf aus dem Beweismittelantrag zitieren:

Akten, Unterlagen betreffend die Bankenaufsicht, insbesondere über sämtliche behördlichen Maßnahmen, Ergebnisse von Prüfungen der Revision, et cetera, et cetera. (Abg. **Krainer:** „Insbesondere“ ist nicht ausschließlic!)

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter, wenn Sie wissen, dass die Bankenaufsicht in der Finanzmarktaufsicht beheimatet ist und nicht im Finanzministerium, dann werden Sie feststellen, dass wir der falsche Adressat dieser Fragestellung sind.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist nicht richtig, weil das Ministerium hat ...

Hans Georg Kramer: Na, das ist schon korrekt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das Ministerium hat natürlich ein Ministerbüro, und auch dort gibt es relevante Unterlagen. Davon gehen wir einmal alle aus.

Aber meine Fragezeit ist jetzt auch vorüber. – Kollege Bucher, bitte.

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Herr Kramer, jetzt noch einmal zu diesem Fragekatalog zurückkommend. – Es ist natürlich absolut legitim, wenn ein Finanzminister strategisch-politische Ziele hat, denn wenn er diese nicht hätte, würden alle fragen: Wo sind seine Ziele? Ich glaube, das ist jedem klar.

Was mich interessieren würde: Jetzt wird ja immer beschworen, dass die FMA eine unabhängige, weisungsfreie Institution ist, und wenn man ihr Ziele vorgibt, dann ist das wahrscheinlich eine Sache, die man unterschiedlich sehen kann, ob das zweckmäßig und legitim ist. Es ist klar, dass der Finanzminister Ziele hat. Ich frage mich nur, wenn Sie die Fragen an die FMA richten, warum da auch Maßnahmen mitkommuniziert werden, weil sich ja auf Grund der Beantwortung der Fragen erst die Maßnahmen ableiten, in einer konzeptiven Abfolge sozusagen.

Würden Sie jetzt – aus der Rückwärtsbetrachtung – noch immer so vorgehen, dass Sie die Maßnahmen und die Ziele an die FMA gleichermaßen mitteilen?

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter, wie in vielen Dingen des Lebens ist man im Nachhinein schlauer, als man zu dem Zeitpunkt war, als man eine Entscheidung getroffen hat. Ich habe damals die Entscheidung so getroffen, ich stehe zu dieser Entscheidung, und ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Aber heute würden Sie wahrscheinlich hergehen und sagen: Ich habe folgende Fragen an die FMA und an die OeNB, beantwortet mir diese!

Hans Georg Kramer: Wahrscheinlich würde ich heute dieses E-Mail ohne diese ...

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Und wir würden die Maßnahmen definieren, die sich daraus ableiten, und die Ziele, die sich daraus ergeben, und den Finanzminister mit diesem Katalog ausgestattet in den Ausschuss schicken. – Wäre heute wahrscheinlich Ihre Vorgangsweise, oder?

Hans Georg Kramer: Das könnte sein. Kann sein, kann aber auch nicht so sein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Krainer ist der Nächste. – Bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich halte Ihnen jetzt eine Unterlage vor, und ich würde Sie ersuchen, ob Sie diese Unterlage als die von Ihnen erstellten Fragen identifizieren können, und zwar mit der Überschrift: RH-UA BAWAG.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Hans Georg Kramer: Ja, ich kenne diese Unterlage.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ist das die, die Sie erstellt haben? (Hans-Georg Kramer: Ja!) – Ich sage Ihnen eines, wie das entstanden ist. Das, was relativ klar ist, ist, dass sich die Maßnahmen von den Zielen ableiten und die Fragen von den Maßnahmen. Das geht klar hervor. Und wenn Sie mit mir gemeinsam ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kollege Krainer, fragen wir vielleicht vorher den Zeugen, um die Glaubwürdigkeit auch abzuschätzen: Halten Sie das für eine wesentliche Unterlage, die diesen Ausschuss interessieren könnte? (Hans-Georg Kramer: Nein!) – Gut, jetzt sind wir eine Spur schlauer geworden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Auf der Seite 3 sind Fragen mit der Überschrift:

Personen identifizieren und Verbindungen BAWAG-ÖGB-SPÖ darstellen.

(Abg. Dr. **Stummvoll**: Können wir das auch haben?)

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, die Überschrift hat nichts mit den Fragen zu tun?

Hans Georg Kramer: Das Wesentliche sind die Fragen, Herr Abgeordneter. Das sind potenzielle Fragen, die gestellt werden können, und diese zu beantworten, haben wir ersucht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Jedem, der dieses Dokument studiert, wird auffallen, dass am Anfang die Ziele stehen, dann die Maßnahmen kommen und auch von diesen abgeleitet sind, und die Fragen am Schluss auch von den Maßnahmen abgeleitet sind. Das ist relativ eindeutig.

Nächste Frage. Sie waren einmal Staatskommissar bei der BAWAG. – Stimmt das?

Hans Georg Kramer: Ja, das ist richtig.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie lange waren Sie das? (Hans-Georg Kramer: 16 Tage!) – Waren Sie davor Staatskommissar bei einer anderen Bank?

Hans Georg Kramer: Ja, das ist richtig. (/Abg. **Krainer**: Bei welcher?) – Bei der Landeshypothekenbank Steiermark.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie lange waren Sie dort Staatskommissar?

Hans Georg Kramer: Ich bin bestellt worden, glaube ich, im Mai 2005 und habe meine Funktion als Staatskommissar im Jänner heurigen Jahres zurückgelegt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wie viele Aufsichtsratsitzungen fanden statt in diesem Zeitraum?

Hans Georg Kramer: Na ja, die üblichen vier pro Quartal, und dann hat es in der Landeshypotheken ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Vier pro Jahr oder vier pro Quartal?

Hans Georg Kramer: Vier pro Jahr, Entschuldigung, vier pro Jahr. Und dann hat es eine Phase in dem Kreditinstitut gegeben, in dem ich Staatskommissar war, wo auch außertourliche Sitzungen stattgefunden haben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, es haben zirka zehn, zwölf stattgefunden?

Hans Georg Kramer: Kann sein, ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): An wie vielen haben Sie teilgenommen?

Hans Georg Kramer: Das weiß ich nicht auswendig, da müsste ich in meinen Unterlagen nachschauen. (Abg. **Broukal**: Ungelöschten Unterlagen!) – Herr Abgeordnete Broukal, Unterlagen als Staatskommissär kann man nicht löschen!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): An wie vielen Sitzungen haben Sie zirka teilgenommen?

Hans Georg Kramer: Ich kann Ihnen die genaue Anzahl nicht sagen. Ich nehme an, es wird – weiß ich nicht – mindestens die Hälfte gewesen sein. Ich kann es Ihnen nicht beantworten, weil ich es nicht weiß.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also Sie sagen, an mindestens der Hälfte der Sitzungen haben Sie teilgenommen?

Hans Georg Kramer: Könnte sein. Ja.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Als diese Festplatten gelöscht wurden, haben Sie da nicht irgendwelche Sicherungsdateien angelegt?

Hans Georg Kramer: In welchem Zusammenhang steht das mit meiner Funktion als Staatskommissär?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Gar nicht.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Gar nicht, aber das ist eine Frage, die durchaus zulässig ist. Das unterliegt auch nicht dem Bankgeheimnis. Ich bitte Sie daher, diese Frage zu beantworten!

Hans Georg Kramer: Ja. – Für meine Unterlagen als Staatskommissär habe ich einen eigenen Ordner, wo ich meine Unterlagen als Staatskommissär selbstverständlich verwahrt habe. Und ich habe keine Sicherungsdateien.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, die sind nicht auf der Festplatte direkt, sondern in einem Server abgespeichert, oder?

Hans Georg Kramer: In einem Stick.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Haben Sie – über die Unterlagen als Staatskommissär hinaus – andere Unterlagen auch noch abgespeichert oder in irgendeiner Form gesichert?

Hans Georg Kramer: Private Unterlagen wie zum Beispiel einen Lebenslauf.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Darüber hinaus gehend auch dienstliche Unterlagen?

Hans Georg Kramer: Nein, sicher nicht! Ich war vorher mehrere Jahre in verschiedenen Banken tätig und habe aus diesen beruflichen Tätigkeiten auch keine Unterlagen abgespeichert.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Führen Sie Ihren Kalender und Ihr Adressverzeichnis elektronisch? (Hans Georg Kramer: Ja!) – Und das haben Sie wieder am 11. Jänner mit null begonnen? Oder haben Sie diese Daten gesichert und wieder eingespielt?

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter Krainer, ich führe meine Adressen – da muss ich jetzt die vorige Frage korrigieren – **nicht** elektronisch. Meinen Kalender führe ich elektronisch. Und leider ist mein Kalender, so wie meine restlichen Unterlagen, mit der Amtsübergabe gelöscht worden, und ich habe keinen Zugriff mehr auf meinen alten Kalender. Der wurde zerstört.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Diese Datei, die Sie vorhin identifiziert haben, an wen ist die ergangen? (Hans Georg Kramer: Welche Datei?) – Dieses RH-UA BAWAG?

Hans Georg Kramer: Diese Unterlage, die Sie mir ausgehändigt haben?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Diese für den Ausschuss von Ihnen als unwesentlich bezeichnete Unterlage, die vor Ihnen liegt.

Hans Georg Kramer: Diese Informationsunterlage, die für den Bundesminister für Finanzen zur Vorbereitung für den Untersuchungsausschuss erstellt wurde, wurde von mir per E-Mail gesandt an Kurt Pribil, Matthias Klinger, Josef Christl, Verena Boigenfürst in der FMA und in der OeNB. Und im BMF hat diesen Fragenkatalog bekommen Mag. Wallner, Alfred Lejsek und, glaube ich, Mag. Peter Maerschalk.

Hans Georg Kramer: Woher wissen Sie das noch so genau?

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter, weil es ein Thema ist, das uns mittlerweile schon ich weiß nicht wie lange beschäftigt und Sie davon ausgehen können, dass ich mich sehr bemüht habe, zu rekonstruieren, was damals passiert ist. Und soweit ich informiert bin, war es so.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sonst haben Sie diese Unterlage niemandem geschickt?

Hans Georg Kramer: Nein, ich nicht. Glaube ich nicht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben vorher gesagt, diese Ziele und Maßnahmen haben Sie für den Herrn Grasser geschrieben. Diese Datei haben Sie dem Herrn Grasser gar nicht übermittelt.

Hans Georg Kramer: Ich habe Ihre Frage nicht verstanden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben vorher gemeint, die Ziele und die Maßnahmen hätten Sie für den Herrn Bundesminister formuliert.

Hans Georg Kramer: Ja, das ist richtig.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dem haben Sie diese Datei aber gar nicht übermittelt.

Hans Georg Kramer: Nein, diese Datei habe ich dem Herrn Bundesminister für Finanzen nicht übermittelt. Diese Datei habe ich ihm ausgedruckt und in die Hand gegeben.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Vorher haben Sie gesagt, Sie haben es sonst niemandem gegeben.

Hans Georg Kramer: Sie haben mich gefragt, ob ich dieses E-Mail übermittelt habe, und ich habe Ihnen gesagt, ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nein, das habe ich nicht.

Hans Georg Kramer: Sie haben mich gefragt, ob ich diese Datei übermittelt habe, und ich habe Ihnen gesagt, wem ich diese Datei übermittelt habe. Es ist ein Unterschied, ob ich eine Datei übermittle oder jemandem ein Papier in die Hand drücke. Und ich habe diese Unterlage, als sie fertig war, selbstverständlich ausgedruckt ... – Also nicht ich, sondern Herr Mag. Wallner, da er nämlich dafür verantwortlich war, dass diese Informationsmappe zusammengestellt wurde. Es wurde dann in einer Mappe in Printversion dem Herrn Bundesminister für Finanzen zur Vorbereitung in die Hand gedrückt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das ist aber dann nicht dieses Dokument, oder? Das haben Sie ihm wohl nicht gegeben?

Hans Georg Kramer: Im Wesentlichen ... – Ich meine, das Dokument ist dann erweitert worden. Es sind dann die Antworten ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dieses Dokument haben Sie ihm nicht gegeben?

Hans Georg Kramer: Es kann sein, dass ich es ihm gegeben habe. Ich kann mich nicht mehr daran erinnern.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben gesagt, diese Ziele haben Sie abgeleitet auf Grund einer Pressekonferenz 30./31. März 2006. (Hans Georg Kramer: Ja!) – Das halte ich für unglaubwürdig.

Hans Georg Kramer: Weil Sie das für unglaubwürdig halten: Ich kann nur sagen ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Dann erklären Sie mir bitte, wie er am 30./31. März irgend etwas von „Regierung rettet die BAWAG“ schreiben oder sagen konnte! Das ist nicht denkbar. Ich habe auch sämtliche OTS von Herrn Grasser überprüft: Das kommt alles nicht vor im März. Da gibt es keine einzige Pressemeldung, die auf eine dieser drei Ziele irgendwie Replik nehmen würde oder irgendwie darstellen könnte. Zu diesem Zeitpunkt gab es keinen Rettungsplan und nichts dergleichen. (Abg. Mag. **Kogler:** Das ist erst am 30. April publik gemacht worden!)

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter, wenn Sie jetzt hier behaupten, dass es zum 30. keine Tendenzen zur Rettung der BAWAG gegeben hat, ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe gesagt, dass es **keinen Rettungsplan** gegeben hat.

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter, dann sage ich Ihnen jetzt einmal eines: Das ist schlichtweg falsch! Das ist so etwas von falsch, dass es ja ärger nicht mehr geht. Sie haben ja absolut keine Ahnung, in welcher Situation sich die BAWAG damals befunden hat. Man hat damals schon intensiv daran gearbeitet und war bemüht, dass die BAWAG erhalten bleibt. Darauf möchte ich jetzt wirklich mit aller Deutlichkeit hinweisen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kramer, wir können nicht beurteilen, wie intensiv im Ministerbüro an dieser Rettung gearbeitet wurde, denn Sie haben ja alle Unterlagen zerstört, bevor sie der Ausschuss bekommen hat. (Widerspruch bei der ÖVP.) Jetzt sage ich das schon auch an dieser Stelle: Dieser Ausschuss untersucht die **politische Verantwortung** – und dann gibt es **hochpolitische Unterlagen**, die uns **nicht** übermittelt, sondern zerstört werden, die wir zufällig von dritter Seite erhalten, und die dann von der Auskunftsperson als „unwesentliche“ Unterlage qualifiziert werden. Dann muss man sich ja die Frage stellen: Wie viele „unwesentliche“ Unterlagen wurden uns noch nicht übermittelt? Das muss man schon fragen, Herr Kollege Stummvoll. (Abg. Dr. **Stummvoll:** Das ist eine Unterstellung!)

Dass Unterlagen oder Dateien zerstört wurden, ist keine Unterstellung. Und wir bekommen immer nur so viel an Unterlagen, wie wir selbst von dritter Seite bekommen und vorhalten können. Fällt Ihnen das nicht schon seit ein paar Monaten auf? (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Fällt Ihnen auch nicht auf. – Na, gut, mein Exkurs ist zu Ende. – Kollege Krainer, bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich mache Sie noch einmal darauf aufmerksam, dass am 30./31. März und in diesem gesamten Zeitraum keine einzige OTS oder sonstige Pressemeldung auf das dritte Ziel hindeuten würde.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte, enthalten Sie das dritte Ziel nicht dem Ausschuss vor!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): ÖVP/BZÖ-Regierung rettete die BAWAG und 1,3 Millionen Menschen vor der Pleite.

Hans Georg Kramer: Es war vollkommen klar in der damaligen Arbeit bei uns im Kabinett, dass wir die volle Energie darauf setzen, alles Denkmögliche zu tun, Herr Abgeordneter, dass die BAWAG, die Kunden und die Mitarbeiter gerettet werden. Und jetzt sage ich Ihnen eines ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Entschuldigung, das glaube ich Ihnen alles, das ist aber nicht das, was Sie vorher gesagt haben. Sie haben vorher gesagt, Sie

haben diese Ziele abgeleitet auf Grund einer Pressekonferenz, die Herr Minister Grasser am 31. oder 30. März gegeben hat.

Hans Georg Kramer: Ja, und das hat ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Und das ist nicht ablesbar aus diesen Pressekonferenzen.

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter, nur weil Sie es aus einer OTS, die Sie womöglich zu recherchieren versucht haben, nicht ablesen können, heißt das noch lange nicht, dass das damals das politische strategische Ziel des Herrn Bundesministers für Finanzen war. Denn eines war klar, und das hat er auch damals zum Ausdruck gebracht: Dass er auch mit Generaldirektor Nowotny und seinem Stellvertreter Koren die Möglichkeit hat, alles daranzusetzen, um erstens die Strukturen aufzubrechen und zweitens endlich einmal dafür zu sorgen, dass die BAWAG wieder in ein ruhiges Fahrwasser kommt. Und das war das Ziel – nicht mehr und nicht weniger. Ob Ihnen das jetzt passt oder nicht: Es ist die Wahrheit!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie haben vorhin nicht vom politisch-strategischen, sondern vom politisch-**kommunikativen** Ziel gesprochen, und das ist vielleicht etwas ganz anderes als ein politisch-strategisches Ziel, aber diese Feinheiten entgehen Ihnen eben die ganze Zeit über.

Haben Sie mit diesem Fragebogen auch den Prüfauftrag des Rechnungshof-Unterausschusses an die OeNB und FMA übermittelt? (Hans Georg **Kramer:** Ob ich was übermittelt habe? Entschuldigung.) Den Prüfauftrag des Rechnungshof-Unterausschusses: Haben Sie den den Behörden auch mitgeteilt? Oder haben Sie diesen Behörden nur Ihre Ziele, Maßnahmen und daraus abgeleitete Fragen geschickt?

Hans Georg Kramer: Ich glaube, dass ich den Prüfauftrag – Sie meinen jetzt, ob ich das Verlangen der Abgeordneten zur Einsetzung eines Rechnungshof-Unterausschusses übermittelt habe? – **nicht** übermittelt habe, denn ich gehe davon aus, dass dieser Auftrag vom Parlament direkt an die Behörden übermittelt worden ist. Bitte helfe Sie mir! Das müssen Sie beurteilen können, ob das übermittelt worden ist von der Behörde.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist richtig, da zumindest von jenen Behörden die Erhebungsberichte verlangt wurden. Da wird dann das Prüfverlangen mitgeliefert.

Hans Georg Kramer: Eben! Danke.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Noch ist aber nicht geklärt, welche Behörden vom Ausschuss aufgefordert wurden.

Hans Georg Kramer: Nein, Herr Abgeordneter: Es sind in dem Verlangen des Parlaments klar die Behörden aufgelistet, nämlich die OeNB, die FMA und das BMF. Insofern hat Herr Abgeordneter Kogler die Frage beantwortet im Sinne der ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die drei Minuten für die Befragung gehen jetzt auch schon vorüber.

Ich möchte nur an dieser Stelle etwas fragen, weil Herr Dr. Traumüller draußen sitzt: Ich nehme nicht an, dass sich seine Befragung heute noch ausgehen wird. Daher könnten wir, wenn es jetzt keinen Einwand gibt, Herrn Dr. Traumüller mitteilen, dass er nicht mehr bis 12 Uhr warten soll.

Herr Dr. Traumüller wird sicherlich noch einmal in diesen Ausschuss kommen müssen, darüber waren wir uns ja von vornherein klar, und wir werden das dann ja in nichtöffentlicher Sitzung beschließen müssen, wann er wieder geladen wird.

Eine Frage, die sich natürlich schon stellt, ist: Wenn dieses Papier vom Aufsichtsratspräsidenten der FMA, von Herrn Mag. Lejsek mitgestaltet wird, dann kann man nicht davon ausgehen, dass, wenn dieses Papier dann an die Vorstände der FMA geht, die von vornherein davon ausgehen, dass das nicht eine bewusste Beeinflussung ist. Das kommt letztlich vom **Aufsichtsratspräsidenten** Lejsek; der hat ja **mitgewirkt!** Oder? Ist er der Aufsichtsratspräsident einer unabhängigen Behörde oder ist er nicht?

Hans Georg Kramer: Ja, das ist richtig.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und wenn der an einem Papier mitwirkt, das so gestaltet dann an seine Vorstände weitergeht, dann ist das in Wirklichkeit eine Präsidentenanforderung. (Abg. Dr. **Stummvoll:** Na ja, also nein!) Würden Sie das nicht so sehen? (Abg. Dr. **Stummvoll:** Ist das jetzt die Redezeit der FPÖ-Fraktion, oder wie ist das?) – Nehmen Sie es als Redezeit der FPÖ-Fraktion.

Hans Georg Kramer: War das jetzt eine Frage, die an mich gerichtet war? (Obmann Dr. **Graf:** Ja, freilich! Wenn der Aufsichtsratspräsident so etwas seinem Vorstand übermittelt ...) Übermittelt hat es nicht der Aufsichtsratsvorsitzende, Mag. Alfred Lejsek, sondern übermittelt habe ich das per Mail an Vorstandsdirektor Pribil, und Herr Aufsichtsratsvorsitzender Lejsek war in seiner Funktion als Gruppenleiter des BMF bei dieser Besprechung dabei. Ich habe Ihnen das vorher schon ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Der kann auch nicht permanent das „Kapper!“ wechseln. Eigentlich hätte er gar nicht dabeisein dürfen, sondern hätte sagen müssen: Da kann ich nicht mitwirken, denn ich bin der Präsident einer unabhängigen Behörde! (Abg. Dr. **Stummvoll:** Könnte man im Übrigen die Rotation einhalten?) – Gut. Kollege Stummvoll, bitte.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Danke vielmals. – Herr Kramer, habe ich das richtig verstanden: Der Finanzminister – so habe ich es in Erinnerung – stand damals schon unter massiven Attacken des Inhalts: Nicht die BAWAG-Verantwortlichen sind schuld an dem Desaster, sondern schuld ist der Finanzminister und die FMA. Das war allen bekannt. Jeder, der Zeitung liest, wusste das. Daher war also offensichtlich jedem Zeitungsleser klar, und zwar unabhängig von einem bestimmten Pressegespräch ... (Abg. **Krainer:** Dass **Sie** das immer behaupten, war klar! Das war Ihre ganz persönliche Argumentationslinie.) – Ich habe Sie auch nicht dauernd unterbrochen!

Unabhängig von einem Pressegespräch des Ministers Grasser war doch jedem **halbwegs** informierten Menschen klar, wie sich der Minister verteidigen wird. Daher sehe ich das so – ist das richtig? –, dass Sie gesagt haben: Aus der öffentlichen Debatte, dem Pressegespräch war es offenbar für jedermann ersichtlich, wie die Verteidigungsstrategie des Finanzministers ausschaut, der in dem Sinn attackiert wird, dass nicht der Dieb schuld ist, sondern der Polizist, weil der den Diebstahl hätte verhindern müssen. Wie verteidigt sich in so einem Fall ein so Angegriffener? Ich meine, das ist ja naheliegend. Außerdem wurde es, wie Sie bereits gesagt haben, bei einem Pressegespräch auch dargelegt.

Das heißt, ist es richtig, wenn ich es so verstanden habe, denn das macht ja schließlich jeder von uns: Ich habe eine gewisse politische Kommunikation. – Jeder Vergleich hinkt, das weiß ich schon. – Dann rufe ich das WIFO an oder noch jemanden und sage: Ich habe diese Kommunikation! Gebt mir Facts & Figures, Daten und

Fakten! – Offenbar war das so! (Obmann Dr. **Graf**: Aber Behördenleiter ...) War das Ganze ein Geheimnis? War es ein Geheimnis, dass der Finanzminister sich verteidigen wird? (Obmann Dr. **Graf**: Dann hätte er sich eben des Generalsekretariats der Partei bedienen müssen ...) – Die Frage ist nicht an Sie gerichtet, Herr Vorsitzender! Die Frage ist an Herrn Kramer gerichtet! (Ruf bei der ÖVP: Jetzt unterbricht der Vorsitzende auch schon! – Obmann Dr. **Graf**: Der Vorsitzende ist auch ein Abgeordneter!) – Ja, aber er ist nicht die Auskunftsperson! Ich habe die **Auskunftsperson** gefragt, Herr Kollege Graf.

War das ein Geheimnis, wie sich der Minister verteidigen wird?

Hans Georg Kramer: Nein, es war kein Geheimnis, denn der Bundesminister für Finanzen hat sich ja damals gegen diese Anschuldigungen gewehrt, und er hat sich ja auch ... (Abg. Dr. **Bauer**: Pflichtverteidiger! – Abg. **Krainger**: Das ist die reinste Pflichtverteidigung!)

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Nein, wirklich nicht! Das ist der **gesunde Menschenverstand**, wie ich frage.

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter, wie Sie feststellen können, bin ich heute ohne Vertrauensperson hier in diesem Ausschuss erschienen. (Rufe bei der SPÖ: Nein! Das stimmt ja nicht!) Ich brauche keinen Pflichtverteidiger.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich stelle meine Fragen nur aus dem gesunden Menschenverstand.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Zur Klarstellung: Herr Dr. Stummvoll ist **nicht** Vertrauensperson! Wir würden ihn ja auch ablehnen, weil er sonst ja auch zur Auskunftsperson wird.

Kollege Stummvoll ist jetzt am Wort. – Bitte.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Ich registriere mit Erstaunen, dass man, wenn jemand Fragen nach dem gesunden Menschenverstand stellt, sofort als Vertrauensperson einer Auskunftsperson bezeichnet wird.

Herr Kramer, noch eine letzte Frage: Das heißt, es war für jedermann klar, der so attackierte Finanzminister wird sich so verteidigen. Und außerdem war für jedermann klar – ich weiß das natürlich auch, weil es am Parlament auch nicht spurlos vorbeigegangen ist –, dass man alles wird tun müssen, um die BAWAG zu retten. Das ist ja kein geheimes strategisches Ziel der Regierung gewesen, bitte. Jedermann war klar: Die viertgrößte Bank des Landes kann man nicht den Bach runtergehen lassen! – Ist das richtig?

Hans Georg Kramer: Das ist vollkommen richtig, und ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen ...

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Keine weiteren Fragen.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Und eines der Ziele war gleich, dass man auch die Schuldfrage gar nicht mehr untersuchen lässt, sondern vorab bekannt gibt: Jeder darf schuld sein – nur nicht die Behörden. (Hans Georg **Kramer**: Herr Vorsitzender ...) Das kann ja kein Ziel sein.

Hans Georg Kramer: Herr Vorsitzender, wenn Sie ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Wir untersuchen hier politische Verantwortungen, und das ist unsere Aufgabe. Sollte das der Fall sein, dass man eine Behörde für **parteilpolitische Agitation** verwendet hat, müssten wir uns schon im Klaren darüber sein, dass das ein Missbrauch ist. Dazu gibt es die Parteisekretariate!

Abgeordneter Dkfm. Dr. Günter Stummvoll (ÖVP): Meines Wissens hat Herr Minister Grasser keiner Partei angehört.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das ist aber sein Problem. – Meines Wissens ist Grasser ÖVP-Vorstandsmitglied gewesen. (Abg. Dr. **Stummvoll:** Nein!) War er nie Mitglied im Vorstand? Was denn? Fast-Parteichef? (Abg. **Rädler:** Dann ist Ihr Kollege Stadler auch ein Problem! – Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten aller Fraktionen.)

Kollege Kogler, bitte!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Kramer, wir sind vorhin genau dabei stehengeblieben, dass der Minister hier natürlich parteipolitisch agiert, Ziele formuliert hat. Es ist mir jetzt schon wurscht, wann. Okay. Das ist die eine Sache.

Die andere Sache ist, ob im Zuge der parteipolitischen Agitation Behörden und Ämter der Republik Österreich, die angeblich ach so unabhängig sind, eingespannt werden. Sie waren der Handlanger dieses Vor-den-Karren-Spannens für parteipolitische Zwecke, das ist völlig evident, und ich mache Ihnen jetzt folgenden Vorhalt. Es ist nicht nur ... (Abg. Dr. **Stummvoll:** Halt, halt! – Abg. **Rädler:** Oho! – Abg. Dr. **Stummvoll:** Er ist kein Angeklagter!) – Nein, wir haben uns nur auf etwas verständigt: Nicht nur, dass die Ziele dieser parteipolitischen Agitation von Kramer Behörden übermittelt wurden, es hat auch einen Mailverkehr gegeben – den halte ich Ihnen jetzt vor – Mittwoch, 31. Mai 2006, 10.09 Uhr, Kramer an Klinger von der FMA, unter anderem:

Wenn möglich oder vorhanden, einbauen, dass die Vorstände in den Managementgesprächen nicht nur keine Hinweise auf die Situation machten, sondern sogar von einer sehr guten Lage der Bank sprachen und so weiter, und so fort. (Hans Georg **Kramer:** Das stimmt natürlich auch!) Das heißt, es ist sogar darauf hingewiesen worden, wie die Antworten in diesen Berichten ausschauen sollen, damit der Minister entsprechend reüssieren kann.

Ist Ihnen dieses Mail in Erinnerung, Herr Kramer?

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter, Sie haben jetzt in Ihrer Fragestellung mehrere Themenkomplexe angesprochen. Erstens sage ich Ihnen: Ich war kein Handlanger, für niemanden! Ich habe in meinem Kabinett die Tätigkeit ... (Zwischenruf des Abg. Dr. **Stummvoll.** – Abg. **Krainer:** Das war nicht **Ihr** Kabinett!)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist Bestimmungstäterschaft zum Amtsmissbrauch, sei mir nicht böse. (Anhaltende Zwischenrufe der Abgeordneten Dr. **Stummvoll** und **Fürntrath.**) Na selbstverständlich, wenn der Behörde gesagt wird, was sie an Ergebnissen liefern und wie sie es darstellen soll! Das ist doch unglaublich!

Hans Georg Kramer: Herr Vorsitzender, habe ich jetzt die Möglichkeit, die Frage des Abgeordneten Kogler zu beantworten oder ...?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte, Sie haben das Mikrofon. Lassen Sie sich nicht abhalten!

Hans Georg Kramer: Danke schön. – Also, erstens: Ich war kein Handlanger. Ich habe in meiner Tätigkeit als Mitarbeiter des Kabinetts meine Agenden in Sachen Finanz- und Kapitalmarkt ordnungsgemäß und mit größtem Pflichtverständnis erfüllt.

Angesprochen auf das E-Mail vom 31. Mai, 10.09 Uhr, an Kollegen Klinger: Selbstverständlich ist mir dieses E-Mail in Erinnerung. Ja, ich habe dieses E-Mail an Kollegen Klinger in der Finanzmarktaufsicht geschrieben. Und diesen Punkt, den Sie ansprechen, bezüglich der Vorstandsprotokolle ... (Abg. Mag. **Kogler:**

Managementgespräche!) – Managementgespräche – danke vielmals, Herr Abgeordneter Kogler.

Wenn Sie sich den Erhebungsbericht durchlesen – ich gehe davon aus, dass er Ihnen allen vorliegt, und ich gehe weiters auch davon aus, dass Sie ihn alle gelesen haben –, dann werden Sie feststellen, dass sich dieser Themenkomplex bereits im Erhebungsbericht wiederfindet, nämlich dass es eben unrichtige Angaben gegeben hat zum damaligen Zeitpunkt in der BAWAG. Wir haben nichts anderes getan, als etwas, was durch den Erhebungsbericht und somit dem Parlament bereits bekannt war, in die Beantwortung einer Frage einzubauen. – Punkt. (Abg. **Krainer**: Das hätten die selber aber auch herausfinden können!)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Richtig! Das allein war aber nicht die Frage. Wir ermitteln ja nicht nur Sachverhalte wie der Staatsanwalt, sondern wir ermitteln ja auch politische Netzwerke, und der Vorhalt, der hier mitschwingt in dem ganzen Ausschuss, ist doch evident, dass nämlich von der BAWAG bis hin zu den Aufsichtsbehörden bestimmte **politische Netzwerke** agiert haben, möglicherweise überhaupt nicht nur rote, die das dann ermöglicht haben, was passiert ist. Das ist doch der ganze Prüfauftrag.

Und in dem Kontext ist es auffällig, dass, wenn von der Behörde Berichte verlangt werden, gleich einmal mitbestellt wird, wie die Antworten ausschauen sollen. Selbstverständlich spielen die Managementgespräche eine Rolle. Man ist dort „angelogen“ worden. Das ist schon richtig. Die Gegenwehr der FMA-Vertreter und der Notenbankvertreter gegen das Sich-anlügen-lassen war allerdings auch nicht sehr ausgeprägt. Auch das geht aus den Berichten hervor. Und im Nachhinein hat man es so darstellen wollen, dass man immer nur an der Nase herumgeführt wurde und überhaupt keine Möglichkeiten gehabt hätte, diesem wirtschaftskriminellen Treiben auf die Spur zu kommen, aber es war eben alles nicht so kriminell und die Aufsichtsbehörden hätten mehr Möglichkeit gehabt, zu agieren, als sie es darstellen. Und das ist unser Untersuchungsauftrag hier.

Ich frage Sie noch einmal zu einer anderen Sache in diesem Mail-Verkehr: Wie ist überhaupt das Verhältnis des Kabinetts gewesen zur Notenbank und zur FMA? Herr Dr. Traumüller ist ja ein enger Vertrauter des Finanzministers gewesen. Ich halte Ihnen vor, dass auch Herr Klinger Ihnen gegenüber offensichtlich ein recht lockeres Verhältnis gehabt haben muss. Als nämlich dann die Behörde das geliefert hat, was der Minister mit diesen politischen Zielen bestellt hat, schreibt Klinger an Sie: Adelheid, es ist so weit! – Das ist der Ton zwischen den Behörden, wenn es darum geht, ganz korrekt zu erheben!

Jetzt mag man das witzig finden, aber ich leite daraus ab, dass es da ein bestimmtes Naheverhältnis der handelnden Personen gibt – auch das kann es geben – und dass sich dieser ganze Komplex, wenn man im Nachhinein hineinschaut, genauso darstellt, wie man vermuten durfte, dass es bei dieser Großpanne, die es bei der BAWAG gegeben hat, die ursächlich dort entstanden ist, eben auch mit der Aufsicht nicht immer alles ganz im notwendig ernstesten Maße zugegangen ist.

Der eine hat ein parteipolitisches Interesse gehabt, der im Übrigen im Vorstand der ÖVP aus- und eingegangen ist, Herr Dr. Stummvoll, und wahrscheinlich dort noch erzählt hat, was er von der Behörde bekommen hat. So wird es wohl gewesen sein! Und dann wird die Vollzugsmeldung des zweiten Erfüllungsgehilfen mit „Adelheid, es ist so weit“ eingeleitet. – Jetzt ist es aber wirklich so weit: Was sagen Sie dazu?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage ist offensichtlich: Wer ist Adelheid, Herr Kramer? (Allgemeine Heiterkeit. – Abg. Mag. **Kogler:** Offensichtlich Kramer! – Abg. Mag. **Stadler:** Das ist ein Deckname!)

Hans Georg Kramer: Deckname, ja genau! – Nein, Herr Abgeordneter: Es tut mir sehr leid, ich verfüge über keine Decknamen, und wenn Sie ... (Abg. Mag. **Stadler:** Wer war denn Adelheid? – Hans Georg **Kramer:** Bitte? – Abg. Mag. **Stadler:** Wer war Adelheid?)

Herr Abgeordneter, schauen Sie: Genauso viel Phantasie wie Sie manchmal in Ihren äußerst hoch pointierten Reden im Plenum einbauen, ist uns in unserer intensiven Zusammenarbeit ... (Abg. Mag. **Stadler:** Ich bin für Schmeicheleien nicht anfällig! Sie brauchen sich keine Mühe zu geben! – Abg. Dr. **Stummvoll:** Na, na, na!) Das kann ich nicht beurteilen, Herr Abgeordneter. (Abg. Mag. **Stadler:** Eben! Darum probieren Sie es erst gar nicht!) Ich würde mir auch hier jetzt kein Urteil anmaßen. (Abg. Mag. **Kogler:** Stadler gehört auch zu keiner Partei, so wie Ihr ehemaliger Chef! – Abg. Mag. **Stadler:** So ist es!)

Herr Abgeordneter Kogler, um jetzt wieder ernsthaft Ihre Frage zu beantworten: Es ist richtig: Kollege Klinger hat mir die Antwort zurückgeschrieben mit dem Vermerk: „Adelheid, es ist so weit!“ Und das war nichts anderes als ... – Ich kann nur versuchen, Ihnen die damalige Situation zu schildern: Wir sind unter massivem Arbeitsdruck gestanden. Jeder hat sehr intensiv an dieser ganzen Sache gearbeitet, und damit meine ich jetzt nicht die Erstellung der Informationsunterlage für den Minister, denn das war nicht unsere primäre Aufgabe, sondern unsere primäre Aufgabe war, zu schauen, dass uns die BAWAG nicht noch mehr in Schieflage gerät, als sie das ohnedies bereits war. (Abg. **Krainer:** Ende Mai wohl kaum!)

Herr Abgeordneter Krainer, jetzt sage ich Ihnen das noch einmal: Sie haben überhaupt keine Ahnung, wie damals die ... (Abg. Dr. **Bauer:** Jetzt sagen Sie doch mir einmal was!) – Lassen Sie mich ausreden ... (Zwischenruf des Abg. Mag. **Stadler:** – Gegenrufe. – Abg. **Krainer:** Unterstellen Sie mir nicht andauernd, ich hätte keine Ahnung! Ich habe mir alle Unterlagen angesehen, die wir bekommen haben!)

Herr Abgeordneter, Entschuldigung: Sie waren damals nicht dabei. Da waren interne Besprechungen zwischen FMA und OeNB, in denen es um die dramatische Situation der BAWAG gegangen ist. Und ich sage Ihnen das jetzt noch einmal, dass wir damals als Behörde damit konfrontiert waren ... (Zwischenruf des Abg. Mag. **Stadler:**) Darf ich das kurz wiedergeben. (Abg. Dr. **Stummvoll** – in Richtung des Abg. Mag. **Stadler** –: Er steht unter Wahrheitspflicht, du nicht! – Gegenruf des Abg. Mag. **Stadler:**) Dass wir also damit konfrontiert waren, dass damals täglich neue Details in der ganzen Causa BAWAG ans Tageslicht gekommen sind.

Wir waren damit konfrontiert, dass die Amerikaner von uns Informationen haben wollten und, und, und. Der Run auf die Spareinlagen der BAWAG hat bereits voll eingesetzt, und wir haben fieberhaft daran gearbeitet, diese Strukturen aufzubrechen – und alles daran zu setzen, dass die BAWAG gerettet wird. (Abg. **Krainer:** Ende Mai?) – Herr Abgeordneter Krainer, ich meine, Entschuldigung vielmals ...

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kramer ist die Auskunftsperson und wird uns daher auch Auskunft geben. Das ist ja keine Frage, aber jetzt ist ja an sich die Beantwortung der Frage Koglers zu Ende. Die haben Sie nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet, und jetzt kommt Kollege Stadler dran.

Hans Georg Kramer: Herr Vorsitzender, ich möchte aber schon noch einmal darauf hinweisen, dass mir der Punkt, den Herr Abgeordneter Krainer anspricht, extrem wichtig ist, weil er nämlich die Situation der BAWAG widerspiegelt.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kramer, Sie hatten die Möglichkeit eines Eingangsstatements. Da haben Sie gesagt, das wollen Sie nicht wahrnehmen; Sie wollen, dass wir gleich in die Befragung einsteigen. (Hans Georg **Kramer:** Das ist richtig!)

Wenn Sie jetzt dazwischen ein Statement abgeben wollen, werde ich fragen, ob wir das zulassen sollen? (Abg. Mag. **Stadler:** Nein!) – Ich würde meinen, nein. Wir sind in der Befragung. Es geht ohnehin lebendig weiter, und wir nützen noch die letzten 25, 30 Minuten des heutigen Tages, damit wir einige Fragen stellen können. (Hans Georg **Kramer:** Bitte schön!)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich halte Ihnen diesen Text noch einmal vor, den Sie am 31. Mai 2006, um 10.09 Uhr an Herrn Klinger geschickt haben. Ich lese zur Sicherheit diese Textpassage noch einmal vor:

Wenn möglich oder vorhanden, einbauen, dass die Vorstände in den Managementgesprächen nicht nur keine Hinweise auf die Situation machten, sondern sogar von einer sehr guten Lage der Bank sprachen. – Zitatende.

Ich will jetzt nicht untersuchen, wie weit das Bestimmungstäterschaft zum Amtsmissbrauch darstellt, wenn Sie ein offizielles Organ der Republik, das Behördenaufgaben hat, dazu anleiten, einen bestimmten Bericht in bestimmter Weise abzufassen.

Mich interessiert viel mehr die nächste Passage. Dann kommt:

... wie werden unseren Plan übertreffen ... – und so weiter.

Abgesehen davon, dass das nicht Deutsch ist, können Sie uns bitte diese Passage erstens übersetzen und dann auch erklären, von welchem **Plan** da die Rede war. Welcher **Plan** hat da existiert?

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter, ich gehe davon aus, dass auch **Sie** sämtliche Unterlagen studiert haben, die die FMA, die OeNB und das BMF Ihnen übermittelt haben, oder?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Herr Kramer, wir haben am Freitagnachmittag 92 Ordner von der FMA bekommen. Es ist **sicher** nicht möglich, **alle** Unterlagen, die uns zur Verfügung gestellt wurden, studiert zu haben, weil das ja unser größtes Problem in dem Ausschuss ist, dass wir bis zum heutigen Tag noch nicht alle Unterlagen haben. Und daher gehen Sie einmal nicht davon aus, dass wir alle Unterlagen studiert haben. Wir wollen ja **Ihre** Meinung hören!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Abgesehen davon, Herr Kramer, haben Sie meine Fragen zu beantworten – und nicht davon auszugehen, was ich zu tun habe. Nehmen Sie das zur Kenntnis! Ich sage Ihnen jetzt in aller Form: Ich stelle jetzt meine Fragen noch einmal! Und ich sage Ihnen: Sie können mich schon reizen – ich weiß aber auch, von meinen Möglichkeiten gemäß der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Ich frage Sie jetzt: Wie ist dieser nicht der deutschen Sprache zuordenbare Satz „Wie werden unseren Plan übertreffen“ zu deuten?

Zweitens: **Welcher Plan** ist damit gemeint? Von welchem **Plan** ist da die Rede? – Das sind zwei ganz einfache Sätze.

Hans Georg Kramer: Schauen Sie, Herr Abgeordneter, ich höre noch sehr gut. Ich habe Ihre zwei Fragen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Den Eindruck hatte ich nicht. Ich frage Sie daher noch einmal ...

Hans Georg Kramer: Sie brauchen mich nicht zu fragen, ich habe Ihre Frage verstanden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe Sie nicht nach meinem Gehör gefragt!

Wie ist dieser Satz zu verstehen: „Wie werden unseren Plan übertreffen“? Was ist damit gemeint? – Das ist nicht Deutsch. Was heißt das?

Hans Georg Kramer: Darf ich die Frage jetzt beantworten? (Abg. Mag. **Stadler:** Bitte!)

Zweiter Versuch, bitte schön: Wenn Sie die Unterlagen studiert haben, dann werden Sie feststellen, dass das damalige BAWAG-Management gegenüber den Behörden immer wieder zum Ausdruck gebracht hat, wie hervorragend die wirtschaftliche Situation des Unternehmens ist, wie super sie in ihren neuen Geschäftsfeldern unterwegs sind und dass sie in diesem Zusammenhang ihre Planwerte übertreffen werden.

Herr Abgeordneter, erstens habe ich jetzt Ihre Frage beantwortet. Zweitens war das damit gemeint, dass das BAWAG-Management der Behörde gegenüber zum Ausdruck gebracht hat: Wir werden unsere Planziele übertreffen.

Ich sage Ihnen in diesem Zusammenhang ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hier steht nicht „wir“ oder „wir werden unsere Planziele übertreffen“, sondern hier steht „wie“, und das ist ein Fragewort: „Wie werden unseren Plan übertreffen“. (Abg. Mag. **Kogler:** Man kann das Dokument vorhalten!)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Vielleicht ist es ja leicht damit aufzuklären, dass man einfach einen Tippfehler gemacht hat: statt „wir“ „wie“. Kollege Kogler kommt jetzt mit dem Dokument, das wird man Ihnen vorlegen, und dann können Sie dazu abschließend Stellung nehmen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Hans Georg Kramer: Dabei handelt es sich um einen Tippfehler. Das ist ein Tippfehler.

Fakt ist, dass damit gemeint war: **Wir** werden ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer ist „wir“?

Hans Georg Kramer: „Wir“: das Management. Ich habe Ihnen gerade vorhin zu erklären versucht, dass das BAWAG-Management ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also wenn Sie Herrn Klinger einen Brief schreiben, dann schreiben Sie in der Wir-Form – und meinen damit das Management der **BAWAG?** (Hans Georg **Kramer:** Herr Abgeordneter!) – Ja, bitte helfen Sie mir. Ich kenne die Gepflogenheiten in Ihrem Kabinett nicht.

Hans Georg Kramer: Ich versuche ja die ganze Zeit, Ihnen zu helfen, Herr Abgeordneter. Sie können das E-Mail ... – Wie Sie sehen, habe ich oben ausgeführt:

Wenn möglich oder vorhanden, einbauen, dass die Vorstände in den Management-Gesprächen nicht nur keine Hinweise auf die Situation machten.

Mit „Situation“ war die damalige dramatische Situation in Bezug auf die Verluste gemeint.

... keine Hinweise gemacht in Bezug auf die Garantien et cetera, et cetera, sondern sogar von einer sehr guten Lage der Bank sprachen, Punkt, Punkt, Punkt. Und jetzt korrigiere ich den Tippfehler: **Wir** werden unseren Plan übertreffen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Klinger, das ist ...

Hans Georg Kramer: Nein, nicht Klinger, sondern Kramer! – Und das ist im Zusammenhang zu lesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist deswegen nicht klar, weil Sie in diesem Text offensichtlich nicht nur mit der Interpunktion auf Kriegsfuß stehen, sondern auch mit der Rechtschreibung.

Daher ist das zu erläutern: Wer ist mit „wir“ gemeint? Wer ist „wir“? Wenn Sie „wir“ schreiben, wen meinen Sie damit? (**Hans Georg Kramer:** Jetzt sage ich es Ihnen ...!) Die Adelheid? Oder wer ist da gemeint? (**Abg. Rädler:** Er zitiert!)

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter, jetzt sage ich Ihnen das noch einmal: Unter „wir“, ja, war das BAWAG-Management gemeint (**Abg. Mag. Stadler:** Aha!): Wir als BAWAG-Management übertreffen unsere Planwerte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie „wir“ schreiben, dann meinen Sie das BAWAG-Management. (**Abg. Dr. Stummvoll:** Er zitiert!)

Gut, damit wird eines noch deutlicher, wenn Sie das festhalten. Ist das jetzt richtig, dass Sie, wenn Sie mit „wir“ das BAWAG-Management meinen, dem Herrn Klinger sogar noch in den Mund legen wollten, was er in seinem Bericht über das BAWAG-Management auszusagen hat? Ist das richtig?

Hans Georg Kramer: Nein, das ist nicht richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ach, sondern? Wie ist dann der Satz sonst zu verstehen? Wissen Sie, das Problem, das der Ausschuss mit Ihnen hat, ist, dass Sie lauter Aufträge formulieren, die dann missverständlich sind.

Hans Georg Kramer: Herr Abgeordneter, noch einmal: Ich habe keine Aufträge erteilt! Ich weise das zurück!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was ist das dann? Wie ist denn das zu verstehen? Ist das kein Auftrag?

Hans Georg Kramer: Nein, das ist **kein** Auftrag – erstens einmal.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hier steht das klipp und klar da. Ich lese es Ihnen vor. Ist das kein Auftrag?

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Die Frage ist: Ist das ein Formulierungsvorschlag? Und warum war es überhaupt notwendig, dass Sie aus dem Kabinett des Ministers die Finanzmarktaufsicht in der Person des Herrn Klinger diesbezüglich anleiten oder eine Idee spenden wollten? Hätten die das sonst **nicht** festgestellt? – Das ist die Frage.

Hans Georg Kramer: Da geht es nicht darum, ob man etwas feststellt oder nicht feststellt, sondern ... (**Abg. Krainer:** Das können die ja selbst auch einbauen!) – Darf ich die Frage beantworten? (**Abg. Krainer:** Dann hätten sie das auch selbst hineinschreiben können!)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Bitte beantworten Sie, wie Sie das verstanden haben: Warum war es notwendig, so etwas überhaupt noch an die Finanzmarktaufsicht zu schreiben? Haben die das selbst nicht erkannt – was uns heute augenscheinlich ist, was für die gesamte österreichische Medienlandschaft und auch für die Bevölkerung

schon klar ist? Warum war es denen nicht klar? Oder was war der Grund? – Das wollen wir wissen.

Hans Georg Kramer: Es ist hierbei um die Beantwortung dieser Fragen gegangen, die, wie ich schon eingangs ausführlich und mehrfach erklärt habe, aufgeteilt wurde. Dann hat die Finanzmarktaufsicht ihre Antwortentwürfe dem BMF zurückgeschickt, und das wurde dann vom BMF – und das habe ich auch bereits mitgeteilt – redaktionell überarbeitet.

Ich kann mir das nur so erklären, dass ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Kramer, hier geht es nicht um redaktionelle ... (Hans Georg Kramer: Darf ich nur ...?)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Lassen wir die Auskunftsperson ausreden; vielleicht kommt ja noch etwas.

Es sind also die Antwortvorschläge zurückgekommen – und dann haben Sie noch einmal schriftlich etwas urgiert? Oder wie war das?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lese den ganzen Text vor.

Hans Georg Kramer: Ich habe darauf hingewiesen, dass das noch eingebaut werden muss, weil das ja wesentliche Textpassagen sind, die zur Beantwortung dieser möglichen potenziellen Fragen dienen.

Das ist nichts Neues, das ist nichts Geheimnisvolles, das ist nichts, was ich angestiftet habe. Dazu habe ich niemanden genötigt, und dazu habe ich auch niemandem eine Information abgerungen, sondern das ist eine Information, die Ihnen, dem Parlament, am 24. Mai schriftlich übermittelt wurde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben da mehrere Aufträge erteilt. Ich lese Ihnen jetzt alle vor. Sie schreiben:

Betreff: AW: Fragen – Beantwortung FMA. Ich habe sie mir durchgesehen.

Gemeint ist vermutlich die Beantwortung der Fragen. Weiter heißt es: Bitte bei den Antworten die drei Instanzen angeben. Es kann sie jeder gestellt bekommen. Wenn möglich oder vorhanden, einbauen, dass die Vorstände in den Management-Gesprächen nicht nur keine Hinweise auf die Situation machten, sondern sogar von einer sehr guten Lage der Bank sprachen.

Das ergibt sich zwar nicht aus den Protokollen, aber Herr Kramer erteilt den Auftrag, dass man das einbauen soll. Dann steht da:

Wie werden unseren Plan übertreffen.

Gemeint ist „wir“, das haben wir jetzt herausbekommen: Wir, das Management der BAWAG, werden unseren Plan übertreffen, und so weiter.

Und jetzt kommt der nächste Auftrag:

Die Verantwortung Wirtschaftsprüfer – WP heißt Wirtschaftsprüfer – mehr herausheben. Redepflicht gegenüber Finanzmarktaufsicht. (Abg. **Krainer:** Das ist eine Zeugenabsprache!)

Das sind also insgesamt mindestens vier, wenn nicht sogar fünf Aufträge, einen Bericht in ganz bestimmter tendenziöser, politisch gewollter Weise abzufassen!

Dass das aus Kabinetten kommt, ist nichts Ungewöhnliches. Dass man es aber am Schluss so darstellen möchte, als ob der Ausschuss nicht in der Lage wäre, intellektuell zu erfassen, was da steht, ist ein anderes Kapitel. Glauben Sie mir, dazu

sind wir in der Lage! Hier ist klipp und klar die freche Bestimmung einer Behörde, etwas in einen Bericht hineinzuschreiben, was die Behörde bisher unter Wahrheitspflicht und unter den gesetzlichen Aufträgen an das Ministerium in der **nicht gewünschten Form** vorgelegt hat!

Wenn das einer meiner Mitarbeiter in meinem Landesratsbüro gemacht hätte, dann hätte ich dafür gesorgt, dass er dafür ein Disziplinarverfahren bekommt! So kann man Behörden nicht missbrauchen!

Sie können doch nicht von einem politischen Büro aus einer Behörde einen Auftrag erteilen, dass etwas bestimmtes Politisches in einem Bericht drinzustehen hat, nur weil es der Minister gerade brauchen kann!

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Bin ich richtig informiert, dass zum Rechnungshof-Unterausschuss nicht nur Finanzminister Grasser vorgeladen wurde, sondern auch OeNB-Direktor Christl und die FMA-Vorstände Pribil und Traumüller? (Hans Georg **Kramer:** Ja!) – Das heißt, wenn ich das richtig verstanden habe, vor allem das Zitat betreffend die Instanzen – jeder wird diese Frage beantworten können –, dass die **Antworten der einzelnen Behörden aufeinander abgestimmt** wurden! (Abg. Mag. **Kogler:** Ja, sicher!) Wenn zum Beispiel der von der OeNB oder der von der FMA eine Frage gestellt bekommt, haben Sie ihm da quasi schon mitgeteilt, was die Botschaft ist, die er mitzuschicken hat (Hans Georg **Kramer:** Nein!) und was er bei der Befragung, bei der Beantwortung besonders herauskehren, worauf er besonders hinweisen muss. Das ist ja eine Zeugenabsprache und Zeugenbeeinflussung! Das erklärt nämlich auch, wieso die **Ziele** und **Maßnahmen** dabeistehen.

In Wirklichkeit zeigt sich da, welche **Farce** der Rechnungshof-Unterausschuss war! (Abg. Mag. **Kogler:** Es war auch so!) Es war das eine einzige Farce, weil nicht nur von den damaligen Regierungsparteien irgendwie ein Schauspiel aufgezogen wurde, sondern weil das damals auch gleich mit den mit Mehrheitsbeschluss herbeigeschafften Auskunftspersonen akkordiert wurde, die auch noch untereinander die Anweisung, die parteipolitische Kommunikationsanleitung erhalten haben, wie sie hier parteipolitisch zu argumentieren haben – die weisungsfreie und unabhängige Behörde! – und dass sie mit einer Zunge zu sprechen haben. Das ist ja absolut unglaublich! (Abg. **Rädler:** Sie verwechseln da ein bisschen etwas! – Abg. Mag. **Stadler:** Nein, nein, das ist die Sprachregelung! – Weitere Zwischenrufe.)

Unglaublich! Und die Auskunftsperson grinst – nur fürs Protokoll. (Abg. **Rädler** – in Richtung des Abg. Krainer –: Sie grinsen ununterbrochen!)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns das fix vorgenommen – und da ja dann auch der Eurofighter-Ausschuss tagt, werde ich jetzt die Befragung der Anhörungsperson für heute beenden.

Es gibt keinen erheblichen Einwand dagegen. Die Auskunftsperson muss sowieso noch einmal kommen – egal, ob wir jetzt noch eine Frage stellen oder nicht. (Abg. **Rädler:** Dann stellen wir alle noch eine Frage! – Abg. Mag. **Kogler:** Ich frage nicht ...! – Abg. Dr. **Stummvoll:** Machen wir es doch fertig! – Weitere Zwischenrufe.)

Ist irgendjemand hier im Saal der Meinung, dass die Auskunftsperson in den nächsten 10 Minuten abschließend und fertig befragt werden kann? (Abg. Dr. **Stummvoll:** Freilich! Selbstverständlich! – Abg. Mag. **Kogler:** Ja! – Weitere Ja-Rufe.)

Alle gehen davon aus; das heißt, die Auskunftsperson wird dann nicht mehr geladen werden. – Gut.

Abgeordneter Josef Broukal (SPÖ): Herr Kramer, mir ist eines noch unklar. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind die drei Ziele etwas, was Sie als Kommunikation vom Minister in einer Pressekonferenz wahrgenommen haben wollen?

Hans Georg Kramer: Ja, das ist richtig. Unter anderem, ja. Richtig.

Abgeordneter Josef Broukal (SPÖ): Ich habe nun sämtliche Meldungen von Austria Presse Agentur und OTS vom März 2006 durchgelesen. Dort findet sich keines dieser Ziele. Wie konnten Sie das in einer Pressekonferenz wahrnehmen, wenn es dort offenbar nicht gesagt wurde, auch nicht in den Aussendungen, die das Finanzministerium selbst zu verantworten hat?

Hans Georg Kramer: Ich habe das damals so wahrgenommen.

Abgeordneter Josef Broukal (SPÖ): Okay. (Abg. Mag. **Stadler:** Die Journalisten haben das nicht wahrgenommen, was er wahrgenommen hat!) Was Sie wahrgenommen haben!

Herr Kramer, ich werde jetzt Folgendes tun: Ich werde beim ORF um das Aufnahmeband dieser Pressekonferenz bitten. Wie Sie aus den Späßsendungen des ORF wissen, wird das alles dort aufgehoben, und man sieht dann diese Pressekonferenz von vorne bis hinten.

Bleiben Sie bei Ihrer Aussage, dass der Minister das dort in der Pressekonferenz öffentlich gesagt hat?

Hans Georg Kramer: Unter anderem, ja.

Abgeordneter Josef Broukal (SPÖ): Was heißt „unter anderem ja“? (Hans Georg **Kramer:** Ich haben Ihnen ...!) Heißt das „nein“, „vielleicht“, „doch nicht“? Was heißt: „unter anderem ja“?

Hans Georg Kramer: Ich habe Ihnen gesagt, es hat damals massive Vorwürfe gegeben. Es hat eine Flut von Presseaussendungen – Sie haben es soeben selbst gesagt – und eine Flut von Interviews gegeben. Es hat eine Flut von Stellungnahmen gegeben, eine Flut von ... (Abg. Mag. **Stadler:** Da taucht es kein einziges Mal auf!)

Abgeordneter Josef Broukal (SPÖ): Ich konnte es im ganzen März in keiner Stellungnahme des Finanzministeriums finden.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Diese Frage ist jetzt beantwortet. (Abg. **Broukal:** Ist beantwortet!) Die Anhörungsperson bleibt dabei. (Hans Georg **Kramer:** Selbstverständlich!) Das ist in Ordnung.

Abgeordneter Josef Broukal (SPÖ): Okay: dass sie das in **dieser** Pressekonferenz gehört hat und nur ...

Hans Georg Kramer: Ich hab Ihnen gesagt: unter anderem. Unter anderem, Herr Abgeordneter, hat der Herr Bundesminister ... (Abg. **Broukal:** Ja!) Ja, nichts anderes habe ich Ihnen gesagt.

Abgeordneter Josef Broukal (SPÖ): „Unter anderem“ heißt: auch in dieser Pressekonferenz.

Hans Georg Kramer: Ja, selbstverständlich!

Abgeordneter Josef Broukal (SPÖ): Das scheint nicht richtig zu sein.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Das werden wir dann wissen, wenn man die Bänder angesehen hat.

Herr Kollege Krainer, bitte.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Die Auskunftsperson Dr. Träxler hat hier ausgesagt, dass sie am 9. August bei Ihnen war – auf Vorhalt von mir, vorher wollte sie sich nicht an das Datum erinnern.

Dr. Träxler wusste einen Teil des Gesprächsinhaltes. Zu der Frage, ob da Kickback-Zahlungen an die SPÖ und so weiter ein Gesprächsthema waren, wollte er sich – trotz Nachfragens – nicht erinnern und es weder bestätigen noch dementieren. Zwei Tage später hat er den Auftrag an Herrn Mag. Hejda erteilt, der bei der Staatsanwaltschaft dazu abgestellt war, zu schauen, ob er über die SPÖ-Kredite Vorstandsprotokolle heranschaffen kann, worauf Mag. Hejda gemeint hat, er bekommt nicht Vorstandsprotokolle, sondern nur Auszüge aus Vorstandsprotokollen betreffend die SPÖ-Kredite. Die wurden dann durch Großkreditevidenz-Abfragen ergänzt und standen eine Woche später in der Zeitung.

Was können Sie uns dazu sagen?

Hans Georg Kramer: Ganz einfach: gar nichts, weil ich dazu überhaupt keine Kenntnis habe.

Ich habe selbst – erstens einmal – von diesen GKE-Abfragen aus den Medien erfahren. Mir war nicht bekannt, dass die OeNB und die FMA hier irgendwelche Abfragen getätigt haben. Ich habe dazu auch keinerlei Informationen erhalten. Ich habe weder irgendjemanden beauftragt noch habe ich eine Information dazu bekommen.

Ich habe mich auch mit Kollegem Träxler bei diesem Treffen bei mir im BMF – wenn Sie das jetzt ansprechen wollen – nicht über diese Dinge unterhalten. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, weil nämlich seine zwei Kinder krank waren und seine Frau angerufen hat. Ich habe mich dann bei ihm dafür entschuldigt, dass ich seine Zeit so übergebüchlich in Anspruch genommen habe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Danach habe ich Sie nicht gefragt. Ich habe Sie gefragt, was Sie zu dieser Sache insgesamt wissen. Dr. Träxler konnte es nicht verneinen, dass das ein Thema war, und das habe ich so zur Kenntnis genommen.

Hans Georg Kramer: Na, ich habe Ihnen das gerade vorhin ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe jetzt keine Frage an Sie gestellt.

Hans Georg Kramer: Sie haben eine Frage an mich gestellt. Sie haben unterstellt, ich habe Ihre Frage nicht beantwortet, und ich sage es Ihnen jetzt noch einmal ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ich habe jetzt keine Frage gestellt.

Hans Georg Kramer: Haben Sie. Und ich habe mit Herrn Dr. Träxler ausschließlich über die ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Sie machen ein Schluss-Statement dazu. (Abg. Rädler: Nein, das gehört schon ins Protokoll rein!)

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Ich bitte Herrn Kramer, das zu sagen, was er in dieser Situation glaubt, sagen zu müssen, damit wir das auch im Protokoll festgehalten haben.

Hans Georg Kramer: Ich habe damals mit Herrn Dr. Träxler ausschließlich über den Zwischenbericht von Ernst & Young gesprochen. Und ich habe zu dieser ganzen Thematik, GKE-Abfragen und/oder SPÖ-Finzen, weder eine Information erhalten noch irgendjemanden gefragt oder einen Auftrag dazu erhalten.

Ich bitte, das hier zur Kenntnis zur nehmen. Hätte ich so etwas bekommen, dann hätte ich es auch nicht gemacht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Wann haben Sie erfahren, dass es Geschäftsbeziehungen zwischen der Meinl Bank und Dr. Flöttl gibt?

Hans Georg Kramer: Kenntnis davon habe ich erlangt, als ich die ersten OeNB-Berichte bekommen habe.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Das heißt, im Mai 2006?

Hans Georg Kramer: Kann sein.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Da ist der Zwischenbericht vorgelegen, im Mai 2006. Es ist in den Zeitungen bereits im März ...

Hans Georg Kramer: Nein, Entschuldigung, das muss ich korrigieren. Dass die BAWAG natürlich in Geschäftsverbindung mit Flöttl ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Nicht die BAWAG. Die Meinl Bank!

Hans Georg Kramer: Ach so, die Meinl Bank. Ah, die Meinl Bank?

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Ja, die Meinl Bank. Das ist der Freund Ihres damaligen Chefs.

Hans Georg Kramer: Wer Herr Meinl ist, das weiß ich. Ich bin mir sicher, dass das im Zusammenhang mit den Prüfberichten steht.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Also sind die zwei Monate davor liegenden Zeitungsberichte in dieser Frage spurlos an Ihnen vorübergegangen?

Hans Georg Kramer: Wenn es vorher einen Zeitungsbericht gegeben hat, in dem dargelegt wird, dass Herr Flöttl mit Herrn Meinl in Geschäftsbeziehung ist, und ich diese Zeitung gelesen habe, dann sage ich Ihnen: Ja, dann war ich ab diesem Zeitpunkt in Kenntnis. Aber vorher war mir kein Umstand bekannt, dass es eine Geschäftsbeziehung zwischen Herrn Flöttl und Herrn Meinl gibt.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Seit wann wissen Sie, dass es private Zusammentreffen von Flöttl, Grasser und Meinl gibt?

Hans Georg Kramer: Obwohl ich diese Frage nicht beantworten muss, sage ich Ihnen hier ganz offen: Das habe ich selbst aus der Zeitung erfahren.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Welche Kenntnisse haben Sie über Geschäftsbeziehungen zwischen Flöttl und Meinl Bank? (Abg. Mag. **Stadler:** ... wahrheitsgemäß zu beantworten!)

Hans Georg Kramer: Ich habe die Frage akustisch nicht verstanden.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Welche Kenntnisse haben Sie über Geschäftsbeziehungen zwischen Meinl und Flöttl? Und woher haben Sie diese Kenntnisse? – Abgesehen jetzt von dem, was Sie im BAWAG-Zwischenbericht gelesen haben, was nicht sehr viel war.

Hans Georg Kramer: Bis auf die Informationen aus den Prüfberichten habe ich über die Geschäftsbeziehung zwischen Flöttl und Meinl oder generell über Geschäftsbeziehungen der Meinl Bank keinerlei Informationen.

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Auch nicht vielleicht zufällig aus Wochenmagazinen, die Anfang März erschienen sind?

Hans Georg Kramer: Noch einmal, Herr Abgeordneter: Wir unterhalten uns hier über zwei Informationsquellen. Was in der Zeitung über Geschäftsbeziehungen geschrieben wird, ist allgemein zugänglich. Wenn ich es gelesen habe, dann wird es mir auch

bekannt sein. Wenn es Dinge sind, die in Prüfberichten vorkommen, dann werde ich sie ab Kenntnis oder ab Lesen und Studieren dieses Prüfberichtes ...

Abgeordneter Kai Jan Krainer (SPÖ): Der Widerspruch ist jetzt aber nicht darstellbar, weil auch die Prüfberichte in Medien veröffentlicht worden sind. Da besteht also kein Widerspruch. Ich habe außerdem offen gefragt: Welche Kenntnisse haben Sie, und woher stammen diese, abgesehen von den BAWAG-Zwischenberichten?

Hans Georg Kramer: Keine! Ich habe keine Kenntnisse.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Herr Kramer, Sie waren kurzzeitig Staatskommissär bei der BAWAG. Wer hat Sie zum Staatskommissär bestellt, und wann war das?

Hans Georg Kramer: Bestellt hat mich Herr Bundesminister Grassler. Das war in der ersten Jännerwoche, glaube ich. Es muss um den Jahreswechsel gewesen sein.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Können Sie sich nicht genau daran erinnern? – Am 11. Jänner gab es die neue Regierung, es war das also mit Sicherheit noch vorher. Wann vorher? Wann genau war das?

Hans Georg Kramer: Erste Jännerwoche.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Wann genau in der ersten Jännerwoche?

Hans Georg Kramer: Kann ich Ihnen nicht genau sagen. Da müsste ich in Unterlagen nachschauen, die ich nicht bei mir habe.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Sie haben kurze Zeit danach Ihre Funktion wieder zurückgelegt. – Was waren die Gründe dafür?

Hans Georg Kramer: Das waren meine persönlichen Gründe. Ich wurde damals vom Herrn Vizekanzler mit einem neuen Aufgabengebiet betraut, wie Ihnen bekannt ist. Ich bin jetzt zuständig für das Budget, Budgetcontrolling, Finanzausgleich und Personalcontrolling. Und aus diesem Grunde, weil ich ein neues Themengebiet bekommen habe, habe ich es als nicht zweckmäßig erachtet, dass ich Staatskommissär bei einem systemrelevanten Kreditinstitut bin, und habe freiwillig meine Funktion zurückgelegt.

Abgeordneter Mag. Bruno Rossmann (Grüne): Also ohne Zutun des Herrn Vizekanzlers?

Hans Georg Kramer: Der Herr Vizekanzler war über meine Entscheidung nicht informiert.

Obmann Mag. Dr. Martin Graf: Es ist jetzt 12 Uhr, und ich werde die Auskunftsperson, wie ursprünglich vereinbart, entlassen. Wir beenden die Befragung. – Ich danke für Ihr Erscheinen!

(Die Auskunftsperson **Hans Georg Kramer** verlässt den Sitzungssaal.)

Der Obmann **schließt** die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 12.01 Uhr